DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

302 26. JAHRGANG November 2009 4,50 €

AUS DEM INHALT:

SELBSTORGANISATION

»Politik erschöpft sich nicht in Wahlen oder Demonstrationen. Politik hat mit der Gestaltung unserer alltäglichen Lebensbedingungen zu tun und damit, wie wir unsere Entscheidungen treffen. Heute geschieht dies im Rahmen hierarchischer Verhältnisse. Bestimmend sind die autoritären Befehlsstrukturen von Machteliten. Kooperativen und Kommunen basieren im Gegensatz dazu auf der freien Assoziation Gleicher in basisdemokratischen Strukturen. Sie widersprechen dem herrschenden Paradigma und verkörpern das gesamtgesellschaftliche Ziel, das wir erlangen wollen. Letztlich sind alle radikalen Gruppen, die basisdemokratischen Prinzipien folgen, Kooperativen. Radikale linke Politik ist an sich ein kooperatives Projekt«, so der Autor John Curl im Interview auf Seite 3.

GENTECHNIK

Der »InnoPlanta e.V.« mit Sitz in Gatersleben ist der lauteste, aber gleichzeitig erschreckend inhaltsleere Marktschreier für die uneingeschränkte Nutzung manipulierter Tiere und Pflanzen im Land. In seinem Vorstand sitzen aber nicht nur Firmen, sondern auch die Geschäftsführerin der regionalen Wirtschaftsförderung, der Vize des Landesbauernverbandes sowie Beamte. In der dritten Folge unserer Aufklärungsserie über den Filz in der deutschen Gentechnik geht es um die Lobbyisten der grünen Gentechnik. Seite 4

FRAUENHÄUSER

Zur Zeit gibt es 135 Autonome Frauenhäuser in Deutschland. Häufig tragen sie den Vereinsnamen »Frauen helfen Frauen« und bilden damit weitere wichtige Prinzipen ihrer Arbeit bereits im Vereinsnamen ab. Frauenhäuser sind Orte von Frauen für Frauen. 1980 wurde die »Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser« als Dachverband gegründet. Seite 5

PHILIPPINEN

Freiwillige aus Deutschland beobachten die Durchsetzung der Menschenrechte von philippinischen Bauern bei ihrem gefährlichen Kampf gegen ungerechte Großgrundbesitzer. Unser Bericht über die Arbeit der Menschrechtsbeobachter des International Peace Observers Network (IPON) auf Seite 11.

ARBEITERiNNENKAMPF IN ITALIEN

Die »INNSE Mailand« stellt Pressen und Walzen für die Stahlindustrie her. Früher haben an den riesigen Maschinen 2.200 Menschen gearbeitet. Heute sind es 50 (darunter 14 Frauen), die nach verschiedenen Besitzerwechseln und Frühpensionierungen übrig geblieben sind und sich mit einer seltenen Entschlossenheit gegen den Verkauf ihrer Fabrik zur Wehr setzten. Seite 12

www.contraste.org

ENERGIE IN BÜRGERHAND

Hase oder Igel:

Die Energiewirtschaft im Spannungsfeld von Rekommunalisierung, Vergenossenschaftlichung und Monopolisierung

Die Dynamik im Energiesektor ist gewaltig. Dies gilt nicht nur für die Entwicklung der regenerativen Energien, sondern auch für die Strukturen der Energieversorgung. Rekommunalisierung und Vergenossenschaftlichung sind zwei zentrale Trends. Ob dies anhält, bleibt ungewiss. Atomlobby und die aktuell handelnden politischen Parteien stemmen sich diesem Trend kräftig entgegen. Umso wichtiger ist es, sich mit innovativen Organisationsformen für eine nachhaltige Energiewirtschaft intensiv auseinanderzusetzen. »Energie in Bürgerhand« und die Qualifizierung zum energiegenossenschaftlichen Projektentwickler, im Schwerpunkt ausführlicher dargestellt, stehen als Beispiele dafür.

300 Trecker, 50.000 Leute aus der ganzen Republik protestierten am 5. September gegen die Atomkraftnutzung. Auch Mitglieder der Genossenschaft »Energie in Bürgerhand eG« waren zahlreich vertreten Foto: Jörg Lange

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die deutsche Gesellschaft ist »energiesüchtig«. Sie verhält sich wie ein Alkoholiker, der glaubt, sein Suchtproblem lösen zu können, indem er in eine Schnapsfabrik einheiratet. Nötig ist aber zunächst eine »Entziehungskur«. »Erst dann können wir überhaupt beurteilen, wie viel Energie wir wirklich brauchen«, so lautet die Diagnose von Hans-Peter Dürr, der im Oktober 80 Jahre alt wurde. Er ist Mitglied des Club of Rome. Dürr gilt als wichtiger Impulsgeber der internationalen Umwelt- und Friedensbewegung. 1987 erhielt er den Alternativen Nobelpreis. Laut Dürr ist eine solare Energiewende nur möglich, wenn auch die großindustriellen Strukturen der Energieerzeugung verändert werden. Die Energieherstellung müsse in der Hand der Bürger und Kommunen, nicht der Großkonzerne oder Staaten liegen.

Beeindruckender Zuspruch

Den bisher größten Schritt in Richtung Bürgerbeteiligung beabsichtigt die Genossenschaft »Energie in Bürgerhand eG« zu gehen. Mit 100. Mio. Euro und mehr will sie in die *Thüga* einsteigen, den fünftgrößten Energiekonzern Deutschlands. Dieser entsteht, wenn der Verkauf seitens der *E.ON* tatsächlich bis Ende des Jahres über die Bühne geht. Die Verkaufsverhandlungen mit zwei Zusammenschlüssen von Stadtwerken der *Integra* und der *KOM9* sind bereits abgeschlossen. Zum Einstieg der *Energie in Bürgerhand* fanden erste Vorgespräche statt.

Der Einstieg wäre eine Sensation. Damit bekäme die *Thüga* ein neues Gesicht. Sie wäre nicht nur in der Hand der Stadtwerke, sondern könnte bundesweit als Energiekonzern mit bürgerschaftlicher Beteiligung und nachhaltiger Ausrichtung grundlegende Weichen für eine klimafreundiche Energiepolitik stellen. Sie würde damit dem Legitimationsdefizit und der fehlenden Glaubwürdigkeit der großen Vier ein eigenständiges überzeugendes Profil entgegensetzen. Die Stadtwerke könnten so Bürgernähe überzeugend demonstrieren.

Der Schwerpunkt startet mit einem Überblick von Jörg Lange über den sich wandelnden Energiemarkt. Deutlich werden dabei der Trend zur Rekommunalisierung, aber auch die zahlreichen Hürden, die sich hier auftürmen. Erst vor diesem Hintergrund lässt sich der Stellenwert der Initiative »Energie in Bürgerhand« richtig einschätzen. Immerhin erhielt diese innerhalb von fünf Monaten Zusagen und Einzahlungen von über 3.500 Menschen für mehr als 20 Mio. Euro. Anschließend werden die Ziele und der aktuelle Stand der Entwicklung der eingetragenen Genossenschaft skizziert. Das Für und Wider durch Michael Sladek von dem Ökostromanbieter *EWS Schönau* und von Wolf von Fabeck vom *Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V.* (SFV) sowie ein Interview mit der ehrenamtlich aktiven Industriekauffrau Beya Stickel über die Hintergründe ihres Engagements runden den Überblick ab.

Unterstützende Qualifizierung

Einschränkungen der Entwicklung auf dem Markt für regenerative Energien ergeben sich durch den Arbeitsmarkt. Das immense Beschäftigungswachstum – 2007 waren im Bereich der regenerativen Energie ca. 20.000 Unternehmen mit ca. 250.000 Menschen tätig – wird durch fehlende qualifizierte Arbeitskräfte begrenzt. Um die Potenziale weiterhin ausschöpfen zu können, sind hier Kooperationen der beteiligten Akteure gefragt mit einem Schwerpunkt bei der Schnittstelle von Endnutzer und installierendem Betrieb. Genau in diesem Bereich setzt eine Qualifizierung zur Umsetzung von Energiegenossenschaften an. Sie startet im März 2010 in Rheinland-Pfalz. Mit deren Hilfe soll eine Bürgerbewegung von unten im Bereich der regenerativen Energien angestoßen werden – eine ideale Ergänzung zum Einstieg der Bürger in die *Thüga*.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

10. VERLEIHUNG DER BIG-BROTHER-AWARDS

Oskar für Datenkraken

Am 16. Oktober 2009 wurden während einer Gala in Bielefeld unter dem Beifall von etwa 400 Menschen die deutschen BIG-BROTHER-AWARDS an Preisträger aus fünf Kategorien (Lifetime, Politik, Arbeitswelt, Wirtschaft und Sport) verliehen.

Redaktion Heidelberg ● Der »Oscar für Datenkraken« wird seit dem Jahr 2000 jährlich an Behörden, Firmen, Organisationen und Personen vergeben, die in besonderer Weise die Privatsphäre von Menschen beeinträchtigen oder persönliche Daten missbrauchen.

Unter besonders starkem Beifall des Publikums ist Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble der BigBrother-Lifetime-Award 2009 für sein Lebenswerk verliehen worden. Auf die Frage an das Publikum, welcher Preis/Preisträger in den verschiedenen Kategorien »besonders beeindruckt, erstaunt, erschüttert, empört« habe, verliehen die anwesenden Gala-Besucher Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und der Laudatio auf ihn, auch noch den Publikumspreis.

Hier die Kurzbegründungen aus den fünf Kategorien:

Lebenswerk: Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble erhält den BigBrotherAward in der Kategorie »Lifetime« für den Umbau des BKA in ein zentrales deutsches FBI mit geheimpolizeilichen Befugnissen zur präventiven Vorfeldausforschung, für die Legalisierung der heimlichen Online-Durchsuchung von Computern, für die Errichtung einer gemeinsamen Antiterrordatei sowie einer neuen Abhörzentrale für alle Sicherheitsbehörden. Besonders »preiswürdig« sind Schäubles obsessive Bestrebungen, den demokratischen Rechtsstaat in einen präventiv-autoritären Sicherheitsstaat umzubauen. Dies führte zu einer gefährlichen Entgrenzung von Polizei, Geheimdiensten und Militär und damit zu einer Gefährdung von Bürgerrechten, Datenschutz und Demokratie.

Politik: Der BigBrotherAward 2009 in der Kategorie »Politik« geht an Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie hat innerhalb des letzten Jahres ein System zur Inhaltskontrolle im Internet vorangetrieben, das zu einer Technik von orwellschen Ausmaßen heranwachsen kann. Dazu, und für ihren persönlichen Wahlkampf, benutzte sie sexuell missbrauchte Kinder, ohne tatsächlich irgendetwas gegen Missbrauch zu unternehmen.

Kategorie Wirtschaft: Den BigBrotherAward 2009 in der Kategorie »Wirtschaft« erhalten eine Handvoll deutsche Firmen, die Überwachungstechnik für Internet und Telefon anbieten und damit gutes Geld verdienen, dabei aber am liebsten im Verborgenen bleiben möchten: Quante Netzwerke GmbH, Utimaco, Datakom/GTenSyborg, Digi-Task, secunet, Cisco, Trovicor (ex Nokia Siemens Networks).

Arbeitswelt: Der BigBrotherAward 2009 in der Kategorie »Arbeitswelt« geht an die versammelte Gesellschaft derer, die dem Wahn erlegen sind, man erhielte produktive und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch umfassende Überwachung und Abbildung von Leistung in Zahlen. Stellvertretend für diese Gesellschaft und als Punktsieger in der Kategorie »Kuriosität« wird die Claas Landmaschinen GmbH für ihren Mähdrescher mit Wanze ausgezeichnet. Gemeint sind damit auch: Deutsche Bahn, Deutsche Post, Lidl, Deutsche Telekom, Drogeriekette Müller, Kreisverwaltung Schleswig-Flensburg, Uni Kassel, HDI Gerling, Bäckerei Sehne, KiK Textilien, Helmut Naujoks, Claas Landmaschinen.

Sport: Preisträger in der Kategorie Sport ist das Berliner Organisationskomitee der Leichtathletik-WM. Es wird ausgezeichnet für sein Verlangen gegenüber Journalisten, dass diese Zustimmung geben zu einer umfassenden Überprüfung ihrer persönlichen Daten durch die Sicherheitsbehörden. Damit hat es unter einem nur schlecht getarnten Deckmäntelchen namens Sicherheit ein erhebliches Vergehen an einem Grundwert eines freiheitlichen Staatswesens, nämlich der Pressefreiheit, begangen.●

Sämtliche Laudationen sind hier nachzulesen:
www.bigbrotherawards.de/2009
Das Video zur Laudatio auf Schäuble ist auf YOUTUBE zu sehen:
www.youtube.com/

Editorial

Strategien gegen Atomkraft

Nach der Bundestagswahl muss damit gerechnet werden, dass die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert, und dass weitere Kohlekraftwerke gebaut werden. Eine Politik von oben, die auch nur ansatzweise verantwortlich mit der Energiefrage umgeht, ist nicht in Sicht. Aber das Ende der Ölförderung ist absehbar und die Klimakatastrophe nimmt ihren Lauf. In dieser Situation sind selbstorganisierte Alternativen dringend erforderlich.

Anti-Atom-Treck September 2009 in Berlin Foto: Manfred Kraft / Umbruch-Bildarchiv Berlin

von Elisabeth Voß ● Das diesjährige »Sozialforum in Deutschland« im niedersächsischen Hitzacker in der Nähe von Gorleben knüpft an die jahrzehntelangen Kämpfe gegen Atomenergie an. Im Rahmen des Sozialforums findet auch die »Anti-Atom-Herbstkonferenz« statt. Dort sollen Strategien für die Bewegung entwickelt werden: »Nach der Bundestagswahl, vor allem nach dem Anti-Atom-Treck und der großen Demo in Berlin. Bestandsaufnahme: wo stehen wir, wo wollen wir hin und wie schaffen wir das best- und schnellstmöglich?«

Vor fast 30 Jahren, im Frühjahr 1980, besetzten in Gorleben Hunderte AtomkraftgegnerInnen einen Bauplatz und riefen die »Republik Freies Wendland« aus, um Probebohrungen am geplanten AKW-Zwischenlagerstandort zu verhindern. Sie bauten ein Widerstandsdorf auf mit allen erforderlichen Gemeinschaftsanlagen. Das Wasser holten sie mit Windenergie aus einem Brunnen, es gab eine eigene Gesundheitsversorgung, Kultur, ein freies Radio und sogar eine Kirche und eigene Pässe. Dieses selbstverwaltete Gemeinwesen funktionierte, und als es nach sechs Wochen von der Staatsmacht zerstört wurde, blieb eine Erfahrung für alle, die in dieser Republik gemeinsam gelebt und gearbeitet hatten: Der Traum vom selbstbestimmten Leben war nicht nur ein Traum, sondern er war für eine kurze Zeit Realität geworden. In dieser Realität gehörten soziale Kämpfe und selbstverwaltete Projekte untrennbar zusammen.

Aus dem Widerstand gegen die Atomenergie entstanden damals in der ganzen Republik Betriebe und Projekte, die sich mit alternativen Energien beschäftigten. Sie waren Pioniere, die in dieser Zukunftstechnologie wertvolle Entwicklungsarbeit leisteten. Heute sind regenerative Energien Mainstream, und die Technik wird von Konzernen produziert. Aber es gibt auch noch selbstverwaltete Hersteller, im Bereich Solarenergie zum Beispiel »Solvis« (Braunschweig) und »Wagner & Co« (Cölbe bei Marburg), im Bereich Wasserkraft »Hydrowatt« (Karlsruhe). Die »Stromrebellen der Elektrizitätswerke Schönau« (EWS) vertreiben bundesweit Strom aus regenerativen Quellen, ebenso wie die Genossenschaft »Greenpeace Energy«, die auch selbst Strom erzeugt.

Ein neuer und ganz anderer Ansatz ist die neu gegründete Genossenschaft »Energie in Bürgerhand eG«, die wir im Schwerpunkt dieser Ausgabe vorstellen und diskutieren. Sie will weder selbst Energie herstellen noch vertreiben, sondern sich an einer Aktiengesellschaft, der Thüga AG, beteiligen. Diese gehört bisher zum Stromkonzern E.ON, wird aber gerade an ein Konsortium kommunaler Unternehmen verkauft. Als Gesellschafter will sich »Energie in Bürgerhand« dann innerhalb der Thüga, die Anteile an vielen Stadtwerken besitzt, in großem Stil für Energieeinsparungen und erneuerbare Energien einsetzen.

Dafür hat die Genossenschaft schon mehr als 20 Millionen Euro auf einem Treuhandkonto gesammelt, 100 Millionen sollen es werden. Auch die Bewegungsstiftung beteiligt sich mit 25.000 Euro. Politische Einflussnahme also nicht mit Demonstrationen und Widerstandsaktionen, sondern durch finanzielle Beteiligung.●

AKTION 2009

Geburtstagsüberraschung

Im Jubiläumsmonat gab es Erfreuliches – ein nicht genannt werden wollender Spender überwies uns exakt die Summe von 920 EUR, die wir zum Schließen unserer Deckungslücke in diesem Jahr benötigten.
Herzlichen Dank!
Die zusätzlich eingegangenen Spenden in Höhe von 188 EUR werden wir für das zu erwartende Defizit in Höhe von 6.800 EUR im kommenden Jahr verwenden.

Redaktion Heidelberg ● 145+ neue Abos wären notwendig, um unser Zeitungsprojekt auch ohne Spenden im bisherigen Umfang weiterführen zu können. Ideen, wie z.B. ein neues Outfit oder auch Themenhefte – wie es Teile der Redaktion immer wieder einfordern – können bis zum Erreichen unseres Abozieles natürlich nicht umgesetzt werden.

Wir sind also auch im kommenden Jahr wieder auf eure Spenden angewiesen und sind hochmotiviert, euch monatlich interessante Infomationen und Debatten aus der Selbstverwaltungs- und Selbstorganisationsszene ins Haus zu liefern. Dieser Ausgabe liegt ein Spendenaufruf mit Überweisungsträger bei.

Im Monat Oktober gingen folgende Spenden ein:
- N.N. (920 EUR)
- Armin Meyer, Niederfinow (38 EUR)
- Solveig Kelber, Wien (100 EUR)
- WeiberWirtschaft eG, Berlin (50 EUR)

Fünf Abos wurden gekündigt, fünf neue kamen hinzu.

Benötigt werden also nun 145+ Abos. Auch eine Umstellung von einem Normalabo auf eine Fördermitgliedschaft im CONTRASTE e.V. stabilisiert unser Projekt. Fördermitglieder erhalten CONTRASTE kostenlos und das Finanzamt muss in diesem Fall auf die Mehrwertsteuer verzichten (näheres zur Fördermitgliedschaft im Coupon auf dieser Seite).

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein (BRD) und 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

PORTOKOSTEN EINSPAREN

AbonnentInnen, die über eine E-Mail-Anschrift verfügen und regelmäßig in ihr Postfach schauen, können wir ihre Rechnungen auch auf diesem Wege zukommen lassen. Einfach eine Mail an contraste@online.de mit dem Betreff: »E-Mail Rechnung, Name und Ort« senden. Dies gilt nicht für TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren, es sei denn, es wird zusätzlich eine Rechnung benötigt.

Kosten werden auch über eine Einzugsermächtigung für die Aboverlängerung eingespart. Wichtig ist, dass uns eine Änderung der Bankverbindung immer rechtzeitig mitgeteilt wird, da sonst unnötige Gebühren der Banken entstehen. Die Banken berechnen jeweils eine Gebühr für geplatzte Lastschriften, die zusammen 5,50 EUR und mehr betragen kann. Eine Einzugsermächtigung könnt Ihr formlos an unsere Postanschrift schicken.

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@online.de●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2009/10

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2010: 6.800 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 145+ Neuabos

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Avantipopolo 2

Das kleine elektronische Weltorchester hat ein Jahr nach dem Erscheinen von »Avantipopolo«, einem sehr interessanten Album mit sehr experimentellen Coverversionen von Arbeiter-, Solidaritäts- und Partisanenlieder, nun einen würdigen Nachfolger vorgelegt. Der Titel des Albums ist einem Song von

Bernd Köhler (alias »Schlauch«) entliehen, der auch als Sänger und Sprachenergetischer Mittelpunkt in jener Combo tätig ist. Der ursprünglich in den 70er Jahren entstandene sozialkritische Song wurde für das vorliegende Album kräftig bearbeitet, genauso wie seine Lieder »Seltsam Traum« und »Stahlwerkersong«. Für jenen letztgenannten Song hat man sich musikalische Unterstützung von dem Elsässer Akkordeonisten Laurent Leroi geholt.

Neben seinen Songs finden sich aber auch neue Vertonungen von Bertold Brecht / Hans Eisler – u.a. »Solidaritätslied«, »Oh Fallada, da du hangest« und »Resolution der Kommunarden« – und natürlich dem sozialkritischen Anspruch der Band entsprechend, auch andere Klassiker wie das italienische Partisanenlied »bella ciao«, »Heckerlied« oder »Bet und arbeit«, die beiden letzteren sind alte Revolutionslieder. Neben »Bella Ciao« ist mit »La Lega« auch noch ein zweiter italienischer Song dazwischen. Ein weiterer Höhepunkt des Albums ist sicherlich die Neuinterpretation von »Sixteen Tons«, ein ebenfalls von Johnny Cash interpretierter Country-Song aus der Feder von Merle Travis.

Die Themen des aktuellen Albums zeigen auch wieder deutlich, wo sich die Band verortet. Das kleine elektronische Weltorchester ist eine Band der Bewegung, die dort auftritt, wo die sozialen Kämpfe stattfinden – sei es bei einer Streikaktion oder auf einer Antifa-Demo.

Im Gegensatz zum Vorgängeralbum, das eine Art best-off der ersten zehn Jahre des Bestehens des Orchesters war, ist das neue Album stärker durch den Einfluss von Christiane Schmied geprägt. Sie bringt mit ihren elektronischen Einflüssen eine zeitweise etwas verspielte Komponente mit ins musikalische Programm, die den Songs eine ganz neue Facette hinzufügt.

Passend zum Erscheinen ihres zweiten Albums wurde die Band in diesem Jahr im Rahmen des Wettbewerbs »Creole Südwest« mit dem »PRIX COURAGE« ausgezeichnet. In diesem Sinne kann man der Band nur zum Preis und zum aktuellem Album gratulieren, das qualitativ uneingeschränkt an das Vorgängeralbum heranreicht.●

DJ Chaoz

Weitere Informationen zur Band: www.ewo2.de

ewo 2: ... in dieser Zeit. Avantipopolo 2
(Plattenbau / Jumpup Records)

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

INTERVIEW

Freie Assoziation Gleicher in basisdemokratischen Strukturen

Im Herbst 2009 erschien bei PM Press, einem neuen ambitionierten US-Verlag (www.pmpress.org), das Buch »For All the People: Uncovering the Hidden History of Cooperation, Cooperative Movements, and Communalism in America«. Gabriel Kuhn sprach mit dem Autor John Curl über diese Geschichte, ihr Verhältnis zum Individualismus und die politischen Möglichkeiten kollektiver Projekte.

Die US-amerikanische Gesellschaft wird oft als extrem individualistisch wahrgenommen. Dein Buch zeigt, dass es in der Geschichte des Landes auch eine beeindruckende Anzahl kollektiver Projekte gab. Kannst du die wichtigsten Kapitel dieser Geschichte zusammenfassen?

John Curl: Zunächst müssen die kollektiven Lebensformen der nordamerikanischen IndianerInnen erwähnt werden. Dann gab es zahlreiche kooperative Siedlungen früher SiedlerInnen. Auch während der industriellen Revolution spielten Kooperativen eine bedeutende Rolle, ebenso wie im Kampf gegen die Sklaverei.

Am Ende des 19. Jahrhunderts bildeten sich immer mehr ArbeiterInnenkooperativen als wichtiger Aspekt der frühen Gewerkschaftsbewegung. Die *Knights of Labor*, die größte US-ArbeiterInnenorganisation jener Zeit, hatten rund 200 Kooperativen organisiert. Die Knights planten, ein alternatives ökonomisches System, den »Cooperative Commonwealth«, aufzubauen. Sie hatten bis zu einer Million Mitglieder.

Auch kleine Farmer begannen Ende des 19. Jahrhunderts Kooperativen zu gründen. Ihre bekannteste Organisation war die *Farmers Alliance*, von HistorikerInnen beschrieben als »der engagierteste Versuch, Gegeninstitutionen aufzubauen, der jemals von einer amerikanischen Protestbewegung unternommen wurde«. Die *Farmers Alliance* arbeitete mit den Knights zusammen und hatte über fünf Millionen Mitglieder, davon über eine Million AfroamerikanerInnen.

Im frühen 20. Jahrhundert setzten die *Industrial Workers of the World* (IWW) den Versuch fort, ein kooperatives ökonomisches System zu etablieren, allerdings stand dabei die Idee der »one big union« mehr im Zentrum als der Aufbau von Kooperativen.

In den 1930er Jahren kam es als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise zur Self-Help-Bewegung, die nicht-monetären Warentausch und gegenseitige Serviceleistungen organisierte. Über eine halbe Million Menschen waren in ihr engagiert.

Kooperativen und Kommunen spielten schließlich eine bedeutende Rolle in der Gegenkultur der 1960er Jahre. Dieser Grassroots-Bewegung gehörten Millionen von Menschen an. Das gegenwärtige Wiederaufleben kollektiver Prinzipien stellt das letzte – und hoffentlich – wichtigste Kapitel dieser Geschichte dar.

Ich möchte gerne mehr über die Gegenwart der kollektiven Projekte sprechen, doch bleiben wir kurz bei der Geschichte: Warum verschwanden die Bewegungen, von denen du erzählst?

Die *Knights of Labor* und die *Farmers Alliance* wurden im Zuge des reaktionären Kampfes gegen die ArbeiterInnenbewegung zerschlagen. Ihr Niedergang markierte den historischen Triumph des industriellen Kapitalismus in den USA. Wie wir hier oft sagen, sind unsere Arbeitsverhältnisse so wie sie sind, weil Ende des 19. Jahrhunderts der Arbeitskampf gewonnen wurde – von den Bossen und Managern. Die *Farmers Alliance* lebte noch einige Jahre in Form der *Populist Party* weiter, die in der Geschichte des Landes die größte Gefahr für das Zweiparteiensystem darstellte. Die *Populist Party* löste sich schließlich nicht zuletzt deshalb auf, weil sie von rassistischen Bürgerwehren vehement angegriffen wurde. Auch die *IWW* wurde Opfer politischer Repression.

Das Self-Help Movement wurde ökonomisch untergraben. In den Programmen des New Deal wurde die Arbeit in Self-Help-Kooperativen nicht als solche anerkannt und somit erhielten diese keine Förderungen. Während der New Deal manchen Kooperativen half, zerstörte er alle, die das Lohnsystem bedrohten. Die kooperativen Projekte der 1960er Jahre wurden schließlich von Regierungsprogrammen wie dem COINTELPRO destabilisiert.

John Curl

Du hast bisher viel über Kooperativen gesprochen. Gerade in den 60er Jahren war aber auch die Kommunenbewegung sehr stark. Lassen sich hier politische Unterschiede ausmachen?

Kommunen sind an einen gemeinsamen Wohnort gebunden und haben eine Tendenz zur Isolation. Kooperativen sind Teil gesellschaftlicher Zusammenhänge. Sie haben größeres Potential, wenn es um die Ausdehnung von Selbstverwaltung und Antiautoritarismus geht.

Kommunen stellen die gesamte gesellschaftliche Ordnung in Frage. Doch historisch hat sich gezeigt, dass die Idee, wonach die Massengesellschaft verändert werden kann, indem alle aussteigen und in eine neue Welt eintauchen, ihre Grenzen hat. Nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Menschen hat sich je Kommunen angeschlossen, während oft ganze Regionen kooperativ organisiert waren.

Kooperativen beizutreten ist auch leichter. Nicht nur wegen des Wohnorts, auch deine Gewohnheiten und Verhaltensweisen werden von Kooperativen weniger beeinflusst. Du kannst tun, was du willst, solange du dich an einige gemeinsame Grundregeln hältst. Deine Musikgruppe kann genauso eine Kooperative sein wie der Kindergarten deiner Tochter oder das Café um die Ecke. Dass viele Kooperativen öffentlich nicht wahrgenommen werden, wird oft als Schwäche ausgelegt. Es erlaubt den Kooperativen aber auch, dem Radar der Autoritäten zu entkommen und unentdeckt zu operieren.

Wie verhalten sich die kooperativen Projekte, die du beschrieben hast, zum Ruf des US-Individualismus? Haben wir es hier mit zwei grundsätzlich verschiedenen Traditionen zu tun, oder gehen wir von falschen Widersprüchen aus?

Wenn du einer Kooperative beitrittst, gibst du deine Individualität nicht auf. Im Gegenteil, aufgrund ihrer partizipatorischen Prinzipien geben Kooperativen Individuen mehr Freiheit und erlauben mehr individuelle Kreativität. Kleine US-Farmer waren immer sehr individualistisch – gleichzeitig schlossen sich unzählige von ihnen Kooperativen an. Mitglieder von Kooperativen sind ihre eigenen Chefs und ökonomisch unabhängig. Das ist einer der Kernpunkte des Individualismus.

Kooperativen beruhen auf der Macht aller. Es ist reine Propaganda, den Kapitalismus in Zusammenhang mit Freiheit, Demokratie und Individualismus zu bringen. In Wahrheit geht es im Kapitalismus darum, nur einer kleinen Elite Reichtum und Macht zukommen zu lassen und allen anderen nichts. Die offizielle Geschichte des Kapitalismus glorifiziert die Unternehmer und behauptet, dass diese für das Wohl der Gesellschaft verantwortlich sind. Aber das Lohnarbeitssystem schwächt die Gesellschaft, weil es jedes Individuum schwächt. Der Mythos des »freien amerikanischen Individuums« bezieht sich alleine auf die skrupellosen Kapitalisten des 19. Jahrhunderts, die ihr Vermögen auf dem Rücken der FabriksarbeiterInnen machten und sich später als Philanthropen feiern ließen. Amerikanische ArbeiterInnen waren nie so. Ihr Leben war immer von Kooperation geprägt. Ihr Individualismus fand Ausdruck in ihrem kollektiven Kampf.

Was ist die Situation heute? Du erwähnst in deinem Buch, dass der Mainstream viele Kooperativen vereinnahmt hat. Bleiben radikale Potentiale für Kooperativen und Kommunen?

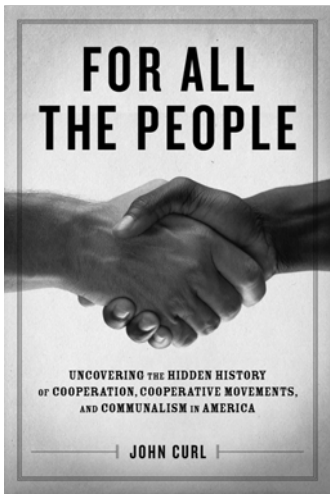
Die Situation, in der wir uns heute befinden, verlangt Visionen. Überall auf der Welt werden dementsprechend alternative ökonomische Konzepte entwickelt. Das Potential für radikale kollektive Bewegungen ist größer als je zuvor.

Kooperativen sind für die Bewältigung der Krise des ökonomischen Weltsystems so notwendig, dass sie mancherorts zu einem Teil des Mainstream geworden sind. Bereits 2002 appellierten die Vereinten Nationen an die Regierungen ihrer Mitgliedsländer, Kooperativen in ihre nationalen Ökonomien zu integrieren. Die kooperative Bewegung muss diese Entwicklung begrüßen, aber zugleich sehr vorsichtig sein. Die Zusammenarbeit mit Regierungen kann dabei helfen, die Dominanz von privaten Unternehmen und Konzernen einzuschränken. Kooperativen dürfen sich aber niemals von Regierungen dominieren lassen. Sie müssen ihre Unabhängigkeit bewahren, wenn sie zu radikaler gesellschaftlicher Veränderung beitragen wollen. Regierungen werden eine solche nicht zulassen. Regierungen sind paternalistisch, und der Paternalismus widerspricht den Prinzipien der Egalität und der gegenseitigen Hilfe.

Um ihre Stärke zu bewahren, können Kooperativen sich mit anderen alternativen Kräften der Zivilgesellschaft verbinden: mit gemeinnützigen Vereinen, NGOs, BürgerInneninitiativen usw. Interessant ist auch das Verhältnis zur Gewerkschaftsbewegung. Während die offizielle ArbeiterInnenbewegung des letzten Jahrhunderts Kooperativen meist feindlich gegenüberstand, werden diese gegenwärtig von der *International Labour Organization* (ILO) gestützt – nicht zuletzt deshalb, weil die traditionellen Gewerkschaften immer mehr marginalisiert werden. Das Ziel der ArbeiterInnenbewegung war es immer, das Leben aller ArbeiterInnen zu verbessern. Lange wurde dieses Ziel aus den Augen verloren und es ging nur noch darum, die Löhne der eigenen Mitglieder zu erhöhen. Heute entdecken viele Gewerkschaften wieder ihre ursprüngliche Aufgabe: den Kampf für soziale Gleichheit. Und Gewerkschaften sind dafür immer noch wichtig: die kooperative Bewegung ist sehr effektiv, wenn es um die Kleinindustrie und Dienstleistungen geht – aber größere Industrien zu organisieren ist aufgrund ihrer schwachen Ressourcen momentan nicht möglich.

Was können wir uns von der Zukunft erwarten?

Politik erschöpft sich nicht in Wahlen oder Demonstrationen. Politik hat mit der Gestaltung unserer alltäglichen Lebensbedingungen zu tun und damit, wie wir unsere Entscheidungen treffen. Heute geschieht dies im Rahmen hierarchischer Verhältnisse. Bestimmend sind die autoritären Befehlsstrukturen von Machteliten. Kooperativen und Kommunen basieren im Gegensatz dazu auf der freien Assoziation Gleicher in basisdemokratischen Strukturen. Sie widersprechen dem herrschenden Paradigma und verkörpern das gesamtgesellschaftliche Ziel, das wir erlangen wollen. Letztlich sind alle radikalen Gruppen, die basisdemokratischen Prinzipien folgen, Kooperativen. Radikale linke Politik ist an sich ein kooperatives Projekt.●



Anzeige

NEU

Jürgen Rose
Ernstfall Angriffskrieg – Frieden schaffen mit aller Gewalt?
268 Seiten, ISBN 978-3-9808137-2-3, 20 Euro

Ossietzky
Ossietzky Alle 14 Tage das rote Heft mit dem Kontrastprogramm zur täglichen Meinungsmache der Medienkonzerne.
www.ossietzky.net
Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

DIE NEUE ARCHIV-CD IST DA!

Archiv-CD.2: Mit politischem Adressenverzeichnis

Ab sofort ist sie erhältlich, unsere ArchivCD.2. Sie enthält die CONTRASTE-Jahrgänge 2005 bis 2008 – anschauen kann mensch sich das Layout der Ausgaben im pdf-Format. Auch der Jahrgang 1984 mit den historischen drei ersten »Wandelsblatt«-Ausgaben ist archiviert, die Texte befinden sich als pdf-Dateien ebenfalls auf der CD. Hinzugefügt haben wir ein Gruppen & Personen-, Schlagwort- und AutorInnenregister der archivierten Jahrgänge. Die Register ermöglichen eine gezielte Suche neben der Möglichkeit, mit Hilfe des Adobe Readers die archivierten Ausgaben auch nach Stichworten zu durchsuchen.

Neu auf der CD sind Datenbanken, die aus unseren, zuletzt als Printausgabe erschienenen BUNTEN SEITEN 2003+, entstanden sind. Die Adressen der Rubriken Anarchismus, Antifa/MigrantInnen/Flüchtlinge, Antimilitarismus, Antirepression, Archive, Infoläden, Kommunen, Kneipen und Kultur wurden komplett überarbeitet, so dass wir euch zusätzlich mit dieser ArchivCD, die außerdem den neu überarbeiteten »Reader der AlternativMedien« mit den Adressen linker und alternativer Medien aus der BRD und der Schweiz enthält, ein politisches Adressenverzeichnis zur Verfügung stellen.

Das Update ist geplant für den Herbst 2010 – erweitert um den Jahrgang 2009 und um die Datenbank mit den Adressen der AlternativMedien aus Österreich. Hinzukommen sollen auch weitere Rubriken der BUNTEN SEITEN: Wohnprojekte und Adressen linker und alternativer Betriebe in der BRD.

CONTRASTE-AbonnentInnen und Fördermitglieder erhalten diese als Erstbestellung für 25 EUR, zzgl. 3 EUR Versandkosten. Alle anderen bekommen sie für 35 EUR zzgl. 3 EUR Versandkosten. Das Update kostet für AbonenntInnen und Fördermitglieder 20 EUR, für alle anderen 30 EUR, zzgl. 3 EUR Versandkosten. Für das europäische Ausland berechnen wir 4 EUR Versandkosten.●

ISBN 978-3-924085-08-7

Bestellungen: Zeitsprung Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
E-Mail: zeitsprung-verlag@online.de

PS: Für jedes neue Jahresabo, dass über unsere AbonnetInnen oder Fördermitglieder eingeworben wird, gibt es die ArchivCD.2 kostenlos.

AUFKLÄRUNGSSERIE ÜBER DEN FILZ IN DER DEUTSCHEN GENTECHNIK, TEIL 3: DIE LOBBYISTEN DER GRÜNEN GENTECHNIK

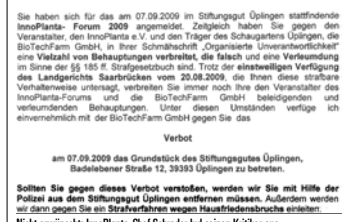
Gehirnwäsche und Politikberatung

Montagmorgen, am 7. September dieses Jahres, im kleinen Dorf Üplingen: Große, teure und meist schwarze Limousinen kommen die Straße entlang und biegen auf den Parkplatz nördlich des Stiftsgutes ein – vorbei an mehreren Polizeiwagen und den zusätzlich bezahlten privaten Wachleuten, die den meist einzeln fahrenden Damen und Herren Geleitschutz geben. Hier treffen sie sich: Die Seilschaften der deutschen Gentechnik. An den Kennzeichen der Wägen ist die Zugehörigkeit der meisten zu erahnen.

Von Jörg Bergstedt ● Vier Audis aus Düsseldorf bringen Angehörige Monsantos zum Jahrestreffen des wichtigsten Lobbyverbandes, aus Stade kommt ein Auto der Firma *Pioneer*, mehrere stammen aus dem Kreis Northeim, wo Einbeck liegt – der Firmensitz der *KWS Saatgut AG*. Mit ihnen fahren LobbyistInnen aller Couleur, willfährige JournalistInnen und Funktionäre von SPD, FDP und Grünen aufs Gelände. Geldgebende Ministerien fehlen ebenso wenig wie Mitarbeiter von Überwachungsbehörden. Die sollen zwar eigentlich die Gentechnikanwendung unabhängig kontrollieren – aber das geschieht in diesem Land ohnehin nicht. Stattdessen tummeln sich die Beamten gleich direkt dort, wo es um Lobbyarbeit und Geschäfte geht. Den Autor dieses Textes luden die Veranstalter drei Tage vor Beginn wieder aus – kritische Blicke waren offenbar nicht erwünscht.

Lobbyist InnoPlanta: Behörden, Parteien & Konzerne in einem Boot

InnoPlanta e.V. mit Sitz in Gatersleben ist der lauteste, aber gleichzeitig erschreckend inhaltsleere Marktschreier für die uneingeschränkte Nutzung manipulierter Tiere und Pflanzen im Land. Nach eigenen Angaben will er eine »Plattform zur Unterstützung von Landwirten, welche die Vorteile moderner Pflanzenbiotechnologie nutzen wollen«, sein. Dass im Vorstand einer solchen Plattform *BASF*, *Bayer* und viele kleine Firmen sitzen, die – mit Fördermitteln vollgepumpt – in den letzten Jahren ihr Glück als GentechnikerInnen versuchten, mag wenig überraschen. Was aber machen die Geschäftsführerin der regionalen Wirtschaftsförderung, der Vize des Landesbauernverbandes, ein Mitarbeiter des staatlichen JKI und ein Landrat im Vorstand? Warum agieren im Beirat der ehemalige Wirtschaftsminister und ein wichtiger Beamter der Bundesforschungsanstalt für Lebensmittel?


Sie haben sich für das am 07.09.2009 im Stiftungsgut Üplingen stattfindende InnoPlanta- Forum 2009 angemeldet. Zeitgleich haben Sie gegen den Veranstalter, den InnoPlanta e.V. und den Träger des Schaugartens Üplingen, die BioTechFarm GmbH, in ihrer Schmähschrift „Organisierte Unverantwortlichkeit" eine **Vielzahl von Behauptungen verbreitet, die falsch** und eine **Verleumdung** im Sinne der §§ 185 ff. Strafgesetzbuch sind. Trotz der **einstweiligen Verfügung des Landgerichts Saarbrücken vom 20.08.2009**, die Ihnen diese strafbare Verhaltensweise untersagt, verbreiten Sie immer noch Ihre den Veranstalter des InnoPlanta-Forums und die BioTechFarm GmbH beleidigenden und verleumdenden Behauptungen. Unter diesen Umständen verfüge ich einvernehmlich mit der BioTechFarm GmbH gegen Sie das

Verbot

am 07.09.2009 das Grundstück des Stiftungsgutes Üplingen, Badelebener Straße 12, 39393 Üplingen zu betreten.

Sollten Sie gegen dieses Verbot verstoßen, werden wir Sie mit Hilfe der Polizei aus dem Stiftungsgut Üplingen entfernen müssen. Außerdem werden wir dann gegen Sie ein **Strafverfahren wegen Hausfriedensbruche** einleiten.

Nicht erwünscht: InnoPlanta-Chef Schrader lud seinen Kritiker aus

Insgesamt vereinigt *InnoPlanta* rund 60 Partner aus Forschung, Wirtschaft, Finanzen und Politik. Im Beirat sitzen Klaus-Dieter Jany (*BfEL*) und Jens Katzek (*BIO Mitteldeutschland*). *Genius* als Mitglied übernimmt PR-Aufgaben. Unter den weiteren Mitgliedern sind *KWS*, *NovoPlant*, *SunGene* und *TraitGenetics* (Gatersleben), *BIO Mitteldeutschland*, Landesbauernverband Sachsen-Anhalt, die Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen (*BAZ Quedlinburg*, jetzt JKI) und das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (*IPK Gatersleben*).

Trotz der einseitigen Festlegung auf Propaganda und politische Beeinflussung hat *InnoPlanta* auch selbst Versuche koordiniert und initiiert – und dabei riesige Mengen Forschungsgelder ein sammelt. Beim *InnoRegio*-Wettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) erhielt der 2000 gegründete Lobbyist rund 20 Mio. EUR Fördermittel, um damit 38 Projekte mit einem finanziellen Volumen von ca. 31 Mio. EUR zu vernetzen. Dadurch waren fast alle AkteurInnen im Boot – von Forschungsinstituten über die Bundesbehörden bis zu Konzernen. Hier wurde also auf Staatskosten der dichte Filz gezielt entwickelt – von einem Lobbyisten für Gentechnik, der gleichzeitig eine umfangreiche Geldverteilstelle ist.

Unterstützt wurden etliche konkrete Genversuche, so der Universität Halle (Maisversuch), fünf Versuche des IPK (Weizen, Gerste und Rüben), der BASF-Tochter SunGene (Raps/Weizen), der Firma Strube (Rüben) und der Humboldt-Universität Berlin (Ölpflanzen). 2004 koordinierte *InnoPlanta* bundesweit den Erprobungsanbau von gentechnisch verändertem Mais. Neben Gentechnikkonzernen wie *Monsanto* und *Pioneer*, die Saatgut und finanzielle Unterstützung beisteuerten, war auch der Initiatorenverein des AgroBiotechnikums, *FINAB*, beteiligt. Hinzu kamen weitere Firmen: »An Kommunikationsmaßnahmen bzw. hierfür notwendigen finanziellen Mitteln beteiligten sich darüber hinaus *Bayer CropScience, BASF Plant Science, Syngenta und die Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie* (DIB).«

Vereine, Gesprächskreise, informelle Zirkel

InnoPlanta ist nicht allein – etliche Gruppen streiten für die Gentechnik, die in der Bevölkerung so unbeliebt ist. Ihnen gemeinsam ist, dass überall Firmen- und BehördenvertreterInnen, sogenannte unabhängige ForscherInnen und PR-Agenturen zusammensitzen. Die Teile, die sich eigentlich überwachen oder nach unabhängiger Entscheidung finanziell fördern sollen, sind an vielen Orten verwoben und praktisch gar nicht voneinander getrennt.

Als weitere Beispiele für solche Lobbygruppen seien genannt:

● Der *Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik* (WGG) arbeitete lange wenig öffentlich, es liegt daher keine aktuelle Mitgliederliste vor. Ein Beamter einer Behörde ist 1. Vorsitzender: Klaus-Dieter Jany (BfEL). 1998 zählten der Chef der Überwachungsbehörde, Hans-Jörg Buhk (BVL), der wichtigste staatliche Forscher zur Gentechnikersicherheit, Joachim Schiemann (BBA, jetzt JKI) und das spätere Mitglied der bei Freisetzungsanträgen ausschlaggebenden Fachkommission ZKBS, Gerhard Wenzel, zu den Mitgliedern – neben über 20 weiteren aus Universitäten, Forschungsanstalten und dem MPI Köln. Am 4.3.2009 griff der *WGG* mit einem offenen Brief an die Landwirtschaftsministerin Aigner in die Debatte um ein Verbot der grünen Gentechnik ein. Dabei lobte er die Arbeit von ForscherInnen und Bundesinstitutionen zur Gentechnik und empfahl der Ministerin, sich dort beraten zu lassen.

● Für den *Gesprächskreis Grüne Gentechnik* (GGG) gibt es weder eine Webseite noch eine Mitgliederliste. Er wurde 1997 wohl auf Initiative des Pharmaunternehmens *Novartis* gegründet, das damals auch noch über eine große Saatgutsparte verfügte, die später unter dem Namen *Syngenta* abgetrennt wurde. Kristina Sinemus (*Genius*) fungiert als Kontakt nach außen und organisiert den *GGG*. Auf der Webseite von *Genius* finden sich die wenigen verfügbaren Angaben zum *GGG*. Der *GGG* forderte ein Zulassungssystem, das »streng nach wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtet ist,« und meldete sich 2004 mit einer Presseerklärung zu Feldzerstörungen zu Wort.

● Ganz ähnlich dem *WGG* agiert das *PRRI* als Lobbyorganisation, jedoch international. Die *»Public Research & Regulation Initiative«* wurde 2004 gegründet und vereint nach eigener Darstellung WissenschaftlerInnen, die so eine unabhängige Politikberatung organisieren. Doch die Zusammensetzung wirkt nicht zufällig – es sind genau die Gentechnikbefürworter, die in öffentlichen Stellen mit Genehmigungen und Expertisen die Gentechnik durchsetzen und Gefahren verharmlosen: Joachim Schiemann (BBA/JKI) und Hans-Jörg Buhk (BVL). Auch der Name Marc van Montagu als Präsident des europäischen Biotechnologieverbandes EFB verspricht kaum neutrale oder unabhängige Arbeit. Als Ziel nennt die Lobbygruppe: *»PRRI wird weiterhin Regierungen, Organisationen und andere Betroffene über die aktuelle öffentliche Forschung in der modernen Biotechnologie informieren sowie über PRRI's Sorgen bezüglich der Entwicklung von rechtlichen Rahmenbedingungen.«* Der Staat finanziert die Lobbyarbeit.

Propaganda per Internet: GMO Kompass, Genius & TransGen

Auf Staatskosten betreiben Teile der Gentechnikseilschaften ihre Propaganda. Die wichtigsten Internet-Werbeseiten stammen aus den gleichen Kreisen.

Unmittelbar an die Öffentlichkeit wendet sich der *GMO Kompass*, der 2005-07 als EU-Projekt, dann von *EuropaBio* (2007) und dann vom *BMELV* (2007-08) finanziert wurde. Hauptträger des Projektes ist die Darmstädter Gentechnik-PR-Agentur *Genius*, die laut eigener Referenzenliste für verschiedene Ministerien, Behörden, Lobbyverbände und Firmen wie *BASF*, *Bayer* und *Syngenta* sowie die Gentechnik-Industrieverbände *DIB* und *EuropaBio* arbeitet. Das redaktionelle Team ist identisch mit dem deutschsprachigen biosicherheit.de, das sehr ähnlich gestrickt ist: Kristina Sinemus und Klaus Minol von *Genius* sowie Gerd Spelsberg von *TransGen*, früher VerbraucherInitiative. Sie beschreiben sich selbst als »independent science journalists«, unabhängige Wissenschaftsjournalisten. Eingebunden, wie üblich, sind Behörden und Konzerne: Joachim Schiemann sitzt ebenso im Beirat wie der Industrieverband *EuropaBio*. Das Ganze geschieht im staatlichen Auftrag, verschleiert als Informationsplattform für das BioSicherheitsprogramm. 1,23 Mio. der 1,86 Mio. EUR Gesamtkosten kassiert *Genius* aus dieser Quelle.

Das Internetprojekt *TransGen* war nicht von Beginn an als Propaganda für die Gentechnik gedacht, sondern ist vielmehr ein Beispiel für die Käuflichkeit und Anpassungsfähigkeit von Umwelt- und Verbraucherverbänden. Die Verbraucherinitiative hatte irgendwann die Idee, zusammen mit Gentechnikkonzernen eine Internetplattform zu gründen. Neutral sollte sie sein. Eine Propagandaplattform verschleierter Form ist sie geworden. Ein wichtiger Grund für den Wandel von einer kritischen Stimme zum Propagandaarm der Agrokonzerne war das Geld – im Rahmen von Gentechnik gibt es (neben der Pro-Gentechnik-Forschungsförderung) kaum finanzielle Quellen jenseits von Konzernen und Lobbygruppen.

InnoPlanta in Aktion: Bezahlte DemonstrantInnen vom 19.4.2009 vor der BioTechFarm in Üplingen

Dachverbände

In den meisten herrscht von den Mitgliedern her eine große Breite: Das gesamte Spektrum landwirtschaftlicher Tätigkeiten ist vertreten. Aber in den Verbandsspitzen dominieren die BefürworterInnen von Gentechnik und von industrialisierter Landwirtschaft im Allgemeinen. So bei der *Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft*. Dort sitzen auch Ökolandbau-Verbände, auf der eigenen Internetseite wird die DLG als »neutrales, offenes Forum« beworben. Doch die Praxis ist auch hier eine andere. DLG-Präsident Carl-Albrecht Bartmer befürwortete auf dem Unternehmertag am 3.9.2008 in Leipzig *»die Ausschöpfung aller mobilisierbaren Potenziale auf fruchtbaren Ackerflächen.«* In der Pressemitteilung zu seiner Rede heißt es weiter: *»Die Grüne Gentechnik werde vermutlich eine der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts sein. Sie ermögliche einen schnellen Zuchtfortschritt und sei deshalb in der Lage, die Ertragsfähigkeit von Pflanzen an die dynamisch steigende Nachfrage anzupassen, auch und gerade, wenn sich das Klima ändert.«*

Ganz ähnlich zeigt sich das Bild beim *Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V.* (BLL). Er vereinigt Firmen der Lebensmittelverarbeitung, darunter die Bio-Kette *Basic* und der Gentechnikfreiheit garantierende Hersteller *Milupa*. Bei vielen Mitgliedsfirmen und -verbänden wird Gentechnik also abgelehnt, doch der Spitzenverband tritt ein für *»verlässliche Rahmenbedingungen, die die Rechte auf Forschungsfreiheit in der Pflanzenzüchtung wahren, eine verantwortungsbewusste Weiterentwicklung und Anwendung der Grünen Gentechnik ermöglichen, die Rohstoffversorgung für die deutsche und europäische Veredlungs- und Ernährungswirtschaft sicherstellen und eine lückenlose Verbraucherinformation gewährleisten.«* ●

Mehr Informationen

Die Gentechnik-Seilschaften sind in der Broschüre »Organisierte Unverantwortlichkeit« genau beschrieben. Seit September versuchen wichtige FunktionärInnen der deutschen Gentechnik, die Kritik an Filz und Geschäftsmethoden gerichtlich verbieten zu lassen.
Im Internet stehen unter
www.biotech-seilschaften.de.vu weitere Texte, Quellen und Zitate bereit.
Kontakt: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen
Tel. (0 64 01) 90 32 83, Fax -5
saasen@projektwerkstatt.de

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Plakative Anschläge

Ein Plakatarchiv, eine Ausstellung und Anregungen zum Selbermachen

»Ach, das kenn ich.« – denkt man oft, wenn mal sich durch das Plakatarchiv der Gruppe »Politisches Plakat« wühlt. Unzählige Plakate aus allen politischen Bereichen der vergangenen zwanzig Jahre sind dort versammelt. Die Gruppe archiviert seit September 2006 Plakate aus dem linken politischen Spektrum. Das Projekt verfolgt neben der Archivierung der Plakate auch das Ziel, sie einer möglichst breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Bisher erfolgte dies über das Internet. Als Präsentationsformen ist neben einem Weblog auch bewusst die Internetplattform »Flickr« gewählt worden, da diese auch einer großen Öffentlichkeit die Möglichkeit gibt, sich die Plakate in einer ansprechenden Form anzuschauen. Mittlerweile haben sich über tausend verschiedene Plakate angesammelt, die aus unterschiedlichsten Zeiträumen, Gegenden und Zusammenhängen kommen.

Das eintausendste Plakat wurde zum Anlass genommen, dem Projekt einen neuen Rahmen zu geben. Und zwar in Form einer Ausstellung. Damit soll dem Projekt eine neue Öffentlichkeit verschafft werden. Folglich auch jenen, die nicht im Besitz eines Internetzugangs sind oder denen die Existenz des bisherigen Onlineprojekts unbekannt ist, die Entwicklungen des politischen Plakates in den letzten zwanzig Jahren vor Augen zu führen. Um den Rahmen der Ausstellung noch zu erweitern, werden in jeder Stadt, in der die Ausstellung gezeigt wird, zusätzlich Workshops zu Grundlagen der Plakatgestaltung und zum Thema Layout und Antisexismus angeboten.

Mit einer Broschüre, welche den Zusammenhang von Wirkung des Mediums Plakat in Politik und Gesellschaft sowie die praktische Seite über die Gestaltung und Erstellung von Plakaten genauer erläutern, startet das Projekt in seine nächste Runde. Wir dürfen gespannt sein, wie sich das Programm rund um die politischen Plakate weiter entwickelt.

Wenn ihr die Ausstellung in eurer Stadt zeigen wollt, dann mailt an: politisches.plakat@gmx.de. ●

Katja Grabert

Plakatarchiv im Internet:
http://politischesplakat.blogsport.de und
www.politisches-plakat.tk

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
buero@netzwerk-selbsthilfe.de
www.netzwerk-selbsthilfe.de
Tel.: (0 30) 691 30 72

DIE ZENTRALE INFORMATIONSSTELLE AUTONOMER FRAUENHÄUSER (ZIF)

Arbeit nach basisdemokratischen Prinzipien

Der nachfolgende Beitrag war ursprünglich für unseren Jubiläumsschwerpunkt »Die vielen Wege zur Selbstorganisation« im vergangenen Monat eingeplant, erreichte uns aber leider zu spät. Deshalb nun der »Nachschlag«:

Von den 356 Frauenhäusern, die es in Deutschland zur Zeit gibt, bezeichnen sich 135 als Autonome Frauenhäuser und geben damit ihrer parteipolitischen und konfessionellen Unabhängigkeit Ausdruck. Sie tragen häufig den Vereinsnamen »Frauen helfen Frauen« und bilden damit weitere wichtige Prinzipen ihrer Arbeit bereits im Vereinsnamen ab. Frauenhäuser sind Orte von Frauen für Frauen.

Von Kathie von Asel ● Die Vereine arbeiten in Selbstverwaltung mit basisdemokratischen Elementen, wozu auch das Mitspracherecht der Bewohnerinnen der Frauenhäuser zählt. Die Arbeit erfolgt nach dem Hilfe-zur-Selbsthilfe-Prinzip und dem Prinzip der Parteilichkeit für von Gewalt betroffene Frauen, Mädchen und Jungen. Mitarbeiterinnen der Autonomen Frauenhäuser arbeiten und entscheiden in der Regel in gleichberechtigten Teams ohne Geschäftsleitung und ohne Chefin.

Autonome Frauenhäuser haben ihre Ursprünge in und ihre Konzeptions-Inspiration aus der Frauenbewegung der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Sie sehen die patriarchalen Gesellschaftsstrukturen und Hierarchien als wichtige Ursache der bestehenden Gewalt- und Machtverhältnisse. Ihre Arbeit basiert auf den politischen Grundsätzen von feministischem und antirassistischem Denken und Handeln. Besonders Autonome Frauenhäuser sind immer wieder und waren zu allen Zeiten öffentlichen Angriffen ausgesetzt, was sich unter anderem darin zeigte, dass in den Aufbaujahren viele Autonome Frauenhausträger durch feindliche Übernahmen von Wohlfahrtsverbänden und kirchlichen Trägern ihre Arbeit einstellen mussten. Im letzten Jahrzehnt wurden aufgrund von massiven finanziellen Einschnitten durch die öffentlichen Geldgeber zahlreiche Frauenhäuser unabhängig von ihrer Trägerschaft zur endgültigen Aufgabe bzw. zum Abbau von Frauenhausplätzen gezwungen.

Die Gründung der ZIF

Mitten in der Aufbauphase der Frauenhäuser wurde die *Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser* (ZIF) auf Beschluss der Teilnehmerinnen des *8. Nationalen Frauenhaustreffens* in Braunschweig im Jahr 1980 als Vernetzungs-, Informations- und Koordinationsstelle eingerichtet.

Die Frauenhausinitiativen blickten zu diesem Zeitpunkt bereits auf eine kurze und bewegende Geschichte zurück. Gab es im Jahr 1975, dem von der UNO ausgerufenen Jahr der Frau, nicht eine einzige Zufluchtsstätte für misshandelte Frauen und ihre Kinder in West-Deutschland, wurden bereits im Oktober 1976 in West-Berlin und im November 1976 in Köln die ersten Frauenhäuser als Projekte der neuen Frauenbewegung eröffnet. Auch ermutigt durch die Erfahrungen in England, wo zu diesem Zeitpunkt bereits etliche Frauenhäuser existierten, gründeten sich in vielen Städten West-Deutschlands Frauenhausinitiativen/Gruppen mit dem Ziel des Aufbaus von selbstverwalteten Frauenhäusern.

In der Entstehungsphase wurde es eine wichtige Aufgabe der neugegründeten *ZIF*, Frauenhausinitiativen beim Aufbau ihrer Frauenhäuser unterstützend zu beraten.

Weiter stellte sie die Vernetzung und den Informationsaustausch unter den Frauenhäusern und Frauenhausinitiativen sicher und trug so maßgeblich zur Stärkung der Frauenhausbewegung und der Überwindung der zahlreichen regionalen und überregionalen parteipolitischen Widerstände bei. Entscheidungen zum Beispiel über bundesweite Finanzierungsforderungen wurden auf den einmal jährlich stattfindenden *Nationalen Frauenhaustreffen* gemeinsam gefällt. Später wurden diese Treffen in kritischer Abgrenzung zum *Nationalen* in *Bundesweite Treffen der Autonomen Frauenhäuser* (BWT) umbenannt. Anfang der Neunziger unterstützte die *ZIF* neugegründete Frauenhäuser in den Neuen Bundesländern. Fast zehn Jahre lang fanden *Ost-West-Treffen* (OWT) der Frauenhäuser statt.

Die Arbeit der ZIF

Die Arbeit der *ZIF* wurde und wird maßgeblich über Beitragszahlungen der Autonomen Frauenhäuser finanziert. Durch die finanzielle Unabhängigkeit von öffentlichen Finanzierungsträgern soll die politische Unabhängigkeit dauerhaft sichergestellt werden.

Angelehnt an das Prinzip der Rotation, ist die *ZIF* auch heute nur »vorübergehend« an einen Frauenhausverein angeschlossen. Doch beträgt ihre »Amtszeit« nicht mehr nur ein Jahr wie in der Anfangszeit, um dann in ein anderes Frauenhaus – möglichst in einem anderen Bundesland – zu wechseln. Heute wird die *ZIF* durch ihre Mitgliedsvereine für mindestens drei Jahre gewählt. Danach besteht die Option der befristeten Wiederwahl. Dies eröffnet die Möglichkeit einer längerfristigen Planung und größeren Kontinuität bei guter Arbeit.

Die Anbindung an ein Frauenhaus und die Rotation dienen der Sicherstellung der Praxisnähe. Dauerhafte Machtkonzentration und Funktionärstätigkeiten sollen über das Rotationsprinzip bereits im Vorfeld verhindert werden. Zur Zeit hat die *ZIF* ihren Geschäftssitz in Kassel.

Die Aufgabenfelder der *ZIF* wurden im Laufe der Jahre erweitert. Heute hat sie in Zusammenarbeit mit dem *ZIF-Beirat* das Mandat zur eigenständigen Öffentlichkeitsarbeit. Der *ZIF-Beirat* setzt sich aus Vertreterinnen der *Landesarbeitsgemeinschaften der Autonomen Frauenhäuser* (LAGs) zusammen, legt die Arbeitsschwerpunkte fest und unterstützt die Arbeit der Hauptamtlichen.

Neben dem Tagesgeschäft und der Koordination der bundesweiten Vernetzungsarbeit, gehören das Organisieren von Kongressen, von Kampagnen und Fortbildungsveranstaltungen zu dem Aufgabenspektrum der *ZIF*. In enger Zusammenarbeit mit dem *ZIF-Beirat*, den bundesweit arbeitenden Arbeitsgruppen (z. B. zur Finanzierung oder zum Kindschaftsrecht) und in Kooperation mit anderen Organisationen, versucht die *ZIF* Einfluss auf Meinungsbildung und Gesetzgebung zu nehmen.

Im Jahr 2010 wird die *ZIF* dreißig Jahre alt und sie ist ohne Zweifel ein gelungenes Beispiel für dauerhafte Vernetzungs-, Koordinations- und Öffentlichkeitsarbeit nach basisdemokratischen Prinzipien.●

Kontakt:

Zentrale Informationsstelle
Autonomer Frauenhäuser
Postfach 101103, 34011 Kassel
Web: www.autonome-frauenhaeuser-zif.de
E-mail: zif-frauen@gmx.de
Tel./Fax: (05 61) 820 30 30

DOKUMENTARFILM-BESPRECHUNG

¡Brigadistas!

Der Dok-Film »Brigadistas« begleitet Veteranen und einige Veteraninnen der Internationalen Brigaden, die im Spanischen Krieg 1936 – 38 mitgekämpft haben, auf einer Reise durch Spanien 2006 – 70 Jahre danach.

Von Gaston Kirsche ● Am 17. Juli 1936 putschte das rechtsgerichtete Militär gegen die Volksfrontregierung in der spanischen Republik und ihre Sozialreformen. Die Militärs um General Franco stießen auf die entschiedene Gegenwehr von rasch gebildeten ArbeiterInnenmilizen und republiktreuen Teilen der Polizei. Bald bildeten sich auch die Internationalen Brigaden, in deren Reihen über 40.000 Freiwillige aus vielen Ländern zusammenfanden – mehr als die Hälfte von ihnen starb in den Kämpfen.

Die »Voluntarios de la Libertad«, die Freiwilligen der Freiheit, waren nach einem Aufruf der *Kommunistischen Internationale* nach Spanien gekommen, um die junge Republik und ihre Errungenschaften zu verteidigen, und wie der Interbrigadist Kurt Goldstein in einer Rede in Barcelona erklärt: »Wir sind Euch dankbar, dass wir herkommen konnten, weil wir so gegen den Faschismus kämpfen konnten!«

2006 reisen 36 der noch lebenden Milicanos/as gemeinsam nach Spanien, von Madrid über Zaragossa nach Barcelona. Die Fraktion der »Izquierda Unida«, der Vereinigten Linken organisiert eine Ehrung im spanischen Parlament. Bei dieser Ehrung und der Reise durch das Land begleiteten der Regisseur Daniel Burkholz, der Kameramann Andreas Mache und die Interviewerin Heike Geisweid die Gruppe. In einem großen Saal in Madrid werden die InterbrigadistInnen von einem überwiegend jugendlichen Publikum begeistert gefeiert. Republikanische Fahnen werden geschwenkt, »Spanien wird republikanisch sein!« skandiert. Es gibt geballte Fäuste, bewegende Redebeiträge.

Vor der Kamera erzählen einzelne BrigadistInnen bei einem gemeinsamen Besuch des Denkmals im Jaramatal von der dortigen Schlacht: »Die anderen hatten alles moderne Kriegsgerät, wir hatten wenig. Wir waren kaum ausgerüstet, uns gegenüber gut ausgebildete Soldaten.« Die heute 86 bis 99-Jährigen berichten offen und ohne soldatisches Gehabe. Oft schweigen sie nach einem Satz über den brutalen Krieg, auf ihren Gesichtern ist zu sehen, wie sie mit der Erinnerung kämpfen. Sie erscheinen ungebrochen. Viele von ihnen haben die Lager in Frankreich überlebt, in denen die SpanienkämpferInnen, die über die Pyrenäen geflohen waren, interniert wurden. Wer den Deutschen in die Hände fiel, wurde erschossen, kam ins Todeslager für »Rotspanier«: Mauthausen, nach Dachau oder als Jude direkt nach Auschwitz.

Als die InterbrigadistInnen in einer Veranstaltungspause im Garten zusammenstehen, fängt ein alter Brigadist an, »Ay, Carmela« zu singen, das populäre Lied des republikanischen Spanien. Die Umstehenden stimmen in den Refrain ein, voller lebendiger Erinnerung. Bewegend. Der Film verzichtet völlig auf Archivmaterial, die Geschichte des Spanienkrieges wird durch die Statements der alten KämpferInnen erzählt. So deutlich so die schwierigen Kampfbedingungen werden, so sehr fallen die Auseinandersetzungen im republikanischen Lager unter den Tisch. Kein Wort dazu, dass sich die Kommunistische Partei Spaniens dadurch Einfluss verschafft hat, autoritär gegen die breite anarchosyndikalistische und linkskommunistische Bewegung vorzugehen, weil diese die soziale Revolution nicht auf den Sankt Nimmerleinstag, auf die Zeit nach dem Krieg gegen Militärs verschieben wollte.

Auf den gefilmten Veranstaltungen werden die InterbrigadistInnen gefeiert. Die filmische Begleitung der Reise als Hommage für die SpanienkämpferInnen bleibt leider aber auf der Oberfläche revolutionärer Traditionspflege. Die einzige, mehrmals gestellte kritische Nachfrage: Würden sie heute noch mal so kämpfen wie in den Interbrigaden? Die Antworten fallen unterschiedlich aus: Von Ja, sicher bis: Heute ist das Kapital so übermächtig, durch das Finanzkapital international so verflochten, dass die Arbeiterbewegung kein Vaterland mehr hat, für dass sich zu kämpfen lohnt. Warum es 1936 um Landesverteidigung gehen sollte und nicht um die soziale Revolution, ist kein Thema. Oft ist vom Kampf der Interbrigaden als Einsatz für Freiheit und Frieden die Rede, manchmal auch vom Kampf gegen den Kapitalismus. Einige Brigadisten erklären in Reden, es gehe im Jahre 2006 um den Kampf gegen Bush und Blair, gegen ihren Irakkrieg. Betonen tun dies besonders ein Kämpfer aus den USA und einer aus England. Das klingt ehrenwert, aber auch sehr traditionslinks, etwas oberflächlich und auch hier – keine kritischen Nachfragen: Linke als die KämpferInnen für den Frieden, der als kapitalistischer Normalzustand so doch beschönigt zu werden droht? Auch heute wieder Volksfrontpolitik als breites Bündnis mit bürgerlichen Kräften, die gegen soziale Emanzipation und Revolution eingestellt sind?

So bleibt vom Film der Eindruck: Eine gute Momentaufnahme der Reise der InterbrigadistInnen, aber leider ohne eine Auseinandersetzung damit, was ihre Geschichte, was der Spanienkrieg, was die Fehler der Volksfrontpolitik uns für die heutigen linken Bewegungen bedeuten können. Und ein Ausblenden davon, dass die im Film gezeigte Traditionspflege des Wahlbündnisses »Izquierda Unida« und der »PCE«, der in ihr aktiven Kommunistischen Partei Spaniens, ihre in der Rethorik kämpferische Bezugnahme auf die spanische Republik einen merkwürdigen Kontrast bildet zu ihrer real eher biederen Tagespolitik.●

Brigadistas, BRD, 2007, 45 Min., OmdtU und OmspU, Format: DVD 16 : 9
Erhältlich für 19,99 EUR bei der Produktionsfirma:
www.roadside-dokumentarfilm.de
Roadside Dokumentarfilm
Daniel Burkholz
Alsenstraße 20a, 44789 Bochum

Anzeige

Skilanglaufreisen nach Skandinavien
Die VAGABUNDEN
www.die-vagabunden.de
☎ 0 52 01 - 73 47 42

Anzeige

HAMBURG: DAS »CENTRO SOCIALE«

Von Erich Jungnickel ● Unkommerzielle Räume, die von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen selbst verwaltet, gemeinschaftlich und ohne staatliche Vorgaben genutzt werden können sind selten geworden. Deshalb haben sich seit Juni 2008 zahlreiche Menschen die ehemaligen Handwerkstätten in der Sternstrasse 2 in St. Pauli als Freiraum angeeignet und das *Centro Sociale* geschaffen.

Getragen wird das *Centro Sociale* von der *Sozialgenossenschaft St.Pauli Nord* und *rundrum eG*. Zu deren Vereinszweck gehört die Bereitstellung eines sozialen Rahmens, der konstruktiv Auseinandersetzung, Zusammenarbeit und verantwortliches Engagement fördert. Es gibt weder bezahlte Arbeit noch öffentliche Gelder. Zum Selbstverständnis gehört der Kampf gegen die Eingriffe der Investoren in das Viertel und Leben der Bewohner.

Mehr als 160 Menschen, Projekte und Vereine haben sich mittlerweile für den autonomen Nachbarschaftstreff *Centro Sociale* genossenschaftlich organisiert und weitaus mehr nutzen das Haus als offenen Ort für gemeinsames Denken, Reden und Handeln. In den fünf verschieden großen Räumen ist fast jeden Tag etwas los. Dabei ist das Spektrum der Veranstaltungen sehr groß. Zum Beispiel zaubert Salvatore mit Kindern, *Nord Support* plant die nächsten Fan-Aktionen, die *Rote Hilfe* und *Mieter helfen Mietern* bieten Beratungsstunden.

Das unter Denkmalschutz stehende Gebäude gehört der Stadt Hamburg und ist bis zum Jahresende 2009 durch einen Untermietvertag angemietet. Für die Zeit danach sucht die Stadt einen Mieter der bereit ist, einen nachbarschaftlichen, nicht kommerziellen Treffpunkt für den Stadtteil St.Pauli langfristig zu entwickeln und zu unterstützen.●

www.centrosociale.de

ARTIKELSERIE IN SACHEN HAUSRETTUNG, 10. FOLGE: IM GANZ NORMALEN KAPITALISMUS

Mit Ruinen leben

Es ist ja kein Krieg. Wir leben mitten im Frieden, jedenfalls in Deutschland. Trotzdem findet etwas statt, was sonst nur in und nach Kriegszeiten geschieht: ganze Regionen laufen leer und veröden, besonders in Ostdeutschland. Städte verlieren fast die Hälfte ihrer Einwohner, in manchen Dörfern wohnen nur noch ein paar unbewegliche Alte.

Von Konrad Kantstein ● Vielleicht ist, was da geschieht, doch so etwas Ähnliches wie Krieg. Die prosperierenden Landesteile verteidigen ihre Wirtschaftskraft gegen die zurückbleibenden. Während im Süden und Westen des Landes Überstunden gemacht werden, stagniert im Osten die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau. Viele gehen fort, besonders die Jüngeren und Beweglicheren. Wer den Hintern nicht hochkriegt, kann bleiben, wo sich Fuchs und Hase »Gute Nacht« sagen. In München herrscht Wohnungsnot, in Leipzig stehen ganze Gründerzeitquartiere leer, in Chemnitz werden sie schon abgerissen.

Was hier geschieht, ist der ganz normale Kapitalismus. Der ist immer ein Krieg, wenn auch mit vergleichsweise friedlichen Mitteln. Nämlich ein Krieg der Reichen gegen die Armen, der Kapitalbesitzer gegen die Arbeitenden, eine Umverteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums von unten nach oben. Das darf man nicht laut sagen, denn unsere tonangebenden Politiker geben sich die größte Mühe, dieses als eine gleichsam naturgesetzliche Entwicklung darzustellen, die nicht von Menschen gemacht wurde und deshalb auch von Menschen nicht aufgehalten oder umgekehrt werden kann. Also brechen wir an dieser Stelle ab und verfolgen den Gedanken nicht weiter, damit wir nicht irgendwann auf umstürzlerische Ideen kommen.

Die grundsätzliche Problematik von kapitalistischem Selbstlauf und der Frage nach den Möglichkeiten staatlicher Intervention oder gesellschaftlicher Umwälzung muss an anderer Stelle ausführlich diskutiert werden. Immerhin hat die Politik in Deutschland in den Wochen vor der Wahl endlich erkannt, dass es vielleicht eine mitmenschliche Pflicht sein könnte, wenigstens die Folgen dieser Entwicklung für die am ärgsten Betroffenen zu mildern.

Wir wollen hier nur einen Aspekt dieser Entwicklung ins Blickfeld rücken: die Tatsache nämlich, dass wir uns an den Anblick von Ruinen und leer stehenden Bauwerken werden gewöhnen müssen. Beispiele für diese Betrachtung finden wir in Mecklenburg-Vorpommern, in dem Bundesland, das aktuell am meisten von Bevölkerungsverlusten geprägt ist.

Was eine Ruine ist, wodurch sie zu definieren sei, darüber lässt sich streiten. Ordnungsfanatiker und Sauberkeitsapostel sehen schon in eingeworfenen Fensterscheiben und abblätterndem Putz die Kriterien für Ruinenhaftigkeit erfüllt. Andere halten einen Bau erst dann für eine Ruine, wenn die Decken eingebrochen sind und das Dach durchlöchert ist. Ich plädiere dafür, abgängige Bauwerke als gefährdet einzustufen, sie aber nicht voreilig als Ruinen zu denunzieren. Anders ausgedrückt: alle Bezeichnungen und Beschreibungen, die als Argumente für den raschen Abriss herhalten können, sind mit äußerstem Misstrauen zu betrachten. Auf das Urteil eines Dorfbürgermeisters, der sieben Jahre lang jegliche Hilfeleistung für ein marodes Gutshaus verweigert hat oder eines Kreisbaurats, der von Neubauvierteln schwärmt, sollte man sich nicht verlassen. Und schon gar nicht auf das eines Immobilienspekulanten, der am liebsten mit leer geräumten Grundstücken handelt.

Viele historische Bauwerke – und zwar nicht nur Schlösser und Herrenhäuser, sondern auch Ställe und Scheunen, Bauernhäuser und Katen – zeigen noch im Verfall mehr Charakter und Würde als mancher blitzblanke, modische Neubau aus dem Versandhauskatalog. Unsere Dörfer werden nicht durch Ruinen und abgängige historische Gebäude entstellt, sondern durch protzige Neubauten von eklatanter Geschmacklosigkeit, mit denen die Bauherren ihren Mitbürgern demonstrieren, wie viel Geld sie verdient, geerbt oder gerafft haben. Ganze Ortschaften werden entstellt durch Bebauungspläne oder Baugenehmigungen, die keine Rücksicht auf gewachsene Strukturen nehmen und es erlauben, dass Neubau-Eigenheime in historische Sichtachsen, auf Gutshöfe oder in Parkanlagen gestellt werden.

Was langsam verfällt, lässt sich, wenn es geschützt, eingezäunt und vor mutwilliger Zerstörung bewahrt wird, mit Liebe, Geschick und Geduld immer noch retten und restaurieren. Sogar echte Ruinen, größere Herrenhäuser, in denen sämtliche Deckenbalken durchgebrochen und vermodert waren, wie in Bredenfelde, Broock und Rossewitz sind in den letzten Jahren wieder eingedeckt worden. Sie können nun schrittweise renoviert und einer neuen Nutzung zugeführt werden. Wie sich in Barz und Bredenfelde zeigt, lassen sich sogar wirkliche Ruinen verkaufen und wiederherstellen, wenn die Preise auf ein realistisches Maß gesenkt werden und das landschaftliche Umfeld in die Transaktion einbezogen wird. Wo noch etwas ist, kann man es auch reparieren, renovieren, stützen und ergänzen, ausbauen und umnutzen.

Ein Gutshaus in der mecklenburgischen Schweiz, das in diesem Zustand über 20 Jahre lang leer stand. Jetzt ist es denkmalgerecht saniert und bewohnt. Foto: Dienstleistung Denkmal

Eine Ruine auf einem Grundstück ist auf jeden Fall bedeutsamer, oft auch wertvoller, als dasselbe Grundstück ohne Ruine. Für diesen Satz wird sich heute in den östlichen Bundesländern, in denen die kapitalistische Bodenspekulation seit zwanzig Jahren Überzeugungsarbeit in die entgegen gesetzte Richtung geleistet hat, kaum noch ungeteilte Zustimmung finden lassen. Ich will trotzdem versuchen, ihn zu begründen.

Die Ruine eines authentischen historischen Gebäudes ist in aller Regel

1. visuell reizvoller, ästhetisch attraktiver und narrativ interessanter,
2. historisch inhaltsreicher und dokumentarisch informativer,
3. architekturgeschichtlich wertvoller und auskunftsfreudiger als eine abrasierte und eingeebnete Fläche, auf der dann vielleicht ein gepflegter Rasen sprießt, der aber außer über den Fleiß des Rasenmähers gar nichts mehr zu erzählen weiß.

Im ökonomischen Kalkül ist eine andere Denkweise vorherrschend, der zufolge ein abgeräumtes Grundstück wertvoller sein soll als ein mit noch so faszinierenden Ruinen bestücktes. »Das Privateigentum hat uns so dumm und einseitig gemacht«, sagt Karl Marx, dass wir den Wert eines Hauses, einer Landschaft, eines Grundstücks nur noch nach seinem Verkaufswert einzuschätzen uns angewöhnt haben. Gewiss denkt nicht jeder so, aber diejenigen, die durch ihr wirtschaftliches Handeln das Gesicht des Landes prägen, denken überwiegend so. In ihrer Sichtweise sind Ruinen – oder Bauwerke, die sie zu Ruinen erklären – nichts als Störfaktoren und Vermarktungshindernisse. Demzufolge wird von Treuhandmanagern, Bankern, Bauräten und anderen vorrangig wirtschaftlich denkenden Menschen die Ruinenbeseitigung zum Programm erhoben. Ich möchte mit diesem Text dagegen halten, also für Geduld und Toleranz im Umgang mit Ruinen werben.

Ruinen reizen zum Nachdenken, zum Räsonieren und zum Disput. Auch wenn sie keine Denkmale sind, so geben sie doch Denk-Anstöße. Sie verlocken uns durch ihre pure Existenz und Anschaubarkeit, über die Verhältnisse nachzusinnen und zu diskutieren, denen diese Bauwerke ihre ursprüngliche Entstehung und ihren späteren Verfall verdanken. Sie lassen uns nach der Geschichte und nach den Geschichten fragen, die sich hinter ihrer gegenwärtigen Erscheinung verbergen. Zweifelsohne sind das alles Geschichten von Menschen, bekannten und unbekannten, berühmten oder namenlos gebliebenen.

Welche Bedeutung können Ruinen für die Zukunft des Landes, zum Beispiel für Mecklenburg-Vorpommern, haben?

a) Für die Bewohner des Landes.

Ältere Mitbürger werden sich vielleicht an die fünfziger Jahre erinnern, als z.B. in Berlin, Hannover und anderen Städten die Trümmer des Krieges abgeräumt und erstmal Bauland geschaffen wurde. Man kam sich in manchen Stadtteilen vor wie auf dem Mond, ein Gefühl, das uns auch angesichts mancher Industriebrachen in der Gegenwart wieder beschleicht. Es ist die Frage, ob man sich in einem Lande, das sich in einem Prozess der schrittweisen Ausräumung befindet, noch heimisch fühlen kann. Die Mehrheit der Bevölkerung ist immer noch durch Herkunft, Besitz und Familie an einen Ort gebunden und nicht einfach verpflanzbar. Diese Menschen haben einen Anspruch auf die Wiedererkennbarkeit des Ortes, an dem sie leben und das heißt: auf die Anwesenheit historischer Bauten. Und zu denen gehören eben notfalls auch die Ruinen, solange sie noch stehen und erhalten werden können. Anders gesagt: das Volk hat einen Anspruch auf seine Geschichte, die sich vorrangig auch in historischen Bauten vergegenständlicht. Es braucht sich diese nicht durch kurzsichtige Geschäftstätigkeit wegnehmen zu lassen. »Ein Land das seine historischen Bauten vernichtet, ist wie ein Mensch, der sein Gedächtnis verliert.«

b) Für die Touristen.

Der internationale Tourismus war von seinen Anfängen an immer auch ein Ruinen-Tourismus. Das begann bereits im 18. Jahrhundert mit den Italienreisen wohlhabender Bürger aus England und Deutschland, die in erster Linie die antiken Stätten aufsuchten. Der erste Deutsche Reiseführer von Baedecker erschien 1849. Er führte durch das Rheintal und zählte alle Ruinen auf. Wenn dort nicht seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts dafür gesorgt worden wäre, dass die Rheinburgen nicht länger als Steinbrüche benutzt sondern wenigstens als Ruinen erhalten blieben, gäbe es dort heute keinen Tourismus.

Der Tourist ist ein eigentümliches Wesen. Ich karikiere ihn jetzt ein bisschen, aber wie in jeder Karikatur, so steckt auch in dieser ziemlich viel Wahrheit. Der Tourist kommt in der Regel aus eher wohlhabenden, aber eintönigen Städten und reist mit Vorliebe in ärmere, aber interessantere Regionen. Er fährt in fremde Länder oder andere Landesteile, weil er dort etwas sehen will, was er daheim schon vernichtet hat. Oft geht es ihm zuhause gar nicht so großartig, aber es erfreut ihn, einmal 14 Tage lang bedient und bevorzugt behandelt zu werden. Obwohl er die Eingeborenen, die er besucht, nicht selten insgeheim beneidet, möchte er doch seine Überlegenheit spüren, wenigstens die ökonomische. Dann kehrt er zurück und erzählt zuhause, wie »arm aber glücklich« die Leute waren, die er in dem besuchten Land angetroffen hat und wie kaputt dort alles ist.

Es war also ein törichtes Missverständnis, als die Mecklenburger nach der Wende anfingen, ihre Dörfer auf- und auszuräumen, die Ruinen zu beseitigen, die alten Linden an der Dorfstraße zu fällen und die Kopfsteinpflaster durch Schwarzteerdecken zu ersetzen, um ihr Land »tourismustauglich« zu machen. Touristen wollen im Urlaub etwas anderes sehen als zuhause.

Natürlich hält sich auch die Faszinationskraft von Armut und Verfall in Grenzen und ganz gewiss freuen sich auch Touristen an sauberen Straßen und gepflegten Dörfern. Für den Fremdenverkehr ist es jedoch tödlich, wenn ein Land, das Gäste einlädt, vor ihren Augen seine Eigentümlichkeiten vernichtet. Zu den Eigentümlichkeiten Mecklenburg-Vorpommerns gehören neben der noch halbwegs intakten Naturlandschaft eben auch seine historischen Bauten. Was den Ägyptern die Pyramiden sind, sind diesem Lande die alten Dorfkirchen, die Gutsanlagen mit den gewaltigen Ställen und Scheunen, die Herrenhäuser, Parkanlagen und Alleen. Sie gehören nicht bloß zum historischen Inventar dieser Region, sondern zum nationalen Kulturerbe.

In mancher Hinsicht ist die Entwicklung im Osten Deutschlands ein Indikator für das, was auf einige Landesteile auch im Westen zukommt. Auch in Westdeutschland gibt es schon Regionen, in denen Wirtschaftskraft und Einwohnerzahl schrumpfen. Im Ruhrgebiet bekommen wir bereits seit vielen Jahren Industrie-Ruinen, in Franken leer stehende Gehöfte zu sehen. Das ist kein Grund zur Panik. Wir sollten sehr gelassen damit umgehen und nicht ohne Not vernichten, was wir noch erhalten und als Entfaltungsraum einer anderen Zukunft nutzen könnten.●

Konrad Kantstein ist Kulturhistoriker, ehrenamtlicher Hausretter und Denkmalschützer.

STROMMARKT IM WANDEL

Energie in Bürgerhand

Energieunternehmen

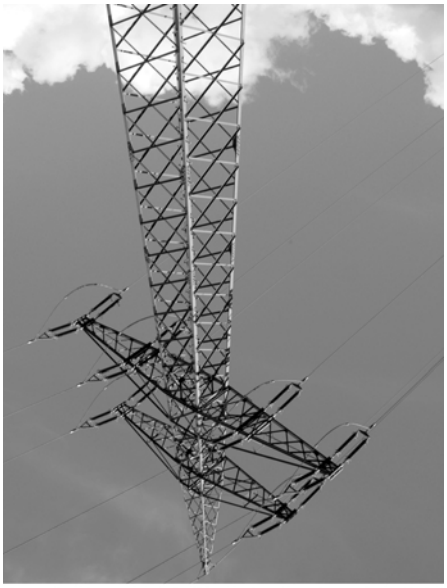
vom »natürlichen« Monopol zur Rekommunalisierung

Bis heute wird der Energiemarkt in Deutschland durch einige historisch problematische Festlegungen entscheidend geprägt. Mit der Einigung zwischen der staatlichen PreussenElektra und dem privaten Großkonzern RWE setzte sich die Festlegung von Gebietskartellen durch und wurde mit dem Energiewirtschaftsgesetz von 1935 zementiert. Die Energieversorgung wurde als »natürliches Monopol« (kostendeckende Versorgung durch ein Unternehmen) angesehen und »volkswirtschaftlich schädigende Auswirkungen des Wettbewerbs« sollten verhindert werden.

Jörg Lange, Red. Genossenschaften ● Zwischen den Jahren 1900 und 1944 stieg die Stromerzeugung in Deutschland von 0,246 Mrd. kWh auf 45 Mrd. kWh an. Die zunächst dezentral organisierten und weitgehend privaten Strukturen der Stromerzeugung und Energieversorgung wurden bis 1944 zunehmend zu Gebietsmonopolen im Verbund. Ziel des Energiewirtschaftsgesetzes war »die Energieversorgung so sicher und billig wie möglich zu gestalten.« Dies sollte durch den Erhalt einer dezentralen Energieversorgung – damit war der Netzbetrieb und die Energielieferung gemeint – erreicht werden. Bei der Energieerzeugung wurde für die flächendeckende Versorgung zunehmend auf große zentrale Kraftwerke im Besitz weniger großer Verbundunternehmen gesetzt.

Erste Privatisierungswelle

Bereits in den 1980er und 1990er Jahren gab es erste Wellen von Privatisierungen oder Teilprivatisierungen kommunaler Betriebe und Einrichtungen. Oft stellte sich schon nach wenigen Jahren heraus, dass die – teilweise zu optimistischen – Erwartungen nicht erfüllt wurden. Private Betreiber waren nicht zwangsläufig besser und/oder kostengünstiger als Betriebe in öffentlicher Hand. In markt- und profitorientierten Unternehmen lassen sich politische Ziele, wie eine umwelt- und sozialverträgliche Daseinsvorsorge und Arbeitsplatzpolitik deutlich schwerer durchsetzen. Viele Aufgaben, die ein kommunaler Betrieb »nebenbei« erledigte, lassen sich unter reinen »Kostengesichtspunkten« selbst gegenüber kommunalen Aufsichtsräten schwerer vertreten. Bei einer Auslagerung verbleiben oft erhebliche Aufgaben der Koordination bei der Kommune und deren Kosten somit beim Steuerzahler.



Die Energieversorgung und die Stromerzeugung wieder auf die Füße stellen, ist Anliegen der »Energie in Bürgerhand eG«

Liberalisierung des Strommarktes

Bevor der Strommarkt 1998 europaweit liberalisiert wurde, hatten die Stadtwerke meist nur einen Lieferanten, der die notwendigen Strommengen zur Verfügung stellte. Zum Zeitpunkt der Liberalisierung – also der weitgehenden Auflösung der Gebietsmonopole bei der Stromversorgung – gab es ca. 900 Stromversorger in Deutschland. Die Erwartung vieler war, dass mit der Liberalisierung nur wenige übrig bleiben und auch die kommunalen Unternehmen (Stadtwerke) weitgehend in wenigen großen privaten Unternehmen aufgehen würden. Es kam anders. Viele kommunale Unternehmen haben sich trotz aller Privatisierungstendenzen der Kommunen bis heute erfolgreich behauptet und mit rund 72 Mrd. Euro Umsatz übertreffen die Mitglieder des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU) heute den Umsatz des größten Energieriesen E.ON in Deutschland.

Eine Konzentration der Macht gibt es von Beginn an vor allem im Bereich der Stromerzeugung. So lag der Anteil der vier großen Versorgungsunternehmen E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW an der deutschen Nettostromerzeugung von ca. 570 Mrd. kWh im Jahr 2004 bei 89 Prozent. Mit der Liberalisierung kam die Qual der Wahl beim Einkauf der Energiemengen. Zu welchem Zeitpunkt kauft man z.B. bei welchem Stromanbieter, welchen Strom zu welchen Konditionen? Hinter diesen Fragen steht eine ganze Reihe von weiteren immer komplexeren Anforderungen, denen die Stadtwerke durch immer stärkere Kooperationen mit anderen begegnen, um ihre Existenz und Unabhängigkeit zu bewahren.

Spätestens seit Mitte 2008 lässt sich ein eindeutiger Trend zur Rekommunalisierung der Versorgung mit Energie und Wasser in Deutschland nicht mehr leugnen. Das erklärte Ziel: Die Wasser- und Energieversorgung soll wieder in kommunale Hände kommen. Mehrere Umfragen bei Bürgern belegen eine breite Zustimmung dafür. Günstig dafür ist auch, dass in den nächsten Jahren viele Tausende Konzessionen auslaufen. Seitens der Kommunen ergibt sich so die Möglichkeit, mit der Konzession die Verteilungsnetze wieder zurück zu kaufen. Eines der prominentesten Beispiele hierfür ist der geplante Rückkauf des Fernwärme- und Gasnetzes in Hamburg durch den neu gegründeten kommunalen Energieversorger Hamburg Energie.

Rekommunalisierung im Trend

Dass es nicht einfach wird, E.ON, RWE & Co. ihre Konzessionsgebiete abzujagen zeigt sich an vielen Beispielen. Selbst die kleineren, wie z.B. die HEAG Südhessische Energie AG (HSE) geben ihre Netze, in die sie investiert haben, zugunsten der Kommunen nicht ohne Auseinandersetzungen her. Immerhin konnte am Beispiel der Gemeinde Seeheim-Jugenheim eine Rechtsfrage gerade exemplarisch geklärt werden. So hatte die Gemeinde Seeheim-Jugenheim zum 1.1.2006 die Konzession für den Betrieb des örtlichen Stromnetzes an den viel kleineren Stromversorger, die Bensheimer GGEW AG gegeben. Es wurde von den Richtern entschieden, dass Strom- und Gasleitungen dann vom Altkonzessionär verkauft werden müssen, wenn dies in Altverträgen so geregelt ist. Im nächsten Schritt geht es um den Preis für die Versorgungsnetze. Auch da liegen die Vorstellungen meist sehr weit auseinander. Entsprechend werden in vielen Fällen aufwendige Rechtsverfahren folgen.

Erhebliche Konfliktverschärfungen

Aber damit nicht genug. Unterstützt durch die Antikartellpolitik der EU müssen die Energieriesen, insbesondere im Bereich der Netze, Unternehmensteile abstoßen. Beispielsweise in Vorbereitung ist der Kauf des mecklenburgischen Regionalversorgers Wemag von etwa 268 Kommunen aus Mecklenburg Vorpommern und Brandenburg für ca. 170 Millionen Euro vom Vattenfall-Konzern (dem drittgrößten Energieversorger in Deutschland). An der neuen Wemag soll die Thüga als größtes Netzwerk kommunaler Energieversorger Deutschlands mit 25,1 Prozent der Aktien beteiligt werden.

Von einer Rekommunalisierung und Dezentralisierung wird erwartet, dass die erwirtschafteten Gewinne und Steuern in der Region bleiben und sozialversicherungspflichtige Dauer-Arbeitsverhältnisse mit ausreichendem Einkommen geschaffen werden. Für viele, insbesondere kleine kommunale Unternehmen, ist aber noch ein weiterer Aspekt von großer Bedeutung. Nicht nur eine stärkere Unabhängigkeit von den »Großen Vier« wird erwartet, sondern auch die Möglichkeit, Dienstleistungen des Einsparens von Energie und Wasser einzuführen sowie die regenerativen Energien vor Ort auszubauen. Viele kommunale Versorger wollen mit Wind, Sonne, Biomasse und Kraftwärmekopplung ihren Eigenanteil an der Stromerzeugung vor Ort deutlich erhöhen, wie z.B. die Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH.●

ENERGIE IN BÜRGERHAND

»Eine Idee schlägt ein«

Bürger wollen Beteiligung an der Thüga

Mindestens 100 Millionen Euro will die Genossenschaft »Energie in Bürgerhand eG« an Eigenkapital für den Kauf von Anteilen der Thüga (noch Tochter des Energiekonzerns E.ON) sammeln. Ziel ist es, im zukünftig fünftgrößten Energieunternehmen Deutschlands auf eine umweltverantwortliche und sozialverträgliche Energieversorgung zu drängen. Mehr als zwanzig Millionen Euro von über 3.500 Engagierten stehen schon bereit und täglich bieten mehr Menschen ihr Geld für das scheinbar Unmögliche. Interessierte für ein finanzielles Engagement können sich richten an: info@energie-in-buergerhand.de.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Hintergrund für diese Chance: Der Energiekonzern E.ON verkauft seine Stadtwerketochter Thüga, weil Bedenken seitens des Kartellamtes bestehen, E.ON verhindere den Wettbewerb. Seit August haben sich E.ON und die etwa 50 kommunalen Stadtwerke, grundsätzlich auf einen Bar-Kaufpreis der Thüga von rund 2,9 Milliarden Euro geeinigt. Ausgenommen davon sind vier Thüga-Beteiligungen u.a. die an der GASAG Berliner Gaswerke AG (37%). Sie werden auf die E.ON Ruhrgas übertragen und sollen gesondert verkauft werden. Die Transaktion bedarf neben der Zustimmung zahlreicher Gremien zu den finalen Kaufverträgen auch der Freigabe durch das Bundeskartellamt. Mit einem Vollzug der Transaktion wird deshalb nicht vor Dezember 2009 gerechnet.

Strategische Marktposition

Die Thüga organisiert unter anderem die Belieferung mit Strom und Gas zu rund 90 Stadtwerken. An diesen ist die Thüga in der Regel mit einer Minderheitsbeteiligung von unter 50% beteiligt, bei der Freiburger badenova z.B. mit einem Anteil von 47%. Mit insgesamt 3,5 Millionen Strom- und 1,9 Millionen Gaskunden wird die Thüga-Gruppe zum fünftgrößten deutschen Energieanbieter. Für Investoren ist die Thüga hochattraktiv. Der Transfer wird als einer der spektakulärsten der deutschen Stromgeschichte gewertet. Die Stadtwerke enercity (Hannover AG), Mainova (Frankfurt) und N-ERGIE (Nürnberg) werden jeweils 20,75 Prozent der Thüga-Anteile übernehmen und sind über einen Konsortialvertrag als Integra miteinander verbunden. Die übrigen 37,75 Prozent der Stadtwerke-Holding übernimmt die Stadtwerkegruppe »KOM9«, ein Zusammenschluss von ca. 46 weiteren Stadtwerken bzw. kommunalen Unternehmen. Zwischen Integra und der KOM9 wurde eine Aktionärsvereinbarung geschlossen.

In die Thüga einsteigen möchte auch die Bürgerinitiative »Energie in Bürgerhand«. Dazu sammelt sie in der Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft gegenwärtig Geld auf Treuhandkonten und das mit großem Erfolg. Von über 3.500 Bürgern liegen bereits finanzielle Zusagen in Höhe von über zwanzig Mio. Euro vor – mit weiter wachsender Tendenz.

Zahlreiche Unterstützer

Viele prominente Akteure unterstützen das Projekt. Zu den Mitgliedern der Genossenschaft gehören beispielsweise der Solararchitekt Rolf Disch, Professor Günter Rausch von der Evangelischen Hochschule Freiburg und als Aufsichtsratsvorsitzender von »Energie in Bürgerhand« Michael Sladek aus Schönau im Wiesental mit dem Mythos des Stromrebellen. Er sammelte zusammen mit anderen Schönauern bereits Mitte der neunziger Jahre einen Millionenbetrag ein, um das örtliche Stromnetz zu kaufen. Heute sind die daraus erwachsenen Elektrizitätswerke Schönau ein Ökostromversorger mit bundesweit mehr als 80.000 Kunden.

Gründe für den Einstieg der Bürger in die Thüga gibt es viele:

● Die Energieverbraucher in den verschiedenen Regionen erhalten Einfluss auf die Geschäftspolitik der Thüga. Energiepolitik wird so nicht mehr von oben verordnet, sondern es besteht die einmalige Chance, einen ökologischen Energiekonzern von unten aufzubauen.

● Vermieden wird der Abfluss von Geld aus den Regionen, weil die Gewinne des Unternehmens wieder den Bürgern vor Ort zugute kommen. Verstärkt wird dies, indem die Genossenschaftssatzung bestimmt, dass 10% des positiven Jahresergebnisses in die nachhaltige Energieversorgung zu investieren ist.

● Das Konzept bietet den Bürgern in Zeiten unsicherer Kapitalmärkte die Möglichkeit eines sinnvollen Geldeinsatzes. Zeitweise erzielte die Thüga eine Umsatzrendite von elf Prozent. Selbstverständlich sind solche Erträge nicht immer zu erwarten, aber dennoch: Das Investment ist eine vergleichsweise solide Anlage.

Fortsetzung auf Seite 8

KONTRA EINER THÜGA-BETEILIGUNG

Energie in Bürgerhand

Konservative Strukturen nicht dauerhaft erhalten

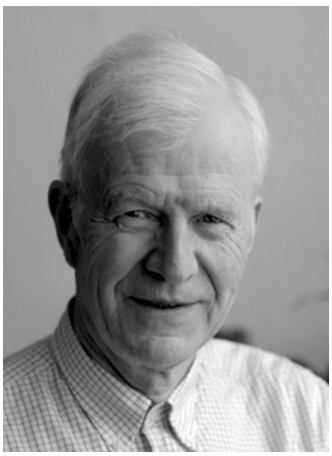
Der Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V. (SFV) setzt sich ein für eine vollständige Umstellung der Energieversorgung auf 100 Prozent Erneuerbare Energien – so schnell wie möglich. Eine solche Umstellung ist nur möglich, wenn die Strukturen und die Rahmenbedingungen radikal geändert werden.

Wolf von Fabeck, Red. Genossenschaften ● Ziele des Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V. sind: Dezentrale Anlagen zur Nutzung der Erneuerbaren Energien, dezentrale Stromspeicher und ein zentral überwachtes Stromnetz in staatlicher Hand sollen die Hauptträger der zukünftigen Stromversorgung sein. Keine Genehmigungen mehr für den Neubau fossiler oder nuklearer Kraftwerke! Anschluss aller Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien an das Stromnetz von Amts wegen und ohne finanzielle Belastung der Anlagenbetreiber! Gewinnbringende Vergütung für die Lieferanten von Strom aus Erneuerbaren Energien!

Grundlegende Forderungen

Weitere Forderungen sind: Bereitstellungsgebühren für die Betreiber solcher Anlagen, sofern ihre betriebsfertigen Anlagen nicht sofort angeschlossen werden können! Flexible Strompreise für alle Anschlussnehmer, Genehmigung zur Einspeisung von gespeichertem Strom zum jeweils geltenden Strompreis ins Netz.

Ein Unternehmen wie die Elektrizitätswerke Schönau unter der Führung einer zur Umstellung der



Wolf von Fabeck ist Vorsitzender des Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V. mit Sitz in Aachen

Energieversorgung fest entschlossenen Geschäftsleitung würde diese Forderungen vermutlich mittragen. Keine einzige dieser Forderungen wird jedoch durch ein konventionelles Versorgungsunternehmen freiwillig gewährt werden, denn alle diese Forderungen entziehen der fossil/atomaren Energiewirtschaft die Grundlage für deren Gewinne.

Auch nach ihrem Verkauf wird die Thüga zukünftig im Wesentlichen durch die gleiche Führungsriege wie bisher geleitet werden. Der hinzukommende Vertreter von »Energie in Bürgerhand« ist nur einer unter 40 hartgesottenen Vertretern der konventionellen Energiewirtschaft. Je überzeugender er seine modernen Forderungen stellt, desto schärfer wird er die Gegnerschaft der Hardliner auf sich ziehen. Wenn er überhaupt zu Wort kommt, wird er regelmäßig überstimmt werden. Viele Hunde sind des Hasen Tod.

Schade um seine Zeit! Schade um seine Motivation! Und insbesondere schade um das eingesammelte Geld, mit dem man sinnvollere Dinge tun könnte, z.B. 5.000 Solarstromanlagen auf Einfamilienhäusern errichten.

Umstrukturierung angehen

Umweltfreunde sollten sich nicht an einem Stromkonzern beteiligen, der gleichzeitig in konventionellen Kraftwerken Strom erzeugt und Stromnetze betreibt.

Der SFV hält es für einen strategischen Fehler, die bisherige Struktur der Stromversorgung zu erhalten, bei der die wirtschaftlichen Interessen der Stromerzeuger und Stromnetzbetreiber nicht strikt getrennt sind. Wir brauchen keinen fünftgrößten solchen Konzern neben RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW, sondern wir brauchen eine Umstrukturierung.●

Buchtipp: Störfall mit Charme

Burghard Flieger ● Kleinmut war den Schönauer Stromrebellen stets fremd. Als der regionale Energieversorger KWR sich Anfang der neunziger Jahre weigerte, den Atomstrom aus Schönau zu verbannen, beschlossen einige Bürger der Stadt kurzerhand, das örtliche Stromnetz zu kaufen. Selbst als der Versorger dafür 8,7 Millionen Mark verlangte, ließen sie sich nicht bremsen. Sie lancierten vielmehr eine bundesweite Spendenkampagne mit dem Slogan »Ich bin ein Störfall«, sammelten daraufhin Millionen ein, und übernahmen im Juli 1997 als bürgereigenes Unternehmen die örtliche Stromversorgung. Heute verkaufen die Elektrizitätswerke Schönau ihren Ökostrom bundesweit als »Rebellenkraft«.

»Störfall mit Charme« erzählt die bunte, zeitweise aber auch dramatische Geschichte der Schönauer Energieinitiativen, stellt die Akteure vor, beleuchtet das Umfeld der Anti-Atom-Bewegung, und macht auf diese Weise ein faszinierendes Beispiel erfolgreichen Bürgerengagements hautnah erlebbar. Eine gute Mischung zwischen Sachinformationen und Reportage, die Mut macht.●

Janzing, Bernward: Störfall mit Charme. Die Schönauer Stromrebellen im Widerstand gegen die Atomkraft, Vöhrenbach 2008, 128 S., 185 Abb. vierfarb., 18 EUR.

PRO EINER THÜGA-BETEILIGUNG

Gleichzeitig oben und unten Einfluss nehmen

Bürgerbeteiligungsmodelle sind die Triebfedern des Ausbaus der Erneuerbaren Energien. Darin steht die Genossenschaftsinitiative »Energie in Bürgerhand« inhaltlich voll auf der Seite des Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V. (SFV). Dazu gehören aber auch Bürgerbeteiligungsmodelle wie die »Energie in Bürgerhand«. Sie sind gleichermaßen zwingend notwendig, um die strukturellen Veränderungen hin zu einer dezentralen regenerativen Energiewirtschaft zu erreichen.

Michael Sladek, Red. Genossenschaften ● Das persönliche Engagement von Wolf von Fabeck und des SFVs ist für die Arbeit der Elektrizitätswerke Schönau (EWS) von erheblicher Bedeutung. Sein jahrelanger Einsatz für eine kostendeckende Vergütung war eine der wesentlichen Voraussetzungen für das spätere Erneuerbare Energien Gesetz (EEG). Die Ziele und Visionen des SFV zu einer regenerativen und gleichzeitig dezentralisierten und damit demokratisierten Energiewirtschaft teilt die »Energie in Bürgerhand« inhaltlich ohne Einschränkung. Auf den Wegen zu diesem Ziel gibt es aber an verschiedenen Stellen Unterschiede.

Verstaatlichung unrealistisch

Die Verstaatlichung der Stromnetze mag inhaltlich eine richtige Forderung sein. Sie ist gegenwärtig aber nicht durchsetzbar. In unserem gesellschaftlichen System ist eine Verstaatlichung ohne gleichzeitige Entschädigung nicht möglich. Das hat z.B. die Atomausstiegsdebatte gezeigt. Die damalige Regierung von Rot/Grün wollte politisch das schnellstmögliche Abschalten der Atomkraftwerke – dies wäre aber nur durch Entschädigungszahlungen möglich gewesen. Finanziell erschien dies aber nicht machbar. Verglichen mit dem Wert der Stromnetze in Deutschland handelt es sich um eine vergleichsweise kleine Summe. Herausgekommen ist damals das Atomausstiegsgesetz mit garantierten Stromabnahmemengen und dementsprechenden Laufzeiten.

Auch wenn die Verstaatlichung von Stromnetzen berechtigt erscheint, ist sie aber keineswegs der Garant, dass es zu einer Ökologisierung der Energiewirtschaft kommt. So ist häufig auch die Unternehmens-

Michael Sladek ist einer der Initiatoren der Elektrizitätswerke Schönau (EWS) – einer der wenigen konsequenten Ökostromanbieter

politik rein kommunaler Stadtwerke (quasi verstaatlicht) bei weitem nicht so fortschrittlich, wie man es sich wünschen würde. Da es sich bei Stromnetzen um ein quasi »natürliches Monopol« handelt ist eine strenge und unabhängige Aufsicht erforderlich. Mit einer Verstaatlichung hat das aber nichts zu tun.

Infrastruktur als Schlüssel

Stromnetze stellen die wesentliche Infrastruktur dar, mit der eine ökologische und dezentrale Energiewirtschaft aufgebaut werden kann. Deshalb haben wir Schönauer bereits Anfang der 90iger darum gekämpft, das Stromnetz unserer Stadt gegen größte Widerstände der etablierten Energiewirtschaft abzukaufen. Dies war nur mit bürgerschaftlichem Geld möglich. In den letzten zwölf Jahren, seitdem das Bürgerunternehmen EWS das Stromnetz in Schönau besitzt, konnten – aufgrund der attraktiven Einspeisepreise für Strom aus KWK-Technologie – und zusätzlich zum EEG gezahlten höheren Einspeisepreisen für erneuerbare Energien überdurchschnittlich viele Neuanlagen entstehen. Der Netzbetreiber EWS erhebt für diese Stromproduktionsanlagen keine Zählergebühren. Die Strompreise konnten im eigenen Netz stark linearisiert werden (fördert das Stromsparen).

Über ein Zuschussprogramm wird der vorzeitige Einbau von Hocheffizienzheizungspumpen gefördert. Aktive Stromsparberatung, Verbot von neuen Elektrizitätsheizungen sind weitere Aktivitäten des Stromnetzbetreibers EWS. Heute zeigt sich, dass viele Kommunen die EWS zum Vorbild nehmen, um in den nächsten Jahren ihre Stromnetze wieder zurückzukaufen. Auf die Stromnetzbetreiber kommen in den nächsten Jahren noch weitere sehr wichtige Aufgaben zu: Smart Meter, E-Mobilität, Stromspeicher usw. Fazit: Das Beispiel EWS und Schönau zeigt, dass eine Gesellschaft, an der Bürger beteiligt sind, eben keine Strukturen zementiert, sondern ganz im Gegenteil innovative Prozesse einleiten kann. Dieser realistische Ansatz macht deutlich, Veränderungen von unten sind möglich. Auf eine Verstaatlichung der Stromnetze zu hoffen – zentralistischer Ansatz – ist zurzeit jedenfalls irreal.

Chancen der Beteiligung

Eine Beteiligung von »Energie in Bürgerhand« in Höhe von mindestens 2,5% wird die Unternehmenspolitik der neuen Thüga nicht völlig verändern. Aber »Energie in Bürgerhand« kann in den Aufsichtsgremien der Thüga für eine moderne ökologische und demokratische Energiewirtschaft kämpfen. Viel wichtiger dürfte sein, was jetzt begonnen hat: Druck von unten auf die Unternehmenspolitik der Stadtwerke aufzubauen, an denen die Thüga beteiligt ist. Immerhin hält die Thüga Minderheitsbeteiligungen an über 90 Stadtwerken in ganz Deutschland.

Aus 82 dieser »Thügastädte« kamen am 11.07.2009 rund 250 Teilnehmer zu der bundesweiten Auftaktveranstaltung von »Energie in Bürgerhand«. Sie wollten sich vernetzen, um gemeinsam von unten Einfluss auf die Unternehmenspolitik ihrer Stadtwerke zu nehmen. Diese Beteiligung der Bürger an der Thüga führt zu mehr Transparenz in der Unternehmenspolitik und verstärkt gleichzeitig die Demokratisierung der Energiewirtschaft: Durch die Beteiligung von »Energie in Bürgerhand« an der neuen Thüga entsteht eine Einflussnahme auf die Unternehmenspolitik der Thüga von oben (zentral) und gleichzeitig Druck von unten bei den jeweiligen Stadtwerken (dezentral). »Energie in Bürgerhand« ist ein entscheidendes und wichtiges Signal für das Ziel, schnellstmöglich eine Energieversorgung aus 100% regenerativen Energien zu erreichen.●

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Die Initiative will mit mindestens 100 Mio. Euro bei der neuen Thüga einsteigen. Für die Gelder sind Treuhandkonten bei mehreren Banken eingerichtet worden. Sie werden von dem Freiburger Rechtsanwalt Friedhelm von Spiessen betreut. Ab 500 Euro kann jeder Bürger dabei sein. Kommt es zum Kauf, wird das Geld entsprechend eingesetzt, andernfalls fließt es mit angefallenen Zinsen auf den Treuhandkonten an die Geldgeber zurück. Die notwendigen Informationen dazu stehen auf der Website www.energie-in-buergerhand.de.

Aktuelle Entwicklung

Erste Gespräche mit den Erwerbern der Thüga sind bereits gelaufen. Grundsätzlich wird der Einstieg der »Energie in Bürgerhand« positiv bewertet. Der Grüne Oberbürgermeister von Freiburg, Dieter Salomon, Aufsichtsratsvorsitzender der badenova, betonte öffentlich: »Der Vorstand der badenova und die kommunalen Gesellschafter sind bereits im Gespräch mit den Initiatoren und stehen dem Engagement mit privatem Kapital aufgeschlossen gegenüber. Details einer möglichen Zusammenarbeit sind in künftigen Gesprächen zu klären.«

Deutlicher ist die Position von 250 Vertreterinnen und Vertretern aus 82 Kommunen, die am 10. und 11. Juli 2009 in Freiburg an der Auftaktveranstaltung für eine bundesweite Kampagne teilnahmen. Sie erklärten in ihrer gemeinsamen Schlussresolution: »Wir wünschen uns eine »neue Thüga«: Eine Thüga, die uns Bürgern mit-gehört. Dies wollen wir gemeinsam mit unseren örtlichen Stadtwerken erreichen. Wir, die wir uns in »Energie in Bürgerhand« zusammengefunden haben, werden aktiv dazu beitragen, eine neue Energiepolitik in Deutschland wirksam mitzubestimmen. Machen Sie mit – Machen Sie anderen Lust aufs Mitmischen – überall im Land! Jeder neue Mensch ist willkommen!«●

Weitere Informationen:
Energie in Bürgerhand eG
Merzhauserstraße 177, 79100 Freiburg,
Tel.: (07 61) 208 88 30, Fax: 369 04 20
info@energie-in-buergerhand.de
www.energie-in-buergerhand.de

INTERVIEW: WARUM BIN ICH DABEI

Energie in Bürgerhand

Geldströme umleiten

den Energiemarkt demokratisieren und dezentralisieren

Industriekauffrau Beya Stickel engagiert sich bei der »Energie in Bürgerhand«. Sie ist von der Idee der Genossenschaft überzeugt. CONTRASTE führte ein Interview mit ihr zu den Beweggründen.

Michael Scheuermann, Red. Genossenschaften ● Beya Stikkel, Sie sind maßgeblich am Aufbau der Verwaltungsstruktur der »Energie in Bürgerhand« beteiligt. Warum engagieren Sie sich in diesem Bereich?

Ich bin in Freiburg eher bekannt als lokale Akteurin im Bereich Familie mit Kindern und Jugendliche. Das ist der Teil der Gesellschaft, der mir besonders am Herzen liegt, weil ich selbst mitten in der Familie umringt von Kindern und Jugendlichen bin. Dafür eine Lobby aufzubauen, ist mir viel Lebensenergie wert!

Wie kommt dabei die Energie ins Spiel?

Energie ist ein Alltagsprodukt! In annähernd jedem Haushalt wird sie täglich genutzt, verbraucht, verschwendet und zum Glück bei einigen auch gespart. Das gleiche gilt für die Arbeitsplätze vom Kindergarten bis zum Altenheim, vom Tante-Emma-Laden bis zur High-Tech-Firma. Es ist ein unglaublicher Bedarf! Zur Erzeugung von Energie: die erfolgt seit Jahrzehnten auf unterschiedlichste Art. Aber auch deren Förderung durch die Gemeinschaft ist sehr unterschiedlich!

Deckt das nicht schon die Energiewirtschaft ab?

Wir haben durch unterschiedliche Faktoren ein Verhinderungsmodell: Es haben sich Monopolisten gebildet, die offensichtlich ein so eingeschränktes Weltbild haben, dass sie die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen nicht mehr wahrnehmen und auch nicht mehr ihre eigene Verantwortung für ein zukunftsfähiges Produkt. Und so sehr sie den Wettbewerb in der Öffentlichkeit beschwören, so gern hebeln sie ihn aus. Monopole sind schlecht für die Wirtschaft und schlecht für die Demokratie!

Was ließe sich denn ändern?

Ich bin davon überzeugt: Es werden viele kluge Menschen in Zukunft viele kluge Ideen haben, wie man das Alltagsprodukt Energie zum Nutzen aller erschließen kann. Machen wir uns bewusst, wie viel Geld aus unseren Regionen derzeit in ein unüberschaubares und nicht direkt beeinflussbares Konzerngeflecht fließt. Davor schützt uns offensichtlich auch nicht die Präsenz unserer kommunalen Versorgungsgesellschaften. Wenn man uns sagt, durch die Stadtwerke wären wir schon mit unseren Interessen gut vertreten, dann versteht man offensichtlich nicht, warum massenweise langjährige Kunden zu Öko-Strom-Anbietern wechseln.

Zu der bundesweiten Auftaktveranstaltung von »Energie in Bürgerhand« in Freiburg kamen rund 250 TeilnehmerInnen aus 82 »Thügastädten«

Was heißt in diesem Zusammenhang Demokratisierung?

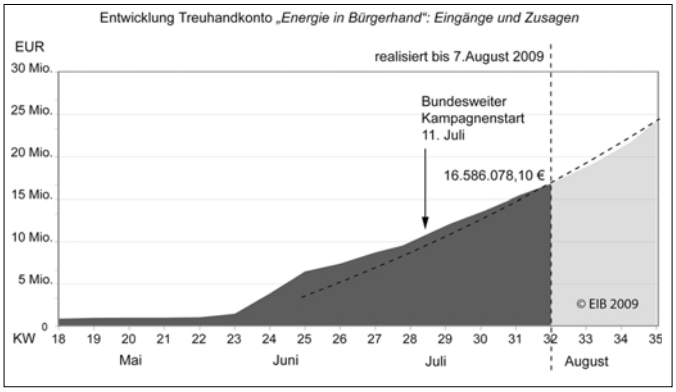
Fritz Vilmar hat das gut in seinem Buch »Strategien der Demokratisierung« definiert: Demokratisierung ist der Inbegriff aller Aktivitäten, deren Ziel es ist, autoritäre Herrschaftsstrukturen zu ersetzen durch Formen der gesellschaftlichen Mitbestimmung, Kooperation und – wo immer möglich – durch freie Selbstbestimmung. Freie Selbstbestimmung heißt aber gleichzeitig: Verantwortung übernehmen. Verantwortung zu übernehmen für das, was mit meinem Geld gemacht wird, für das, was ich anrichte, wenn ich meine Waschmaschine mit Atomstrom betreibe, Verantwortung zu übernehmen für das, was wir unseren Kindern in 30 Jahren an Lebensgrundlagen zurücklassen.

Ich möchte mit meinem Einsatz in der Genossenschaft »Energie in Bürgerhand« Mitverantwortung dafür übernehmen, dass im Energiebereich das Potential des menschlichen Erfindungsreichtums ausgeschöpft wird, um mein Bedürfnis nach dem Alltagsprodukt Energie so zu befrieden, dass es mir nützt und dem Anderen nicht schadet! Nur so gelingt Demokratie!

Stichwort Dezentralisierung: Ist das ein Ziel?

Wir vergessen nicht die Angst um unsere Kinder nach Tschernobyl. Von Hand haben wir Eltern 1986 die Sandkästen in den Freiburger Kindergärten ausgebuddelt und am Opfinger Baggersee die ersten Meter abgetragen um halbwegs unbelastetes Material zum Neuauffüllen zu bekommen. Angesichts der unverantwortlichen Gefahren dieser Technologie ein eher hilfloses Unterfangen. Die Menschen in der Ukraine hatten da überhaupt keine Chance.

Deshalb brauchen wir jede Menge Alternativen und die sind da. Man muss sie nur fördern. Die enorme Resonanz auf unsere Initiative zeigt uns: Es gibt viele Menschen in dieser Republik, die diese Alternative wollen: Wir verschaffen ihnen gemeinsam Gehör. Das, was hier passiert, ist nach Einschätzung von Fachleuten, die schon viele Jahre im Energiebereich aktiv sind, eine einmalige Chance. Wir können mitmachen bei einer bundesweiten bürgerschaftlichen Beteiligung an Strom- und Gasnetzen. Wir können dazu beitragen, eine ökologische, moderne Energieversorgung bundesweit aufzubauen und mitzugestalten. Wir haben die Chance, den Luxus, auf den man nicht verzichten möchte, zu ermöglichen, aber verantwortlich für die nächste Generation. Langfristig alles zu entflechten, ist dabei eine interessante Perspektive – dezentrale Strukturen, die man sicher als »Stachel im Fleisch« besser forcieren kann, als von außen, wo man sich bietende Optionen und internes Geschiebe gar nicht mitbekommt.●



Die Eingänge und Zusagen auf das Treuhandkonto beliefen sich Anfang August auf knapp 17 Mio. EUR. Mittlerweile ist die Summe auf über 20 Mio. EUR von über 3.500 Personen gestiegen

BUCHBESPRECHUNGEN

Energieerzeugung nachhaltig organisieren

Streifzug durch neuere Veröffentlichungen

Die Literatur zur Energiepolitik und zum Klimawandel ist unüberschaubar. Die Besprechung drei aktueller Veröffentlichungen soll die Auswahl erleichtern.

Energie ist Bankgeschäft

Die Genossenschaftsbanken verschlafen teilweise den Zukunftsmarkt Energie. In der Veröffentlichung »Energie ist Bankgeschäft« von Werner Philipp wird aufgezeigt, wie sich die Volks- und Raiffeisenbanken mit diesem Zukunftsthema strategisch aufstellen können und sollten. In der Energietechnologie steckt – in der Gewinnung wie in der Einsparung – eine nach Einschätzung des Autors riesige Geschäftschance. Diese gilt es zu fördern und durch die Volks- und Raiffeisenbanken strategisch zu besetzen. Selbst Leiter einer Volksbank, richtet sich Philipp vor allem an seine Kollegen und rät ihnen, »Umweltschutz endlich als Geschäftschance und nicht als lästige Pflicht zu sehen«.

Entstanden sind die Volks- und Raiffeisenbanken aus der Not heraus. Handwerker benötigten Finanzierungen und der »kleine Mann« suchte nach Möglichkeiten »sein mühsam Erspartes« anzulegen. Mit dem klaren Bekenntnis zur Energieerzeugung mit einheimischer Technologie, energiebewusstem Umgang und Kosteneinsparung zu Gunsten der Menschen will Werner Philipp an diese Wurzeln wieder anknüpfen. Das Buch ist überzeugend geschrieben, bleibt aber dennoch relativ oberflächlich. Es ist stärker ein Plädoyer mit Ansprache an Bankverantwortliche in leitenden Positionen als eine konkrete Hilfe für die Umsetzung von Energieprojekten, auch aus Bankensicht.

Philipp, Werner: Energie ist Bankgeschäft. Von der Zukunftschance über die Strategie zur operativen Umsetzung, 180 S. mit 30 Abbildungen, Mering 2007, 49,80 EUR.

Mit Klimaschutz Geld verdienen

Reich werden durch den Klimawandel? Was angesichts der drohenden Szenarien zynisch klingt, kann mit dazu beitragen, die ökologische Katastrophe zu verhindern. Sobald es gelingt, Gewinninteressen und Umweltverantwortung zu verbinden, werden die Widerstände gegen Schutzmaßnahmen geringer ausfallen. Entsprechend werden Emissionshandel, klimafreundliche Geldanlagen und Öko-Investments in Zukunft eine entscheidende Rolle auf den internationalen Finanzmärkten spielen. Energie aus erneuerbaren Quellen und ihre effiziente Verwendung wird Verbrauchern und Unternehmen auch finanziell nutzen. Doch fließt das Geld in die richtigen Kanäle? Wer verliert? Wer gewinnt? Und wie kann der Verbraucher von den neuen Märkten profitieren? Diesen Fragen gehen Fachjournalisten sowie Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in diesem Buch nach.

Nach 17 Artikeln, Interviews und Berichten zeigt sich, dass die Veröffentlichung nicht für alle LeserInnen geeignet ist. Als gelungen erweist sich das Kapitel »Wer profitiert?«. Hier gibt es viele verständliche und gut recherchierte Artikel. Auch werden zahlreiche Hilfestellungen bei eigenen Klimaschutzbestrebungen gegeben. Empfehlenswert ist das Buch vor allem, sobald Vorkenntnisse in der Betriebswirtschaft bzw. zum Finanzsystem vorhanden sind. Dies gilt besonders für die Themen im ersten Teil, bei dem Finanzwelt und Börsenstrukturen eine wichtige Rolle spielen. Da finanzielle Anreize und Vorteile für Steuerungsprozesse auch im Energiesektor ausschlaggebend sind, kommt der Veröffentlichung hier eine wichtige Pionierfunktion zu.

Stephan Kosch (Hrsg.): Zukunftsmarkt Klimaschutz: Wie wir die Welt retten und dabei Geld verdienen können (broschiert), 212 S., Berlin 2008, 19,80 EUR.

Tagungshinweis

Genossenschaften für Erneuerbare Energien

Immer mehr Kommunen, Unternehmen und Bürger wollen regionale Energieprojekte realisieren. Solar-, Wind(bürger)genossenschaften, genossenschaftlich organisierte Bioenergiedörfer oder Energieverbrauchergenossenschaften haben derzeit Konjunktur. Ziele der Gründer sind zumeist, die Energiewende zu erneuerbaren Energien zu beschleunigen, die Energieversorgung in die eigene Hand zu nehmen und Geld zu verdienen.

Im Seminar mit dem Titel »Genossenschaften für Erneuerbare Energien« werden Basisinformationen zur Gründung von Energiegenossenschaften vermittelt. Es findet am Donnerstag, den 4. März 2010 im Zentrum für Energie und Technik, Kieler Straße 211, 24768 Rendsburg von 9.30 Uhr bis 17 Uhr statt.

Veranstalter ist das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein in Kooperation mit der Akademie für Natur und Umwelt. Weitere Informationen und Anmeldung: anmeldung@afnu.landsh.de.

Regionales Energiemanagement

Regionen sollen und können aktiv ihre Energieversorgung gestalten. Dabei sind Umweltverträglichkeit und die damit verbundene Klimaneutralität ebenso ein Leitkriterium wie die Unabhängigkeit gegenüber fossilen Energieträgern. In dem Sammelband »Regionales Zukunftsmanagement Band 2: Energieversorgung« werden Strukturen und Modelle einer nachhaltigen Energieversorgung von Städten und Regionen erörtert, kostenwirtschaftliche Analysen dargelegt sowie neue Wirtschaftszweige, wie der einer energetischen Biomassennutzung, vorgestellt. Außerdem werden die Vorteile erneuerbarer Energien aufgezeigt. Kooperationen in der Rechtsform einer Genossenschaft sind in dem Buch als ein wichtiges bisher nicht annähernd ausgeschöpftes Potential hervorgehoben. Sie können helfen, die verschiedenen Interessen zugunsten lebenswerter Regionen zu bündeln.

Die Beiträge sind durchgehend fundiert auf aktuellem wissenschaftlichen Stand geschrieben. Sie weisen stärker eine grundlagenorientierte, konzeptionelle als eine umsetzungsorientierte Ausrichtung auf. Zwei Beiträge können dabei besonders hervorgehoben werden. Dem Anliegen des Buches wird Michael Stöhr besonders gerecht, indem er Kooperationen und Strukturen für eine regionale Energieversorgung und zwar mit dem Ziel einer 100% Region skizziert. Um dies zu erreichen, nennt er vier Bedingungen: ein gemeinnütziges heterogenes Netzwerk, ein wirtschaftlich orientierter Firmenverbund, eine Integrationsfigur und gleichzeitiger Antreiber und Kümmerer sowie ein zentrales Koordinationsbüro als operative Einheit.

Den Ansatz von Stöhr konkretisiert Martin Klement. Er verdeutlicht nicht nur die Prinzipien und Vorteile einer regionalen und zugleich nachhaltigen Wirtschaftsweise. Vielmehr zeigt er ebenfalls auf, welche Schritte für die Umsetzung einer differenzierten Strategie zu gehen sind. Interessant ist dabei u.a. die detaillierte Auflistung relevanter Akteure in den vier Bereichen Anbieter, Verbraucherseite, Investoren und Multiplikatoren bzw. Unterstützer. Sie gilt es zusammenzubringen, um ein solches Konzept langfristig tragfähig zu gestalten. Anschließend skizziert Klement, wie für die Konzeptverbreiterung ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess in Gang gehalten werden kann. Der Beitrag enthält zahleiche nutzbringende Anregungen. Der Sammelband kann ebenfalls als sehr empfehlenswert eingestuft werden.

George, Wolfgang / Bonow, Martin (Hrsg.): Energieversorgung. Regionales Zukunftsmanagement, Band 2, 272 S., Lengerich 2008, 25,70 EUR.

Burghard Flieger

BRANCHENENTWICKLUNG

Energie in Bürgerhand

Ausbildung und Arbeit für Erneuerbare Energien

Der Bereich der Erneuerbaren Energien ist ein Leitmarkt mit einem immensen Beschäftigungswachstum. Deutsche Unternehmen haben im Jahr 2007 einen Gesamtumsatz von 25 Mrd. Euro erwirtschaftet. Sie besetzen in nahezu allen Feldern hervorragende Marktpositionen und haben z. T. Technologieführerschaft.
Der Weltmarktanteil beträgt 20%. Prognosen gehen davon aus, dass sich das weltweite Marktvolumen für Erneuerbare Energien bis 2020 versechsfacht.

Herbert Klemisch, Red. Genossenschaften ● Insgesamt so wird geschätzt, sind Ende 2007 im Bereich der regenerativen Energie ca. 20.000 Unternehmen mit ca. 250.000 Menschen tätig. Das Spektrum reicht von kleinen Gutachter- und Planungsbüros über Handwerks- und Landwirtschaftsbetriebe, Projektierungs- und Anlagenbetreibergesellschaften bis hin zu weltweit tätigen Solarkonzernen und großen Windanlagenherstellern. Geprägt wird dieser Wirtschaftszweig wesentlich von jungen, sich dynamisch entwickelnden KMU.

Chancen Solar- und Bioenergie

Nach aktuellen Angaben des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW) gehören inklusive Handwerk und Handel inzwischen sogar rund 10.000 Unternehmen mit ca. 51.000 Beschäftigen zur Solarbranche. Mit fast 6 Mrd. Euro war die Solarenergie in 2006 nach der Biomasse die umsatzstärkste Branche im Bereich der Erneuerbaren Energien. Weltweit ist Deutschland der zweitgrößte Produzent von Solarzellen (Photovoltaik). Ähnliches gilt für die Solarthermie im Wärmemarkt. In Deutschland liegt der Marktanteil der einheimischen Hersteller bei 61%. Neben den handwerklichen Betrieben, die Beratung, Installation und Wartung der Technik vornehmen, prägen im Solarthermiebereich z.B. die großen bekannten Heizungsfirmen wie Viessmann, Bosch und Buderus die Branche, aber auch Spezialisten wie Solvis und Wagner Solar haben sich etabliert.

Mit über 8 Mrd. Euro Gesamtumsatz und einem Anteil von 70% des regenerativen Endenergiebedarfs ist die Bioenergie die umsatzstärkste Branche innerhalb der erneuerbaren Energien. Das Segment bietet ca. 96.000 Arbeitsplätze in Anlagen und Dienstleistungen zur Biomasseheizung. Dazu gehören über 1.000 Biomasseheizkraftwerke, die auf 70.000 geschätzten privaten Holzpelletsysteme nebst den vorgelagerten Rohstoffketten und den einhergehenden Transport- und Logistiksektoren. Hinzu kommen 4.000 Biogasanlagen sowie 50 Biodieselproduktionsstätten. Mehrheitlich handelt es sich bei den auf ca. 5.000 geschätzten Unternehmen der Biogasbranche um recht kleine Betriebe mit bis zu zehn bzw. bis zu fünfzig Mitarbeitern. Die mitarbeiterstärksten Unternehmen finden sich zumeist im Biogasbereich.

Hohe Beschäftigungsdynamik

Insgesamt weisen die Erneuerbaren Energien, zu denen noch die Segmente Windenergie, Wasserkraft und Geothermie, aber auch das Handwerk (insbes. SHK und Elektro) zählen, eine hohe Beschäftigungsdynamik auf. Dabei sind die Bereiche der Solarenergie und der Geothermie von besonderer Dynamik, wie eine aktuelle Studie des Wissenschaftsladens Bonn für das Bundesumweltministerium belegt: (Bühler, T./ Klemisch, H./ Ostenrath, K.: Ausbildung und Arbeit für Erneuerbare Energien, Statusreport 2007, Bonn 2007).

Unter den Beschäftigten dominiert die Gruppe der Facharbeiter (41%), gefolgt von Kaufleuten und Akademikern (in erster Linie Ingenieuren). Trotz durchweg positiver Wachstumsprognosen für die Geschäftsfelder der Erneuerbaren Energien, qualifizieren die bestehenden Erstausbildungsgänge nach Meinung von Fachbetrieben und Bildungsexperten nicht ausreichend. Dies gilt vor allem für das Handwerk. Die gestiegenen Anforderungen, von der Kundenberatung, über fachgerechte Installation bis zur elektronischen Steuerung und Wartung von Anlagen, müssen über Fortbildungen und Zusatzqualifikationen aufgefangen werden. Aber auch auf Seiten der industriellen Hersteller von Technologien verdichten sich zunehmend Anzeichen eines gravierenden Fachkräftemangels.

Prüfungsverband für kleine und mittlere Genossenschaften

Seit 1995 gibt es den PkmG, den Prüfungsverband der kleinen und mittelständischen Genossenschaften e.V. Er verfügt über das Prüfungsrecht in allen 16 Bundesländern. Sein Ziel ist es, den Mitgliedsgenossenschaften unabhängig von ihrer Größe ein qualitativ hochwertiges Angebot an Prüfungs- und Beratungsleistungen zur Verfügung zu stellen. Mit den Strukturen und besonderen Anforderungen kleiner und mittelgroßer Genossenschaften sind die Verbandsprüfer gut vertraut. Sie pflegen den partnerschaftlichen Umgang mit den Mitgliedern und legen Wert auf direkte Kommunikation.
Kontakt:
Prüfungsverband der kleinen und mittelständischen Genossenschaften e.V., Boxhagener Straße 76,78, 10245 Berlin
Tel.: (0 30) 26 55 12 36, Fax: -38,
E-Mail: info@pruefungsverband.de
Web: www.pruefungsverband.de.

Zunehmender Fachkräftemangel

So wurden im ersten Quartal 2008 40% mehr Fachkräfte im Bereich erneuerbarer Energien gesucht als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (Arbeitsmarktmonitoring, in: WILA inform 2/2008:3). Ein Fachkräftemangel kündigt sich vor allem für die Bereiche Service & Wartung, Planung & Projektierung, aber auch für Forschung & Entwicklung an. Im Bereich von Maschinen & Anlagenbau sowie Installation & Montage überwiegt der prognostizierte Fachkräftemängel der Unternehmen gar schon den prognostizierten Stellenzuwachs.

Die wohl effektivste Strategie, um Potenziale in diesen bedeutenden Märkten auszuschöpfen, verlangt nach einer starken Kooperation der beteiligten Akteure mit einer Schwerpunktsetzung auf der Schnittstelle von Endnutzer und installierendem Betrieb. Konkret ist eine zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsarbeit zu leisten, die im Handwerk ansetzt und bis zu den Herstellern führt. Denn mehr Anstrengungen zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses halten neun von zehn der befragten Fachbetriebe für erforderlich und 58% plädieren generell für mehr spezifische Ausbildungs- und Studienangebote.●

Weitere Informationen unter:
www.kni.de
www.wilabonn.de
www.jobmotor-erneuerbare.de

QUALIFIZIERUNG

Energiegenossenschaften

eine Bürgerbewegung für die Energiewende organisieren

Der propagierte Wandel zu erneuerbaren Energien und die hohe Affinität zwischen erneuerbaren Energien und dezentralen Wirtschaftsstrukturen sind der Ausgangspunkt eines Modellprojektes, das die innova eG zusammen mit der deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) angestoßen hat.
Es startet im März 2010 in Rheinland-Pfalz: eine Qualifizierung zur Projektentwicklung von Energiegenossenschaften.

Dietmar von Blittersdorff, Red. Genossenschaften ● Die multinationale Energiewirtschaft – aber auch große Teile der Politik – sehen sich aufgrund der aktuellen Krisen herausgefordert. Sie setzen jedoch nach wie vor auf den fossil-zentralen Pfad, so die Autoren der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte«, erstellt vom Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Frankfurt am Main (3. Aufl. Januar 2009). Die meisten verfolgten Lösungen entsprechen der Logik überkommenen Denkens und der damit verbundenen Strukturen. Das Fazit der Autoren: »Die für die Zukunft propagierten fossil-basierten Lösungsoptionen sind im Kern nichts anderes als eine lineare Weiterentwicklung des bisherigen Systems. Sie schreiben die zentralistischen Produktionsformen fort und versuchen, jeden Wandel in Einklang zu halten mit den Renditeerwartungen großer Kapitalanleger.«

Umorientierung ist erforderlich

Die Alternative stellt nach Aussage der Studie der solar-vernetzte Weg dar. Er beruht im Wesentlichen, so das Wuppertaler Institut, auf drei Richtungsentscheidungen. Er setzt 1. auf einen Wandel in der Ressourcenbasis hin zu erneuerbaren Energien und Stoffen, er zielt 2. auf die Vernetzung einer Vielzahl von Versorgungssystemen im kleinen Maßstab, die über Stadt und Land verteilt sind, und er strebt 3. eine markante Rückführung des Energiebedarfs über Effizienz- und Vermeidungsstrategien an. Die Initiatoren des Projektes »Qualifizierung zum Projektentwickler / zur Projektentwicklerin für Energiegenossenschaften« greifen dies auf und wollen die Nutzer von Energie, also die Bürgerinnen und Bürger, dazu ermutigen, über eine aktive Rolle den Weg in eine nachhaltige Energiewirtschaft mit zu gestalten.

»Energie in Bürgerhand« setzt auf breite Beteiligung von Jung und Alt an der Genossenschaft Foto: Jörg Lange

Dies soll in Form von Energiegenossenschaften geschehen, weil sich dadurch die Potenziale der erneuerbaren Energien sowie die Verbesserung der Energieeffizienz wirtschaftlich und sozial wirkungsvoll realisieren lassen. Klimaschutzpolitik »von oben« soll durch paralleles aktives bürgerschaftliches Engagement vor Ort wirkungsvoll ergänzt werden. Damit lässt sich zweierlei bewirken: Mehr Klimaschutz durch bürgerschaftliche Verantwortung und mehr wirtschaftliche Effizienz durch genossenschaftliches Handeln.

Energiegenossenschaftliche Promotoren

Genossenschaftliche Formen des Engagements sind laut der Sozialwissenschaftlerin Susanne Elsen Organisationsformen, die sowohl soziale und ökologische, als auch ökonomische Ziele verfolgen. Im Unterschied zu vielen Formen bürgerschaftlichen Engagements agieren sie im ökonomischen System, sind aber gleichzeitig Teil der organisierten Zivilgesellschaft: Ihr Potential liegt in der lebensweltlichen Durchdringung als mehrdimensionale, spezifische und synergetische Reaktion auf komplexe Probleme, die sich nur durch die Mischung sozialer und ökonomischer Aktivitäten vermindern lassen.

Ein solcher Ansatz braucht nach Meinung der Initiatoren innova und DEAE Projektentwickler/innen. Denn für eine gelingende Umsetzung energiegenossenschaftlicher Projekte müssen die im Vergleich zu früher erheblich gestiegenen Know-how-Anforderungen an Gruppenunternehmensgründungen sowie fachliches Wissen angemessen berücksichtigt werden. Projektentwickler/innen für Energiegenossenschaften brauchen technische, rechtliche, kommunikative, soziale und ethische Kompetenz. Das Modellprojekt stellt sich dieser Herausforderung und bietet eine halbjährige Qualifizierung zum Projektentwickler/Projektentwicklerin für Energiegenossenschaften an mit dem Ziel, die Gründung von Energiegenossenschaften entscheidend voranzubringen.

Die energiegenossenschaftlichen Projektentwickler sind nach der Ausbildung Fachleute in der Gründung von Energiegenossenschaften. Sie bringen energiegenossenschaftliche Projekte in die Realisierung. Sie beraten und unterstützen die Genossenschaftsmitglieder in der Ausarbeitung der Geschäftsidee, der Ausgestaltung der Rechtsform, bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes sowie der Finanzierung.

Projektstart in Rheinland-Pfalz

Das Besondere in Rheinland-Pfalz: Hier gibt es für das Projekt ein Bündnis von Bildungs- und Umweltdiensten zweier Landeskirchen, der in Hessen Nassau und in der Pfalz, der Landeszentrale für Umweltaufklärung, einer Stabsstelle des Umweltministeriums Rheinland-Pfalz, sowie der innova eG, einer Genossenschaft, die seit langem die neue Genossenschaftsbewegung vorantreibt. Diese Projektpartner entwickeln gemeinsam das Curriculum für die Qualifizierung von »Projektentwicklern für Energiegenossenschaften«, das als »Blended Learning« organisiert ist, einer Kombination aus 2-3tägigen Seminaren und sechswöchigen Online-Phasen, in denen die Kursteilnehmenden den Lernstoff über das Internet bearbeiten. Start des Projektes ist März 2010.●

Nähere Informationen telefonisch unter (0 63 41) 98 58 16 oder per Mail

INTERNATIONAL PEACE OBSERVERS NETWORK

Gefährliche Ernte

Freiwillige aus Deutschland beobachten die Durchsetzung der Menschenrechte von philippinischen Bauern bei ihrem gefährlichen Kampf gegen ungerechte Großgrundbesitzer.

Von Michael Schulze von Glaßer ● Diese Ereignisse muss er erst einmal verdauen. David Werdermann sitzt in der Mitte des kleinen Büros des deutschen *International Peace Observers Network* (IPON) in Mulanay, auf der philippinischen Halbinsel Bondoc rund 200 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Manila. Der 19-Jährige als Menschenrechtsbeobachter auf den Philippinen. Die tropische Hitze macht dem Münsterländer – wie auch seinen beiden deutschen MitbeobachterInnen – zu schaffen, momentan bedrückt den hoch gebauten Blondhaarigen aber vielmehr das Leid der Bauern, mit denen er zusammenarbeitet: »Die Bäuerinnen und Bauern werden von den Großgrundbesitzern brutal unterdrückt – Polizei, Militär und Justiz sind oft korrupt«, fasst er es zusammen. Erst neulich, als die MenschenrechtsbeobachterInnen die einheimischen Bäuerinnen und Bauern bei der Durchsetzung ihrer Ernterechte begleiten sollten, hat er dies wieder in vollem Ausmaß zu spüren bekommen.

Ein Zusammenschluss von Bäuerinnen und Bauern aus der kleinen Gemeinde Casay hatte sich die Anwesenheit der deutschen MenschenrechtsbeobachterInnen gewünscht, da sie sowohl Schikanen durch die Mitarbeiter des Landbesitzers, als auch Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Stellen befürchteten: »Die Bauern haben seit 2004 einen Vertrag, der ihnen Dreiviertel der Ernte zugesteht«, erklärt Werdermann. Die Farmer hätten den Vertrag aus Furcht vor dem Landbesitzer jedoch nie in die Realität umgesetzt und lediglich ein Viertel der Ernte für sich behalten. Der Rest ging dauerhaft an den Großgrundbesitzer – in diesem Fall die Familie Matias. Um ihr Recht endlich durchzusetzen hatten die Bäuerinnen und Bauern geplant, ihren vertraglich festgelegten Teil der Ernte selbst mithilfe eines Jeeps in das nahe Lager zu fahren, um sie später zu verkaufen. Kolleginnen und Kollegen aus den umliegenden Dörfern waren eingeladen worden und auch das Agrarreformministerium wusste von der Aktion, alles war perfekt geplant – scheinbar: »Immer wenn du in den Philippinen denkst, du weißt alles, dann weißt du nur, dass sich alles ändern wird«, seufzt der deutsche Menschenrechtsbeobachter.

Das IPON-Team bei der Arbeit

Schon am Tag vor Abtransport der Copra – getrocknetes Kokosnussfleisch aus dem unter anderem Kokosöl gewonnen wird – seien die zum Teil bewaffneten Schergen der Landbesitzer, die so genannten »Goons«, gekommen und hätten die Ernte in Säcke gepackt, berichtet einer der Farmer. Um die Bauern vor weiteren Vorfällen zu schützen sind die IPON-BeobachterInnen kurze Zeit später vor Ort eingetroffen. Daraufhin blieb erst einmal alles ruhig, die »Goons« verluden nur die Anzahl Copra-Säcke auf ihre Fahrzeuge, die der Familie Matias zustand. Doch die armen Farmer waren nervös – zu Recht wie sich herausstellte.

Mehrere »Goons« kamen – zur Erleichterung aller glücklicherweise unbewaffnet – zu den Farmern und forderten ihre Copra-Säcke. Die Bäuerinnen und Bauern blieben hart. Sie trugen eine Kopie ihres Vertrages die ganze Erntezeit über bei sich. Dem äußerlich nicht von den Farmern zu unterscheidende »Landverwalter« interessierte dies jedoch wenig – er drohte mit Anzeigen. Die Bäuerinnen und Bauern auf den Philippinen haben von den Großgrundbesitzern nicht nur physische Übergriffe zu befürchten: oft werden sie mit unsinnigen Anzeigen wegen »Kokosnussdiebstahls« oder »unbefugten Betretens« überhäuft. Die Kriminalisierung macht sie mürbe, sie können es sich finanziell oft nicht leisten Kautionen zu zahlen. Für einen Gerichtstermin die Bewirtschaftung ihrer Felder zu unterlassen ist für die armen Farmer ebenfalls eine Belastung. Zunächst zogen sich die »Goons« aber zurück – die Bäuerinnen und Bauern sowie die deutschen MenschenrechtsbeobachterInnen waren erleichtert. Die schweren Copra-Säcke wurden an die Schotterstraße gleich neben der kleinen Holzhüttensiedlung getragen um sie später schneller auf den Jeep verladen zu können. Der Jeep kam am Nachmittag, nur hatte der Fahrer plötzlich kein Interesse mehr daran, die Copra für die Bauern wegzufahren. Die »Goons« hatten ihm gedroht, ihn anzuzeigen, sobald er mit dem Copra beladenen Fahrzeug die Straße passieren würde. So verschwand der leere Jeep wieder in Richtung Stadt.

Zwar war die Stimmung auf dem Tiefpunkt, ihr Recht auf Dreiviertel der Copra-Ernte wollten die Bauern dennoch durchsetzen und holten die Polizei. Die schwer bewaffneten Ordnungshüter kamen nach einiger Zeit. Auch ein Mann aus dem Agrarreformministerium stieg aus dem weißen Polizeifahrzeug. Sie könnten ihre Aktion nicht realisieren, erklärte der aufgeregte Mann. Der Vertrag, den die Copra-Farmer bei sich hätten, sei laut dem Landverwalter nicht geltend. Dieser habe Widerspruch gegen den Vertrag, der damals vom Agrarreformministerium erstellt wurde, eingelegt. Die Entscheidung sei laut Landverwalter nicht rechtsgültig gewesen, erklärte der Ministeriumsbeamte zum erstaunen der IPON-BeobachterInnen und noch viel mehr der Bäuerinnen und Bauern. Immerhin hatten sich die Farmer noch zwei Tage vor der Aktion beim Agrarreformministerium über die Rechtmäßigkeit ihrer geplanten Ernte-Aktion absichern lassen.

Fotos: IPON

Die deutschen MenschenrechtsbeobachterInnen sind empört: »Wie kann eine Entscheidung die vor fünf Jahren gefällt wurde innerhalb von zwei Tagen entkräftet werden, ohne den Betroffenen Bescheid zu sagen?« »Nun steht sogar die weitergehende Aktivität des lokalen Bauernbündnisses auf dem Spiel«, erklärt David Werdermann. Die Bäuerinnen und Bauern seien nach der gescheiterten Aktion demotiviert und verzweifelt. Wenn es bei der nächsten Ernte in drei Monaten wieder so viele Unsicherheiten gebe, werden die befreundeten Farmer aus den Nachbargemeinden und Dörfern nicht mehr kommen können, um ihren Kolleginnen und Kollegen aus Casay zu helfen. »Dann hätte die Landbesitzerfamilie Matias ihr Ziel erreicht«, so Werdermann.●

Die philippinische Landreform

Nach dem Fall der Marcos-Diktatur wurde 1988 ein Gesetz zur philippinischen Landreform erlassen. Großgrundbesitzer mussten einen Teil ihres Landes abgeben, wenn bodenlose Bäuerinnen oder Bauern es beantragten. Nachdem das befristete Gesetz 1998 für zehn Jahre verlängert wurde, ist es 2008 ausgelaufen. Nach zahlreichen Protesten wurde die Landreform im Juni 2009 für weitere fünf Jahre verlängert. Dass dieses zu einer umfassenden Landumverteilung führen wird, mag bezweifelt werden. Die letzten 20 Jahre Agrarreform haben nicht gereicht, die Macht der Großgrundbesitzer zu brechen. »Noch immer stehen die meisten Bäuerinnen und Bauern in einem feudalen Abhängigkeitsverhältnis zum Großgrundbesitzer«, erklärt der deutsche Menschenrechtsbeobachter David Werdermann dazu.

Weitere Informationen:
www.ipon-philippines.org
http://menschenrechtsbeobachtung.wordpress.com

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

**Strafprozess in Berlin:
Angeklagter blieb draußen**

Am Mittwoch, den 12.8.2009, hätte eigentlich ein Strafprozess wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt am Amtsgericht Tiergarten laufen sollen. Doch es kam anders: Mehrere ZuschauerInnen und auch der Angeklagte wurden von übereifrigen Beamten im Eingang traktiert und z.T. mehrfach kontrolliert. Dabei verloren sie die Übersicht, wollten den Angeklagten ein zweites Mal überprüfen, was dieser ablehnte. Das alles dauerte so lange, dass der Richter im Raum 1104 sein Urteil sprach – ohne den Angeklagten. Der ist jetzt verurteilt und wird eine rechtliche Überprüfung der nicht ganz alltäglichen Abläufe versuchen.
http://de.indymedia.org/2009/08/258255.shtml

Die ewige Leier ... Akteneinsicht verweigert

Einer Umweltaktivistin wird vorgeworfen, während des Jugend-Umwelt-Kongresses im Januar in Frankfurt am Main Widerstand gegen die Staatsgewalt begangen zu haben. Die PolizistInnen, welche als ZeugInnen geladen wurden, behaupteten, dass die Angeklagte, sich einer »Fesselung« durch die PolizistInnen widersetzt und, als sie auf ein Polizeiauto gedrückt wurde, nach hinten ausgetreten hätte. Im Verfahren wurde – trotz mehrmaliger Anträge im Vorfeld und während der Verhandlung – die Akteneinsicht verwehrt. Auch ausreichend Pausen um Anträge zu schreiben wurden nicht gewährt. »Offensichtlich konnte das Gericht nicht zwischen der Bestellung eines Pflichtverteidigers und der Zulassung eines persönlichen Beistandes unterscheiden. Abgelehnt wurde aber beides«, beschreibt eine Zuschauerin die Situation. Bericht:
http://de.indymedia.org/2009/08/258677.shtml

**Das könnte wichtig werden:
Polizeivideo auf Demo eingeschränkt?**

Das Verwaltungsgericht Münster hat die polizeiliche Videobeobachtung einer Demonstration im Juni 2008 gegen Urantransporte für rechtswidrig erklärt. Schon die »bloße Aufnahme« des Demogeschehens sei ein rechtswidriger Grundrechtseingriff. Das gelte auch, wenn die Polizei-Kamera die Bilder – ohne Speicherung – »nur« auf einen Monitor übertrage, erklärte die Richterin in der mündlichen Verhandlung. Die Videoüberwachung während einer Demonstration beeinträchtige das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Der Einsatz einer Kamera eröffne technisch soviele Möglichkeiten, dass hier ein Grundrechtseingriff vorliege. Eine rechtliche Grundlage sei aber nicht erkennbar. Auch fehlten »tatsächliche Anhaltspunkte« für »erhebliche Gefahren« – Ordnungswidrigkeiten reichten hier z. B. nicht. Auch eine »Lenkungs- und Leitungsfunktion« sei bei der Anzahl der Demoteilnehmer nicht erforderlich. Genauer auf
http://de.indymedia.org/2009/08/258698.shtml

Brandanschlag auf Abschiebeknast Rotterdam

Eine anarchistische Gruppe hat auf das in Bau befindliche Abschiebegefängnis am Rotterdamer Flughafen offenbar einen gezielten Brandanschlag verübt. Ein großes Gebäude neben dem eigentlichen »Asylbewerberzentrum« sei am Sonntag bei dem Brand völlig zerstört worden, berichtete die holländische Onlinezeitung »Blik op Nieuws«.

Bei der holländischen Feuerwehr war am Sonntagmorgen um fünf Uhr morgens eine Brandmeldung eingegangen. Zu der Aktion hat sich in einem Bekennerschreiben inzwischen eine Gruppe namens »The Anarchist Fire« bekannt.
http://de.indymedia.org/2009/08/258907.shtml

Zentrale EU-Daten für Sicherheit in Estland?

Laut heise.de und ORF bewirbt sich Estland als einziges EU-Land als Standort für die geplante »Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen« im Bereich Innere Sicherheit. Neben dem Schengener Informationssystem (SIS, künftig SIS II) mit seinen allgemeinen Fahndungsdaten über Personen, die zur europaweiten Fahndung ausgeschrieben wurden, aber auch mit Daten über gewaltbereite Hooligans und Demonstranten, sind von Anfang an das »Visa-Informationssystem« (VIS) und das EURODAC-Register dabei. In den beiden Datenbanken werden biometrische Merkmale von Einreisenden aus Nicht-Mitgliedsstaaten beziehungsweise Fingerabdrücke von Asylbewerbern und illegalen Einwanderern gespeichert. Später soll der Zentralstelle das Management von weiteren Datenbanken und IT-Großsystemen im Bereich »Freiheit, Sicherheit und Recht« übertragen werden. Siehe
http://de.indymedia.org/2009/08/259455.shtml.

**Kein rechtfertigender Notstand in Gießen:
Gentechnik ist nicht mehr aufzuhalten**

Jetzt ist auch die Berufung gegen zwei Genfeldbefreier in Gießen abgeschlossen. Beendet ist damit das Ganze aber nicht, denn die erneut zu Haftstrafen von vier bzw. sechs Monaten Verurteilten gehen in Revision. Hauptgrund: Der Streit um den § 34 StGB, auf dessen rechtfertigenden Notstand sich die Aktivisten beriefen. Das Urteil bot neben der bekannten Neigung von Richtern, keine Lücken ihrer gesetzlichen Allmacht zuzulassen und folglich die Existenz oder Wirksamkeit des § 34 weitgehend zu leugnen, eine faustdicke Überraschung. Richter Nink urteilte, dass Widerstand gegen die grüne Gentechnik nicht zulässig sei, weil sie nicht erfolgversprechend ist, da die hochgefährliche Gentechnik unbeherrschbar sei und sich unwiderruflich überall ausbreiten werde: »Der Geist ist aus der Flasche« sagte er wörtlich, bescheinigte dem am 2.6.2006 angegriffenen Gen-Gerstefeld der Uni, skandalös schlampig organisiert worden zu sein und warf das auch dem Versuchsleiter Kogel vor. Dann aber verurteilte er die Überbringer der schlechten Nachrichten und Aktivisten, die sich – im Gegensatz zum Richter und den SchöffInnen – gewehrt hatten. Mit diesem Urteil dürfte der Richter der Gentechnik-Industrie einen großen Gefallen getan haben, da deren Strategie, die unerwünschte Technik einfach faktisch durchzusetzen, nun aufgeht. Eher ins Gruselkabinett gehörte die Begründung für die höhere Bestrafung des einen Angeklagten: Der sei grundsätzlich gegen Herrschaft eingestellt, würde damit die bürgerliche Rechtsordnung in Frage stellen – und das müsse bestraft werden. Anarchie als Straftatbestand! Der Verlauf des bisherigen und des weiteren Verfahrens kann auf www.projektwerkstatt.de/gen/prozess.htm verfolgt werden.

Justizvollzugsombudsmann gibt Bericht ab

Seit 2007, in Folge eines Mordes an einem Gefangenen in der JVA Siegburg, gibt es in Nordrhein-Westfalen einen Ombudsmann für den Justizvollzug. Seit 2007 wird dieses Amt von dem ehemaligen Direktor am Amtsgericht Rolf Söhnchen bekleidet. In seinem 74-seitigen Bericht für den Zeitraum März 2008 bis März 2009 widmet Söhnchen sich ausgiebig den Problemen des Vollzugspersonals, angefangen bei hohen Krankenständen, geringer Wertschätzung ihrer Arbeit oder deren Klagen über die lange Dauer von Versetzungsgesuchen, und dann auch den Problemen und Themen, welche Inhaftierte oder deren Angehörige beschäftigen.

In einer Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags in Düsseldorf vom 17. Juni 2009 (Ausschussprotokoll 14/908, Seite 4ff) gab Söhnchen seine Einschätzung über Gefangene wie folgt zu Protokoll: »Gegen ihn selbst laufe ein Prozess, weil er einen Gefangenen genötigt haben solle. Er wisse, wovon er rede. Deshalb wolle er dem ein oder anderen in Erinnerung rufen (...), dass die Gefangenen es mit ihrer Wahrheitsliebe nicht sehr genau nähmen«. Diese pauschalisierende Diffamierung der Gefangenen ist bezeichnend und sagt viel über die Einstellung des Ombudsmanns aus. Quelle:
http://de.indymedia.org/2009/08/259273.shtml.●

Jörg Bergstedt

DER SIEG DER ARBEITER BEI INNSE MAILAND, ITALIEN

Una bella Compagnia

»Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter.«

Karl Marx/Friedrich Engels: »Manifest der Kommunistischen Partei«, MEW 4, Berlin 1972, S. 471

Von Rainer Thomann ● Solche Sätze, vor über 150 Jahren niedergeschrieben, mögen für viele verstaubt klingen. Dies, nachdem wir uns längst daran gewöhnt haben, dass Niederlagen und Kompromisse als Siege verkauft werden. Und echte Siege der Arbeiter über die Kapitalbesitzer sind derart rar geworden, dass es sich lohnt, sie wie Perlen von allen Seiten zu betrachten, um ihre Eigenheiten zu verstehen. Auffallend ist auf den ersten Blick, dass die jeweiligen Belegschaften – sei es bei *INNSE Mailand*, bei *Officine* im schweizerischen Bellinzona oder auch bei *Continental* im französischen Clairoix – ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen haben. Sie selbst sind die Protagonisten des Kampfes. Die offiziellen gewerkschaftlichen Strukturen spielen nur eine untergeordnete Rolle. Erstaunlich ist auch die ungeheure Dynamik, die zu entwickeln einer einzelnen Belegschaft gelingt: Bei *INNSE Mailand* ist es eine ziemlich geringe Anzahl ArbeiterInnen, die schließlich die gesamte Staatsmacht zum Rückzug zwingen.

Chronologie der Auseinandersetzung

Sie sind gemeinsam auf einem Tagesausflug, als sie das Telegramm des Fabrikbesitzers erreicht: »Wir haben beschlossen, ab dem 31. Mai 2008 sämtliche Aktivitäten einzustellen.« Schnellstens kehren die *INNSE*-ArbeiterInnen um und gehen zum Werk. Das Tor ist abgesperrt. Im Hof patrouillieren Männer einer privaten Sicherheitsfirma. Die ArbeiterInnen benutzen den Schichtwechsel der Sicherheitsleute, um heimlich in die Halle zu gelangen und sie zu besetzen. Am Dienstagmorgen nehmen sie die Produktion wieder auf. »Wir haben Kunden. Firmen, die uns für drei Jahre Aufträge geben wollen«, erklären sie. Die INNSE stellt Pressen und Walzen für die Stahlindustrie her. Früher haben an den riesigen Maschinen in der altertümlichen Halle der ehemaligen »Innocenti Sant' Eustacchio« – kurz *INNSE* – 2.200 Menschen gearbeitet. Heute sind es 50 (darunter 14 Frauen), die nach verschiedenen Besitzerwechseln und Frühpensionierungen übrig geblieben sind und sich mit einer seltenen Entschlossenheit zur Wehr setzen.

Bei *INNSE*, nun ganz in den Händen der ArbeiterInnen, ist der Alltag zurückgekehrt. Lastwagen bringen neue Aufträge, andere mit fertiggestellten Arbeiten verlassen das Werk. Erfolgreich wehren sie die Angriffe des Fabrikbesitzers ab: Dem Einsatzwagen des Elektrizitätswerkes *ENEL*, der die Stromversorgung hätte versiegeln sollen, wird der Zugang zum Elektroanschluss versperrt. Nach der Unterbrechung der Telefonverbindung wird diese sogleich durch Mobiltelefonie ersetzt. Auch die Kantine wird nach ein paar Tagen selbst verwaltet und mit eigenen Mitteln finanziert.

Gewerkschaftsfunktionäre kommen in Scharen vorbei und können kaum glauben, dass es noch ArbeiterInnen gibt, die sich gegen Entlassungen und Betriebsschließung zur Wehr setzen. Neben einer symbolischen Spende von 300 Euro beschränkt sich die Unterstützung durch die Gewerkschaft *FIOM* (Federazione Impiegati Operai Metallurgia, italienische Metallarbeitergewerkschaft) auf den rechtlichen Beistand: Gegen den Fabrikbesitzer wird eine Klage wegen Aussperrung geführt.

Mitte Juli 2008 lehnt ein Mailänder Gericht die Klage ab. Der Fabrikbesitzer weigert sich, die am 22. August 2008 formell ausgesprochenen Entlassungen zurückzunehmen. Der Staat stellt sich voll und ganz auf dessen Seite. Am 17. September 2008 holt die Polizei die ArbeiterInnen mit einem Räumungsbefehl aus der Fabrik. Trotz einer funktionierenden und blühenden Produktion, trotz des Willens einer erfahrenen Belegschaft, diese weiterzuführen, und trotz des Interesses eines Industriellen, die *INNSE* zu kaufen, hat der Staat nichts anderes getan, als dem Fabrikbesitzer – in der Person des Turiner Schrotthändlers Genta – zu dienen.

»Labor der Solidarität«

Nach der Räumung durch die Polizei verlagert sich die Betriebsbesetzung vor die Werkstore. Ausgesperrt vom Unternehmerstaat sind die *INNSE*-ArbeiterInnen buchstäblich auf die Straße geworfen: Mit einem Wohnwagen und Klappstühlen sitzen sie vor ihrer Fabrik und haben überhaupt nicht die Absicht aufzugeben. Nach ein paar Tagen zimmern sie aus einem ehemaligen Pförtnerhäuschen einen Raum von etwa 35 Quadratmetern, den sie zuerst mit Plastikfolien abschließen und später mit Holztafeln verstärken. Dieser Raum dient ihnen für Sitzungen und Versammlungen. Jeweils um die Mittags- und Abendzeit werden die Tische zusammengerückt für ein warmes Essen, das in einem Nebenraum zubereitet wird. An der einzigen gemauerten Wand ist das Anschlagsbrett, das täglich aktualisiert wird mit Solidaritätserklärungen anderer Betriebe, die sie zusammen mit Spenden erhalten. Das Basislager der Besetzung wird zum »Labor der Solidarität« im Kampf um die Wiederaufnahme der Produktion bei *INNSE*.

Die Unterstützung des Kampfes bei *INNSE* durch das Streikkomitee der SBB-Arbeiter (Schweizerische Bundesbahn) von Bellinzona ist ein besonders schönes Beispiel der Verbindung zweier Arbeiterkämpfe. Begonnen hat der Zusammenschluss zwischen den beiden Belegschaften mit dem Auftritt von *INNSE*-Arbeitern anlässlich der Uraufführung des Streikfilms »Giù le mani« am 15. August 2008 in Locarno. Die Teilnahme einer *INNSE*-Delegation am nationalen Gewerkschaftstreffen vom 20. September in Rodi (Tessin) hat das Band zwischen den beiden Belegschaften enger geknüpft. In der Folge finden weitere Begegnungen statt. Am 6. Dezember beispielsweise besucht eine Delegation aus dem Tessin das Basislager der *INNSE*. Gianni Frizzo übergibt einem *INNSE*-Arbeiter die Streikfahne der *Officine* und eine Geldspende von 500 Euro.

Eindrücklich beim Kampf um die *INNSE* ist die Geschlossenheit der fünfzig Arbeiterinnen und Arbeiter, wie sie gemeinsam alle Schwierigkeiten überwinden. Niemand ist ausgeschert und hat den individuellen Ausweg gewählt. Alle sind geblieben, auch die Kaderangestellten. Der Ingenieur hat Seite an Seite mit den ArbeiterInnen die Pfannen der selbstverwalteten Werkskantine gespült. Auch nach der Räumung durch die Polizei trotzen alle zusammen monatelang Nässe und Kälte und halten so während des ganzen Winters die Besetzung der Werkstore aufrecht. Diese fast unglaubliche Solidarität gibt eine kleine Ahnung, welche Macht an verborgenen Kräften in uns allen schlummert. Kräfte, die durch den gemeinsamen Kampf gegen eine absurde und unmenschliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung freigesetzt werden können!

Repression und Militanz

Das *INNSE*-Basislager in der Via Rubattino dient als Stützpunkt der Arbeitermacht. Rund um die Uhr halten die ArbeiterInnen die Werkstore besetzt und verhindern so den Abtransport der Maschinen. Mehrere solche Versuche des Fabrikbesitzers werden erfolgreich abgewehrt. Im Laufe der Monate hat sich ein Netz von Unterstützern gebildet, das aus ArbeiterInnen anderer Betriebe, Studierenden und Jugendlichen autonomer Zentren besteht. Im Morgengrauen des 10. Februar 2009 stehen rund 300 Ordnungshütern fast ebenso viele ArbeiterInnen und Unterstützer gegenüber. Drei Arbeiter werden nach den gewaltsamen Zusammenstößen mit gebrochener Nase und Kopfverletzungen in die Notfallklinik gebracht. Aber auch sechs Carabinieri und ein Polizeichef sind von Steinwürfen und Schraubenschlüsseln getroffen und verletzt worden, mit denen die Arbeiter versucht haben, sich zu verteidigen.

Nach den gewaltsamen Zusammenstößen vom 10. Februar werden auf Druck der Regionalregierung die Verhandlungen über einen Verkauf der *INNSE* wieder aufgenommen. Mit der Übernahme durch einen neuen Besitzer stünde einer Weiterführung der Produktion nichts mehr im Wege. Doch die Verhandlungen verlaufen erneut im Sand. Parallel dazu hat Genta – der den gesamten Maschinenpark drei Jahre zuvor, mit der Verpflichtung, die Produktion wieder in Schwung zu bringen, zum symbolischen Preis von 700.000 Euro dem Staat abgekauft hatte – damit begonnen, die Maschinen stückweise zu veräußern, um so einen Gewinn von mehreren Millionen zu erzielen. Demontage und Abtransport der sieben inzwischen verkauften Maschinen werden allerdings weiterhin durch die permanente Besetzung der Werkstore verhindert. Der Schrotthändler Genta macht nun sein Recht als Eigentümer geltend, um seinen Spekulationsgewinn zu realisieren.

Am Sonntag, den 2. August 2009, benützt die Staatsmacht die Sommerferienzeit, um die Besetzung mit Gewalt zu beenden. Ein Heer von rund 500 Ordnungshütern, Carabinieri und zivilen Beamten der Staatsschutzpolizei *DIGOS* umzingelt die *INNSE*, während in der Halle ein von Genta angeheuerter Arbeitstrupp mit der Demontage der Maschinen beginnt. Die vierspurige Via Rubattino bleibt für den Verkehr gesperrt. Die ganze Gegend wird militärisch belagert. Zuerst hat der Staat den Ausverkauf der *INNSE* organisiert, jetzt schützt er mit seinen Sicherheitskräften das Privateigentum und damit die Verschrottung der Maschinen. Statt fünfzig Familien zu ermöglichen, mit der Wiederaufnahme der Produktion ihr Brot zu verdienen, will der Unternehmerstaat sie zwingen, von den Almosen zu leben, die »soziale Abfederung« genannt werden. Als früher die ArbeiterInnen streikten, schützte die Armee die Streikbrecher, um die Weiterführung der Produktion durchzusetzen. Heute, im niedergehenden Kapitalismus, versucht bei *INNSE* ein Heer von Polizeikräften, das Ende der Produktion zu erzwingen, die von den ArbeiterInnen gegen den Willen des Fabrikbesitzers und ohne ihn weitergeführt worden ist.

Am Dienstag, den 4. August, gelingt es vier Arbeitern, den militärischen Belagerungsring rund um die *INNSE* zu überlisten und in die Werkshalle zu gelangen. Dort besetzen sie einen Kran in luftiger Höhe und erklären, diesen erst wieder zu verlassen, wenn die Polizei sich zurückziehe. Gentas Leute unterbrechen sogleich die Demontagearbeiten und verlassen das Werk, weil sie ihre persönliche Sicherheit in Gefahr sehen. Damit ist ein erstes Ziel erreicht. Nun beginnt ein Tauziehen zwischen den *INNSE*-ArbeiterInnen mit ihren UnterstützerInnen auf der einen Seite – es sind Tag und Nacht zwischen 50 und 200 Personen vor dem Werkstor – und Genta sowie der gesamten Staatsmacht auf der andern Seite.

Der Kampf um die *INNSE* steht in Italien eine Woche lang im Zentrum des öffentlichen Interesses. Das Fernsehen, das mehrmals täglich live über die Geschehnisse berichtet, trägt die Szenen der Menschenmassen, die den mit Schild und Schlagstock bewaffneten Polizeikräften gegenüberstehen, in jedes Haus. Das Bild von den vier Arbeitern auf dem Kran ist in allen italienischen Tageszeitungen auf der ersten Seite. Die militärische Überlegenheit der Staatsmacht hat sich in einen Bumerang verwandelt. Wenn der Schlagstock das einzige ist, was der Staat den Lohnabhängigen zu bieten hat, dann zerbröckelt das Bild eines Staates, der vorgibt, über den gesellschaftlichen Klassen zu stehen und die »öffentliche Sicherheit« zum Wohle aller aufrechtzuerhalten.

Als die Industriegruppe *Camozzi* ihre Absicht erklärt, die *INNSE* zu übernehmen und das Geschäft innerhalb von 48 Stunden abzuschließen, scheint ein Sieg der ArbeiterInnen in greifbarer Nähe. Dann ziehen sich die Verhandlungen erneut in die Länge. Doch am Mittwoch, den 12. August, kurz nach Mitternacht ist es soweit: Genta hat kapituliert und die *INNSE* einen neuen Besitzer. Dieser wird alle 49 weiter beschäftigen und hat sogar die Absicht, die Produktion zu erweitern. Die Menschen auf der Straße jubeln und prosten einander zu. Die ArbeiterInnen der *INNSE* tragen ihren Wortführer auf den Schultern. Das Heer an Polizeikräften ist in Auflösung begriffen, die Via Rubattino hat sich in ein Volksfest verwandelt: eine klassische Szene, wenn die Macht zusammenbricht und die Solidarität aller die Übermacht einiger weniger bezwungen hat. Die Arbeiter haben einen wichtigen Sieg errungen.

Das Beispiel *INNSE* hat in Italien Schule gemacht. Allein in der Zeit zwischen der militärischen Belagerung und dem Sieg der ArbeiterInnen sind aus verschiedenen Landesteilen vier weitere Betriebsbesetzungen bekannt geworden. Wann folgen die deutschen ArbeiterInnen ihrem Beispiel? Welches Werk wird die deutsche *INNSE*?●

Foto: express 7/8-2009

Und hier das Konto, auf das ihr spenden könnt – unbedingt immer mit dem Vermerk:
Lotta operai INNSE
Kontoinhaber:
Ass.Cult. ROBOTNIK ONLUS
IBAN: IT 51O 0760101600000022264204
BIC: BPIITRRXXX

Rainer Thomann ist Mitglied der schweizerischen Gewerkschaft Unia, Unterstützer des Streikkomitees von Bellinzona und Aktivist im Netzwerk für eine kämpferische Bewegung der ArbeiterInnen.

erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 7-8/09

Anzeige

Anzeige

GENOSSENSCHAFT D.I.S. EG

Eigenständig, eigenwillig, eigenverantwortlich – aber mit Blick für das gemeinsame Ganze

Es gab zu allen Zeiten schon Menschen, die sich nicht nahtlos in die herrschenden Normen eingliedern ließen. Tagelöhner, Wanderarbeiter und reisende Schausteller. Sie hatten immer eine Möglichkeit, ihre Nische zu finden und zumindest ihr Brot zu erwirtschaften. Diese Menschen in der heutigen Zeit mit Arbeit zu versorgen, war die Aufgabe des »Arbeitsfördervereins«, der 1999 entstand. Daraus ging am 01.07.2007 schließlich nach zweijähriger Vorbereitungszeit die Genossenschaft D.I.S. – Dienstleistung in Selbstorganisation – hervor.

»etwas Besseres als den Tod findest du überall«
(Bremer Stadtmusikanten)

Winfried Günther, Red. Genossenschaften ● Justus Bongertz, der als Forstwirtschaftsmeister seine Ausbildung zum Arbeitserzieher abschloss, traf auf Winfried Günther, der als Sozialhilfeempfänger Teilnehmer des Abschlussprojektes von J. Bongertz war. Der als gemeinnützig anerkannte »Arbeitsförderverein« nahm 1999 seine Arbeit auf und hatte zeitweise 20 bis 25 Mitarbeiter. Sie waren jeweils für mehrere Monate beschäftigt und wechselten ständig. Es handelte sich immer um Sozialhilfeempfänger, die von den zuständigen Stellen an den Arbeitsförderverein vermittelt wurden. Das Arbeitsfeld lag im Grünen Bereich mit Vegetationspflege, also Heckenschnitt, Baumfällarbeiten, Mähen usw.

Gemeinsame Unternehmerschaft

Durch Wegfall der 1-Euro-Kräfte wurde die Zahl der Mitarbeiter immer weniger und es kam der Zeitpunkt, zu dem es notwendig wurde, einer kleineren Anzahl von Menschen feste Arbeitsverträge zu geben. Aufgrund seiner gemeinnützigen Struktur konnte der Verein nicht als Unternehmer fungieren, da Risikoübernahme ohne Gewinnmöglichkeit zum Ruin führt. Bei der Suche nach einer geeigneten Rechtsform für ein Unternehmen, das sich aus Mitarbeitern zusammensetzt, die normalerweise auf dem 1. Arbeitsmarkt keiner Chance haben, stießen die Initiatoren auf die »Genossenschaft«. Als Genossenschaft D.I.S. entstand das Unternehmen nach zweijähriger Vorbereitungszeit am 1.7.2007. Winfried Günther übernahm den Vorstand und Justus Bongertz gründete ein eigenes Forst-Unternehmen.

Die Rechtsform der Genossenschaft bietet den Beteiligten den Freiraum, einige Unternehmerpflichten

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

durch gemeinsamen Beschluss zu reduzieren, da sich ohne »Gewinnerzielungsmarge« keine Unternehmerrisiken abdecken lassen. Es wird die Arbeit bezahlt, die geleistet wird und wenn etwas übrig bleibt, wird es in Form von Prämien ausgeschüttet. Selbstverständlich gibt es Lohnfortzahlung bei Krankheit. Die Kollegen wissen jedoch auch, was ein Krankheitstag die Gemeinschaft kostet. Mit der Zeit wurden aus den drei Gründungsmitgliedern bis zu acht Vollbeschäftigte mit zeitlich unbegrenzten Arbeitsverträgen. Die »neuen Genossen« stoßen über persönliche Kontakte dazu und sind junge Leute, die noch keine Ausbildung haben oder mehrere Ausbildungen nicht zu Ende führten. Außerdem sind auch zwei Mitarbeiter mit 58 bzw. 60 Jahren dabei.

Wechselhafte Beschäftigungssituation

Am Anfang wurden die Kontakte zum Landratsamt noch fortgeführt, um aus Hartz IV-Empfängern neue Kollegen zu rekrutieren. Es zeigte sich jedoch, dass Lohnkostenzuschüsse keinen Anreiz darstellen. Aus Sicht des Vorstands müssen neue Kollegen »unverbraucht« und arbeitsfähig sein. Lohnkostenzuschüsse können nicht annähernd die notwendige minimale Betreuung zur Eingliederung in das Unternehmen abdecken. Durch die langjährige Arbeit im Arbeitsförderverein verfügt J. Bongertz über Kontakte zu Städten und Gemeinden in der Ortenau sowie der Deutschen Bundesbahn. Das Auftragsvolumen reichte, um 2008 mit einer 100%igen Eigenfinanzierung aus Aufträgen das Unternehmen am Laufen zu halten.

Wachsende Qualitätsanforderungen

Anfang 2009 musste die Genossenschaft allerdings einige Monate Kurzarbeit anmelden, da durch Preiseinbrüche Aufträge wegbrachen. Die Kurzarbeit in diesem Jahr erwies sich als Chance für einen Mitarbeiter, den LKW-Führerschein zu machen. Er steht kurz vor der praktischen Prüfung. Seit Juni sind wieder sechs Mitarbeiter im Einsatz und führen Mäharbeiten und Vegetationspflege durch. Die Genossenschaft arbeitet direkt mit der Firma Bongertz zusammen und verfügt zudem über Kontakt zu einem Landschaftsbetrieb in Offenburg, der die D.I.S. eG für seine Aufträge einsetzt und über einen sehr großen Maschinenpark verfügt.

Das Arbeiten an der Bahnstrecke birgt viele Risiken. Betreuung bei der Einarbeitung ist deshalb unverzichtbar

Die augenblicklichen Mitarbeiter sind fast alle schon zwei Jahre dabei und als vollwertige Arbeitskräfte einsetzbar. Hin und wieder muss die Genossenschaft allerdings mit »Hängern« kämpfen, wie verlorene Führerscheine, oder Bettschwere am Morgen – häufiger am Montag. Zwei Mitarbeiter haben ihre Führerscheine seit einem Jahr wieder, zwei andere sind gerade dabei, sie zurück zu bekommen. Seit einem Jahr steht an, den Kollegen Aus- oder Weiterbildung anzubieten. Ohne Fremdfinanzierung ist dies gegenwärtig allerdings nicht möglich.

Durch die Notwendigkeit, Arbeitsqualität anzubieten, die den Normen des ersten Arbeitsmarktes entspricht, erweist sich eine Neueingliederung von ALG-II-Empfängern als unmöglich. Von der Genossenschaft wird dies selbst als Manko angesehen, weil viele Mitarbeiter vor zwei oder drei Jahren selbst sich auf diesem Stand befanden. Heute müssen sie aber vor Ort produktiv arbeiten. Sie sind auch tätig an Baustellen entlang der Rheinstrecke der Bahn im Abstand von knapp vorbeirauschenden ICEs – auch »der weiße Hai« genannt. Dort können Neueinsteiger ohne zusätzlichen ausreichenden Aufwand nicht »hineinbegleitet« werden. Eine Kostenunterstützung von außen wird hier als unumgänglich angesehen, da qualitativ sinnvolle Ausbildung im Forstbereich nicht kostendekkend ist, sondern im Gegenteil immer Geld kostet.

Knappheit und Freiheit

Vorteil der Genossenschaft ist dennoch: Sie bietet ihren Mitgliedern Arbeitsplätze, an denen persönliche Defizite toleriert werden, die in einem normalen Unternehmen zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses führen würden. Dazu zählen vor allem Frei-Tage, Verschlafen usw. Nach Absprache kann jeder frei nehmen, wenn er möchte. Ein Arbeitsplatzwechsel ist innerhalb von ein paar Tagen möglich. Allerdings reicht vom Stundenlohn her und durch den witterungsbedingten Ausfall der Arbeit das Einkommen für die Ernährung einer Familie mit Kindern nicht aus. Dies gilt, obwohl der Stundenlohn nach anfänglich 6,50 EUR/Std mittlerweile zwischen 9,50 bis 10,00 EUR/Std beträgt. Vorteil der jungen Mitarbeiter: Sie müssen keine Familien versorgen und wohnen alle noch zu Hause.

Trotzdem: Die Arbeitsatmosphäre ist sehr angenehm und bietet Freiheiten für alle Kollegen. Dies gleicht fehlende Sicherheiten wie weniger Urlaub oder kurze Kündigungsfristen aus. Alle vier bis sechs Wochen treffen sich die Beteiligten zu einer Generalversammlung in dem neu eingerichteten Büro und beschließen über wichtige anstehende Themen. Dazu zählen auch wirtschaftliche Entscheidungen und alles was die Organisation betrifft. So gehen alle Mitglieder jeden Tag ihren Aufgaben nach und arbeiten langsam und stetig an den kleinen Verbesserungen, die für das Gelingen des Ganzen als Basis dienen.●

BUCHBESPRECHUNG

Selbständige in der Sozialen Arbeit – Grundlagen und Projekte

Viele Neuerungen in den Sozialberufen werden in einem von Anne Klüser und Hugo Maier herausgegebenen Buch thematisiert. Die Veröffentlichung bietet wesentliche Informationen über die Selbständigkeit in der Sozialen Arbeit, die in Beiträgen sowohl aus theoretischer und rechtlicher Sicht als auch aus der Praxis dargestellt werden. Es ist damit ein hilfreiches Werk nicht nur für Studierende und Forschende, sondern auch für alle, die selbständig (als FreiberuflerInnen oder KleinunternehmerInnen) in der Sozialen Arbeit tätig sein wollen oder es bereits sind.

Rosane Yara Rodrigues Guerra, Red. Genossenschaften ● In der Sozialen Arbeit steigt die Zahl der Existenzgründungen und die der selbständig Tätigen in Deutschland kontinuierlich seit den 1990er Jahren. Vorher war es eher ungewöhnlich, eine selbständige Tätigkeit in diesem Bereich aufzunehmen. Der Grund für diese Veränderung liegt vor allem im Wandel der deutschen Trägerstruktur sozialer Dienste. Sie entstand durch die formale Gleichstellung von privat-gewerblichen und frei-gemeinnützigen Trägern. Hintergrund sind die Verabschiedung des Pflegeversicherungsgesetzes im Jahr 1994 (sowie der Änderung des Jugendhilfe- und Sozialhilferechts wenig später) sowie Anpassungen im Zuge der Regelungen der Europäischen Union (EU) zum freien Dienstleistungsverkehr.

Zwei Schwerpunkte

Das als Sammelband »Selbständige in der Sozialen Arbeit« von Anne Klüser und Hugo Maier herausgegebenen Buch ist in zwei Hauptteile unterteilt. Der erste Teil behandelt die relevanten Grundlagen für Selbständige und Selbständigkeit in der Sozialen Arbeit. Darin werden die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen innerhalb der EU für selbständige Sozialarbeit in freiberuflicher und gewerblicher Form sehr informativ und detailliert dargestellt, ebenso die Rechts- und organisatorischen Grundlagen selbständiger Tätigkeit in Deutschland.

Im zweiten Teil des Buches werden konkrete Praxisbeispiele von Selbständigkeit in der Sozialen Arbeit aufgeführt. Der Sammelband stellt Projekte bzw. Unternehmungen vor, die in verschiedenen Rechtsformen gegründet wurden und in unterschiedlichen Arbeitsfeldern tätig sind. Hier berichten etablierte Existenzgründerinnen/Existenzgründer und Selbständige als »Buch-Co-AutorInnen« über ihre Unternehmen, deren Entwicklung und Perspektiven. Sie sind SozialberuflerInnen – viele von ihnen SozialarbeiterInnen/SozialpädagogInnen. Die Arbeitsbereiche der Sozialen Arbeit haben sich immer mehr erweitert, wobei Soziale Arbeit zu einer Beratungs- und Dienstleistungstätigkeit geworden ist, die sich auf fast alle Gesellschaftsbereiche erstreckt.

Genossenschaftliche Ansätze

Als Praxisbeispiele werden auch Gruppenselbständige in Form von Sozialgenossenschaften und die zivilgesellschaftliche Organisationsform der Bürgerstiftung von Experten kompakt und aufschlussreich beschrieben. Die Hauptmerkmale genossenschaftlicher Unternehmen, die Typen von Sozialgenossenschaften und die Schwerpunkte sozialgenossenschaftlicher Aktivitäten in Deutschland anhand von Beispielen dieser Selbsthilfeinitiativen (mit Internetadressen) sind in dem Beitrag von Burghard Flieger dargelegt. Zudem werden die Selbständigengenossenschaften und Fördereinrichtungen für die Gründung und Entwicklung von Sozialgenossenschaften skizziert.

Der Sammelband ermöglicht den Leserinnen und Lesern einen umfassenden Blick auf die formellen und praktischen Aspekte der Selbständigkeit in der Sozialen Arbeit sowohl in freiberuflicher als auch in gewerblicher Form. Er trägt so zu einer besseren Wahrnehmung der genossenschaftlichen Rechtsform im sozialen Bereich bei. Das Buch ist sehr gut strukturiert und informativ, zum Teil in »erzählender« Sprache, und bietet viele Informationen über die Hintergründe und Perspektiven der Selbständigkeit in der Sozialen Arbeit sowie Anregungen für (potenzielle) Existenzgründerinnen und Selbständige.●

Klüser, Anne/Maier, Hugo (Hg.): Selbständige in der Sozialen Arbeit. Grundlagen und Projekte. Baden-Baden (Nomos) 2009, 263 S., 44 EUR.

Anzeige

Anders Leben und wirtschaften

Friederike Habermann stellt Räume und soziale Netzwerke vor, die sich im deutschsprachigen Raum darum bemühen, Alternativen zu Kapitalismus, Geld und Tauschlogik nicht nur zu diskutieren, sondern auch praktisch zu leben. Sie dokumentiert damit eine Vielzahl von Versuchen einer solidarischen Ökonomie und kollektiven Handelns und lässt dabei die Menschen, die die Projekte tragen, teilweise ausführlich zu Wort kommen.

Ihre Berichte aus den Bereichen Finanzen, Kleidung, Nahrungsmittel, Wohnen, Bildung, Gesundheit, Kommunikation und Mobilität zeigen eindrücklich, dass viele der heutigen sozialen Bewegungen mit Formen des solidarischen Umgangs und einer kollektiven Ökonomie Hand in Hand gehen, diese zum Ausgangspunkt haben. Am bekanntesten aus dem bunten Strauß des vorgestellten dürften wohl die Tauschringe und Verschenkläden und die Stadt- und Landkommunen sein. Neuere Ideen sind die auf großes Interesse stoßenden Versuche generationenübergreifenden Wohnens in der Stadt, die vielen Internet- und Software-Projekte und die Gemeinschafts- und interkulturellen Gärten. Vieles dessen, was in CONTRASTE regelmäßig Thema ist, wie Beginenhöfe, Kommunen, Umsonstläden, Wertkritik und Peer-Economy wird ausführlich, anderes, wie etwa alternative Medien nur am Rande behandelt.

Der Autorin ist bewusst, dass die Gesellschaft und die Menschen von Herrschaftsverhältnissen durchzogen sind, eine Veränderung von Strukturen und die Veränderung von Menschen sich gegenseitig bedingen und ermöglichen. Deshalb nennt sie die vorgestellten Projekte auch nicht »Freiräume«, sondern spricht von Halbinseln. Halbinseln, die unabgeschlossen sind, in das Neue ragen, aber fest mit dem Alten verbunden sind. Die Verbindung zu Debatten der traditionellen und parteiförmigen Linken, wo derzeit erst zaghaft eine kritische Debatte um Wachstum und Verkehrs- und Konsumpolitik in Gang kommt, herzustellen, das hätte politische Sprengkraft. Diese Verbindung zu organisieren, bleibt eine Aufgabe der Zukunft. Habermann hat dazu einen guten Beitrag geleistet.●

Bernd Hüttner

Friederike Habermann: Halbinseln gegen den Strom. Anders Leben und Wirtschaften im Alltag. Ulrike Helmer Verlag, Sulzbach 2009, 228 S., 19,90 EUR

Die Chancen der Globalisierung

Radikale Reformen oder Alternativen zur »Globalisierung«?

»Die Agrarsubventionen der USA, der EU und Japan zusammengenommen […] betragen mindesten 75 Prozent des kombinierten Sozialprodukts, das in Afrika südlich der Sahara erwirtschaftet wird, mit der Folge, dass afrikanische Bauern auf den Weltmärkten praktisch nicht konkurrenzfähig sind. Jede europäische Kuh wird im Schnitt mit 2 Dollar pro Tag subventioniert; über die Hälfte der Menschen in den Entwicklungsländern muss mit weniger als 2 Dollar pro Tag auskommen. So zynisch es klingt: Es ist besser eine Kuh in Europa zu sein, als ein armer Mensch in einem Entwicklungsland.« (Joseph Stiglitz: Die Chancen der Globalisierung, S. 117.)

Der Autor kann wirtschaftspolitische Zusammenhänge gut an Beispielen verdeutlichen. In seinem neuen Buch gibt er einen umfassenden, klar gegliederten Überblick über seine Vorschläge, den globalen Kapitalismus so zu reformieren, damit die Mehrheit der Menschen auch zu den »Gewinnern der Globalisierung« gehören solle. Mit etlichen Beispielen schildert er (wie schon in seinem Buch »Die Schatten der Globalisierung«) die jahrzehntelange menschengefährdende Politik von Internationalem Weltwährungsfond (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO), einschließlich deren undemokratischer Struktur zugunsten der USA und weniger Industrieländer.

Er beschreibt die einseitige, andauernde Umverteilung des globalen Reichtums von den Entwicklungsländern zu den ohnehin schon reichen Industrieländern. Man müsse »den Markt« durch kluge nationalstaatliche und internationale Regelungen in für alle Menschen vorteilhafte Bahnen lenken. Die alltägliche Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft durch das Kapital, die alle von ihm beschriebenen Erscheinungen immer wieder neu hervorruft, hält er für unproblematisch. Demokratische Alternativen jenseits des Kapitalismus existieren für ihn (jedenfalls in den beiden genannten Büchern) nicht. Auf den von ihm besuchten Weltsozialforen gab es nach seiner Lesart nur Kritiker der globalen Wirtschaftsordnung, die gesellschaftliche Reformen forderten. Stark mehrheitlich traf das wohl auch zu. Der Slogan **»Eine andere Welt ist möglich«**, der einen aktivierenden Aufbruch aller Benachteiligten und Unterdrückten ermuntern soll, lässt die Frage jedoch offen, ob sich diese Möglichkeit einer anderen Welt im oder jenseits des Kapitalismus auftut. Das wäre wohl auch fair, um die Ansätze – bei gemeinsamem Handeln im Alltag – friedlich miteinander wetteifern zu lassen.

8 der 10 Kapitel bieten jeweils einen Aufriss der Teilprobleme, zum Beispiel die einseitige globale Rohstoffausbeutung durch wenige Bergbaukonzerne, die kaum Reichtum in den Entwicklungsländern zurücklässt und oft die Umwelt zerstört (S.175ff.). Dann geht er jeweils zu einem begründeten Maßnahmenkatalog über, mit dem er reformerisch gegensteuern will. Auch zeigt er Tendenzen in den letzten Jahren auf, die seinen Vorschlägen entgegenkommen. Er schließt das Rohstoffkapitel mit folgendem Gedanken: *»Der Wohlstand der rohstoffreichen Entwicklungsländer hängt davon ab, wie viel Geld sie für ihre Bodenschätze erhalten; die Ertragskraft der reichen Konzerne in den Industriestaaten hängt davon ab, wie wenig sie dafür bezahlen. Dies ist der natürliche und unvermeidliche Konflikt, um den das Rohstoffparadoxon des Rohstoffreichtums kreist. Wo werden die Menschen der Industrieländer und ihre Regierungen stehen? Werden sie die wenigen Eigentümer und Manager der reichen Konzerne in ihren Ländern unterstützen, oder werden sie sich auf die Seite der Milliarden von Menschen in den Entwicklungsländern schlagen, deren Wohlergehen, ja sogar Überleben auf dem Spiel steht?«* (S.206)

Unklar bleiben allerdings die Durchsetzungschancen des nachvollziehbar Vernünftigen, das er vorschlägt. Dafür ist ein erheblicher »globaler« gesellschaftlicher Druck von vielen Millionen Menschen nötig. Stiglitz veranschaulicht selbst wunderbar die »Sonderinteressen« (sein Begriff) der Reichen und der landwirtschaftlichen Subventionsempfänger in den Industrieländern, die dem entgegenstehen. Er unterschätzt meines Erachtens die massenhafte Verinnerlichung einer passiven gesellschaftlichen Haltung der Menschen und eine ebenso verinnerlichte Warenwert-Orientierung hin auf den »eigenen« Privatbereich. Wie sind die Menschen in nennenswertem Umfang aus ihrem jeweiligen Alltag heraus zu einem verantwortungsvollen, gemeinschaftlich-gesellschaftlichen Engagement zu bewegen? Stiglitz stellt sich dieser Aufgabe, die auch aus seinem Reformkatalog erwächst, nicht direkt. Aber alles in allem ist das Buch eine spannende Lektüre, die zum Selberdenken anregen kann.●

Hilmar Kunath

Joseph E. Stiglitz: Die Chancen der Globalisierung, München, Pantheon Verlag, 2008, 423 S., 12,95 EUR.

Sammelband zu »1968«

Wider die deutsche Nabelschau

Die jüngste Aufregung über den West-Berliner Polizeibeamten Karl-Heinz Kurras, der womöglich im Auftrag der DDR 1967 den Studenten Benno Ohnesorg erschoss und dadurch die Bewegung der 68er ausgelöst haben soll, hat wieder einmal bestätigt, dass weltweite Ereignisse in Deutschland gerne als Nabelschau diskutiert werden.

Der Sammelband »1968« hält mit 16 Beiträgen gegen derlei gedankliche Beschränktheit. Herausgeber und AutorInnen des Bandes, der auf eine Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung an der Uni Hamburg im Jahr 2008 zurückgeht, wollen die Rezeption der Ereignisse von 1968 vor einer bloßen Reduktion auf kulturelle Umbrüche retten, mit der den Bewegungen im Nachhinein der radikale Zahn gezogen werden soll. Eine solche Betrachtungsweise dient schließlich nicht zuletzt auch den vielen, im Verlaufe des langen Marsches durch die Institutionen »Angekommenen« zur Behauptung, sie hätten konsequent ihre Vorstellungen von einst umgesetzt.

Globale Verschränkung

Es geht also in dem Band einerseits um die weltweite Verschränkung der verschiedenen Kämpfe wie auch um die sozialen und politischen Ebenen, auf denen sie sich entfalteten. Dadurch wird deutlich, dass es sich tatsächlich um eine globale Systemherausforderung handelte, die auch nicht auf das Jahr 1968 beschränkt ist. Dieses war in den meisten Ländern zweifellos Kulminationspunkt der Proteste. Doch inwieweit die Bewegung danach abrupt abbrach – wie die Kurve insgesamt verlief –, war von Land zu Land unterschiedlich. Nicht zuletzt auch als Ergebnis der Reaktion der Herrschenden.

Die Beiträge in »1968« sind in vier Themenblöcken zusammengefasst. Ein erster Abschnitt zeigt Aspekte der weltweiten Verknüpfungen auf. Ein zweiter beleuchtet soziale Kämpfe nicht nur der »klassischen« Arbeiterbewegung und beschreibt zudem das Auftauchen der »neuen sozialen Bewegungen« und ihre Verknüpfungen mit der »alten«. Schließlich wird auf die Neue Linke als eine der zentralen Trägergruppen sowie auf kulturelle Aspekte eingegangen.

Offene Fragen

Der Band dreht sich um offene Fragen und Schnittpunkte – der Versuch einer Art von Abriss wäre allein schon angesichts der Vielzahl der AutorInnen mit unterschiedlichen Auffassungen und Herangehensweisen vermessen gewesen. Nicht alle Beiträge lösen dabei den Anspruch einer vergleichenden internationalen Darstellung ein. Darum sind vor allem Angelika Ebbinghaus, Mitherausgeberin eines kürzlich erschienenen Tagungsbandes zu 1968 in Osteuropa, Christian Frings, der sich mit den Paradoxien der Weltsystemtheorie im Anschluss an Immanuel Wallerstein und der davon inspirierten umfassenden Untersuchung der Arbeitskämpfe auseinandersetzt, Marcel van der Linden und Gerd-Rainer Horn mit seinen Schlussbemerkungen bemüht. Die übrigen Beiträgen zentrieren sich auf Entwicklungen in der Bundesrepublik oder in einigen anderen Ländern. Querbezüge und die internationale Einbettung sind dabei nur zum Teil angedeutet. Der Sammelband liefert interessante Reflexionen, die im Haupttitel ausgedrückte Frage nach den Wechselbeziehungen von »alter« und »neuer Linken« wird jedoch eher am Rande behandelt.●

Reiner Tosstorff

Peter Birke, Bernd Hüttner, Gottfried Oy (Hg.): Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion. Karl Dietz Verlag, Berlin 2009. 241 S., 14,90 EUR (Texte sind teilweise online unter www.rosalux.de/cms/index.php?id=19202)

Anarchismus in Deutschland 1945-1970

Das politische Klima in der BRD gilt bis Mitte der 1960er Jahre als eher ruhig, als »Bleierne Zeit«. Hans Jürgen Degen machte über diese Jahre eine Bestandsaufnahme anarchistischer Gruppen und Aktivitäten. Das ist gerade deshalb verdienstvoll, weil die meisten Forschungen sich auf die Blütezeiten des Anarchismus stürzen. Denn die Zeiten sind nicht immer rosig, und von nichts kommt bekanntlich nichts. Es blieb größtenteils bei Versuchen von Organisation und Zeitschriften, die schnell ihr Erscheinen einstellten.

Interessant sind da eher die Ideengänge, welchen sich Degen in diesem Buch widmet und feststellt, dass verschiedene Strömungen des Anarchismus sich weniger separierten, sondern aufeinander zugingen in Ermangelung neuer Bewegungen. Wertvoll ist auch das Aufgreifen bekannterer Persönlichkeiten, beispielsweise von Augustin Souchy, Erich Gerlach, Otto Reimers und anderer, welche größtenteils schon in der Weimarer Zeit aktiv waren. Denn ihre Gedanken speisten sich noch aus einer gewissen Erdung tatsächlicher Bewegung, welche den Neo-Anarchisten weitgehend abging. Diese benennt Degen in großen Teilen als Anarcho-Marxisten, beispielsweise Rudi Dutschke. Darüber, inwieweit man sie als anarchistisch definieren kann, ist so manch aufschlussreiches Kapitel zu lesen, auch über das Verhältnis von Alt- zu Neo-Anarchisten, welche im Allgemeinen nicht viel miteinander anfangen konnten.

Sehr genau nimmt Degen die Vorstellungen der einzelnen Gruppen und Protagonisten auseinander. Dabei schöpft er aus einem schier unermesslichen und breit gefächerten Archiv erstklassiger Quellen. Allein die ersten 70 Seiten bestehen aus einem Überblick über die Rezeption des Anarchismus in allen gesellschaftlichen Lagern. Folgende Organisationsversuche veranschaulicht Degen nebst Presseorganen und Mitgliedern: »Die Befreiung« (Willy Huppertz), »Anarchistische Vereinigung« Berlin, »Hamburger Gruppe«, »Lichtwärtsbewegung«, »Bund freier Sozialisten und Anarchisten«, »Direkte Aktion«, Gruppe »Erich Mühsam«, Arbeitskreis »Freunde Gustav Landauers«, »Arbeitskreis für anarchistische Philosophie« und die »Mackay Gesellschaft«. Dazu kommen verschiedene anarchistische Kongresse. Besonders skurril sind die beschriebenen Annäherungsversuche ehemaliger Strasser-Nazis an die Anarchisten.●

Helge Döhring

Hans Jürgen Degen: »Die Wiederkehr der Anarchisten«. Anarchistische Versuche 1945-1970, Verlag Edition AV, Lich 2009, 517 S., 24,50 EUR

Hirngift und Seelenmord

Die »Neue Akropolis« stand lange Jahre im Kreuzfeuer der Kritik. Ihr wurden zu Recht faschistoide Tendenzen und Aussagen vorgeworfen. In der Sektenbroschüre des ehemaligen österreichischen Familienministeriums wurde die Gruppierung aufgelistet. Dann glätteten sich die Wogen, die »Neue Akropolis« setzte mit plötzlicher radikaler Kursänderung auf Liberalität und Multikulti und verbreitete sich mit intensivem Werbeaufwand in Österreich.

Jetzt erneuert Zäuner die Vorwürfe, listet Kritikpunkte an der Organisation auf, die er als »eine Sekte mit äußerst gefährlichen Zügen« definiert (S. 233). Der Autor hat sich, ebenso wie der Verlag, an ein mutiges Werk gewagt. In einer Zeit, in der über US-Menschenrechtsstellen etliche problematische, im Volksmund als »Sekten« titulierte Gruppen, Regierungen, die Aufklärungsarbeit in diesem Bereich unterstützen, unter Druck setzen, ist eine offene Neuaufnahme der Diskussion erfreulich. Treibt die Wirtschaftskrise doch wieder vermehrt Menschen diesen problematischen Gruppen in die Arme, die nach außen hin vorsichtiger geworden sind.

Laut Zäuner tummeln sich 600 mit Vorsicht zu genießende Religionsgemeinschaften und so genannte Sekten in Österreich. Sein Buch gibt einen guten, umfassenden Überblick, der auch in problematische Randbereiche der Kirchen hineinleuchtet. Für den Autor sind unsere PolitikerInnen zu lasch. Er fordert zu mehr mutigem Engagement gegen so genannte Sekten und andere konfliktträchtige esoterische oder religiöse Gruppen auf. Dürftig ist in diesem Werk der Verweis auf österreichische Beratungsstellen ausgefallen.●

Roman Schweidlenka

Günther Zäuner: Hirngift und Seelenmord. Die Schattenwirtschaft der Sekten und anderer Glaubensmärkte, Wien, Goldegg Verlag, 2009. 447 Seiten, ISBN 978-3-901880-45-2, Fest gebunden, 24,90 EUR

Im Schatten der Schwarzen Sonne

In den siebziger Jahren wandten sich viele Menschen von engagierter Politik ab und setzten ihre Hoffnungen auf eine durch Meditation herbeigeführte Veränderung des Bewusstseins. New Age, die entpolitisierte Form vorangegangener Hippieträume, war in aller Munde. Inzwischen merkt auch der überzeugteste ehemalige New Ager, dass das Himmelreich auf Erden auf sich warten lässt. Die Suche nach den Schuldigen setzt ein und schnell sind sie im breiten Sumpf der Weltverschwörungstheorien gefunden: Böse Hintermänner der Macht, oft mit dem »Weltjudentum« gleichgesetzt, halten die Erde in Leid und Elend.

Der Autor, die führende Kapazität zur rechten Esoterik im englischen Sprachraum, zeichnet in seinem neuen Buch nicht nur die unrühmliche Entwicklung der ehemaligen New Age-Bewegung, er legt darüber hinaus eine wissenschaftlich aufgearbeitete, dennoch lesbare Studie zu den Nazimysterien und zu zeitgenössischen braunen Umtrieben in Neuheidentum und Esoterik vor. Wenn auch viele Ausführungen dem Kenner der Thematik nicht neu sind, so kann dieses Standardwerk dennoch wärmstens empfohlen werden. Der Bezug zum deutschen Sprachraum ist trotz der internationalen Perspektive ausführlich gegeben. Ein Bildteil veranschaulicht Ereignisse und Personen.●

Roman Schweidlenka

Nicholas Goodrick-Clarke: Im Schatten der Schwarzen Sonne; Arische Kulte, Esoterischer Nationalsozialismus und die Politik der Abgrenzung, matrix verlag, 2009. 576 S., ISBN 978-3-86539-185-8, 19,90 EUR

EMRK-Kommentar

Die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte (EMRK) gewinnt immer mehr an Bedeutung. Seit 1953 ist sie in Kraft und umfasst so wichtige Menschenrechte wie Gedanken- und Gewissensfreiheit (Art. 9), das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren (Art. 6), das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens (Art. 8) oder auch, dies ist von besonderer Bedeutung für Gefangene, das Verbot von Folter oder unmenschlicher, bzw. erniedrigender Behandlung (Art. 3).

Im Juli erschien der Kommentar zur EMRK des Autorenduos Frowein und Peukert in 3. Auflage. Jedem Interessierten, vor allem allen Gefangenen, die mehr oder weniger oft vor Gericht gegen Vollzugsmaßnahmen klagen, kann der Kauf des Kommentars nur empfohlen werden. Denn mitunter verletzen die Verfügungen der Anstalten nicht nur das Strafvollzugsgesetz, sondern zugleich auch Rechte, die uns qua Konvention zustehen, so dass es die Argumentation vor Gericht erleichtert, wenn in dem Antrag auf gerichtliche Entscheidung auch auf die diesbezüglichen Aspekte eingegangen wird.

Wer es anstrebt, seinen Fall nach Strasbourg vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu tragen, benötigt freilich einen langen Atem. So sind bspw. seit 2004 Klagen gegen den rückwirkenden Wegfall der zehnjahres Grenze bei erstmaliger Unterbringung in der Sicherungsverwahrung anhängig. 2008 fand die erste mündliche Verhandlung hierzu statt – ob es noch 2009 zu einer Entscheidung kommen wird, ist fraglich.

Der Kommentar von Frowein/Peukert bietet zu jedem Artikel der EMRK (und der die Rechte ausweitenden Zusatzprotokolle) ausführliche Erläuterungen auf Basis der Rechtssprechung des Gerichtshofs und der bis vor einigen Jahren tätigen Kommission. Zu Artikel 4 (Verbot von Zwangsarbeit) beispielsweise wird ausgeführt, dass sich aus der Konvention gerade **kein** Anspruch auf eine Entlohnung für die Zwangsarbeit im Gefängnis ergibt (geschweige denn auf Tariflohn, wie immer wieder gerüchteweise behauptet wird).

Mit 148 EUR ist der Kommentar nicht gerade preiswert, jedoch ist Dr. Erika Engel (Mitinhaberin des Verlages) bereit, Gefangenen einen Rabatt von 50% einzuräumen.●

Thomas Meyer-Falk, z. Zt. JVA Bruchsal
www.freedom-for-thomas.de

Frowein/Peukert: Europäische Menschenrechtskonvention – EMRK-Kommentar. 2009, N.P. Engel Verlag, ISBN 978-3-88357-145-4, 148 EUR

WOHNEN

Suche in der Zeit vom **10.11.2009 bis 01.04.2010** MitbewohnerIn in Haus-WG im Lebensgarten Steyerberg. Internet-Telefon-Flatrate, Wohnküche mit Kaminofen
☎ (0 57 64) 94 28 07
http://wohnen.av-ev.de
eva@av-ev.de

PROJEKTE

Wohnprojekt auf dem Land – Hof in Alleinlage ca. 8 km von Bielefeld-Zentrum, mit 6 ha Weideland und eigener Wasserversorgung, jetzt 250 qm WF, sucht noch 2-4 Einzelpersonen oder Paar mit Kind/ern. Separat liegender Fachwerkkotten (sehr arbeitsintensiv) kann einzeln erworben werden.
Gartenbau und Kleintierhaltung sind ein Wunsch. Eigenkapital erforderlich.
E-Mail: mh@die-helmcke.de
☎ (05 21) 520 17 87

Initiative für eine **Mehrgenerationen-Siedlung** im Bergischen Land sucht MitstreiterInnen für ein nachhaltiges Gemeinschaftsprojekt: **gemeinsam denken, gemeinsam handeln.**
Kontakt:
☎ (0 22 38) 4 19 32
E-Mail: con.sens@acs-gloyer.de

STIPENDIUM

Die Stiftung-Fraueninitiative schreibt aus: zwei Jahresstipendien
Auf der Suche nach einer anderen und geschlechtergerechten Ökonomie
Mit diesen beiden Stipendien möchten wir folgende Diskurse fördern:
● Wie wird Geschlechtergerechtigkeit in ökonomischen, auch alternativen ökonomischen Konzepten thematisiert?
● Wieso werden die Macht- und Ressourcenfragen fast nie im Kontext einer geschlechtergerechten Teilung diskutiert und gelöst?
● Wie läßt sich das ändern?
● Welche Möglichkeiten, welche Rahmenbedingungen braucht es, um ein kooperatives, am Gebrauch orientiertes, nicht-patriarchales und umweltschonendes Wirtschaften und Arbeiten zu entwickeln? Was muß sich dazu an unserer heutigen Wirtschafts- und Arbeitsweise ändern? Welche Regulierungen braucht es dazu auf den Finanzmärkten?
● Wie und was und wieviel muß wirklich produziert werden? Welche Waren und Dienste brauchen wir wirklich für ein gutes Leben auf unserem Planeten (Weiterentwicklung des Konsum- und Bedürfnisdiskurses)?
Die Themen stehen zur Auswahl. Die Forschungszeit soll zur theoretischen Weiterentwicklung aus feministischer Sicht oder zur Reflexion und theoretischen Interpretation konkreter Praxiserfahrungen genutzt werden.

Die Stiftung Fraueninitiative fördert eine solche Arbeit ein Jahr lang mit monatlich 1.000 EUR. Das Arbeitsergebnis soll in deutscher Sprache verfasst sein. Näheres regelt der Stipendiats- und evtl. Autorinnen-Vertrag. Möglicher Beginn des Stipendiums im Frühjahr 2010.
Erforderliche Bewerbungsunterlagen: Vorstellung des gewünschten Themas, der Fragestellung, der Zielvorstellung und der zeitlichen und inhaltlichen Vorgehensweise (ca. 6-8 Seiten); tabellarischer Lebens- und Berufsverlauf, Skizzierung bisheriger feministisch-politischer Aktivitäten und der derzeitigen Arbeitssituation.
Bewerbungsschluss: 30.11.2009
Postfach 190308 in 50500 Köln
www.stiftung-fraueninitiative.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de / **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27 / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, **E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 - Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinghausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Selbstorganisation im Alltag: 12435 Berlin**, Patrick Neuhaus, Krüllstr. 5, E-Mail: piratenutopie@uni.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 11.-13.12.2009

Anders leben, anders arbeiten, anders entscheiden
Gelebte Utopie im gesellschaftlichen Kontext

Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen, herauszufinden, welche Vorstellungen und Wünsche sie für ihre Zukunft haben.
Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten,
- gemeinsame Ökonomie,
- Entscheidungsfindung im Konsens,
- gemeinsame Verantwortung füreinander,
- nachhaltige Wirtschaftsweise.

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluss zu nehmen, und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 9.-13.11.2009
Bildungsurlaub
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

BUKO

Macht[t]raum EU

Mit dem Zusammenwachsen der EU formiert sich ein wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht-Raum mit dem Ziel, die EU »zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt« zu machen und »die Stärkung der Rolle Europas in der Welt« voranzutreiben. Dieser Macht-Traum findet sich in diversen Strategiepapieren der EU.
In diesem Wochenendseminar vom **20.-22.11. in Grafrath bei München** werden wir uns mit der Außenpolitik der EU beschäftigen. Dabei konzentrieren wir uns auf die Bereiche Freihandel, Entwicklungspolitik, Militarisierung und Migration und nehmen deren Verflechtungen unter die Lupe. Wir wollen außerdem der Frage nachgehen, wie es der EU gelingt, sich in der breiten Öffentlichkeit als demokratisches Projekt darzustellen. Was können linke Bewegungen dem entgegensetzen?
Veranstalter:
Oeku-Büro München und BUKO.
Information & Anmeldung:
eu@oeku-buero.de
Weitere Infos:
www.oeku-buero.de/EU-Aussenpolitik.html
Programm als pdf

LIBERTÄRE BUCHMESSE

Letzten Februar in Winterthur, nächsten Mai in Biel: Zum zweiten Mal findet in der Schweiz die Libertäre Buchmesse statt. Nicht mehr im beschaulichen Osten des Landes, sondern mitten auf der deutschfranzösischen Sprachgrenze wird sie diesmal über die Bühne gehen. Und Bühne ist im wortwörtlichen Sinne gemeint: Am Wochenende vom **14. bis 16. Mai 2010** soll nicht nur wieder das Programm von Dutzenden anarchistischen Verlagen, Bibliotheken, Vertrieben und Organisationen zu bestaunen sein, sondern auch Platz geboten werden für zahlreiche kulturelle und politische Veranstaltungen an verschiedenen idyllischen Orten in der Stadt zwischen grünem Jura und blauem See.
Was letztes Mal in Winterthur erst angedacht werden konnte, soll nun in Biel Realität werden: Eine vielsprachige Buchmesse als Treffpunkt von Anarchistinnen und Anarchisten aus ganz Mitteleuropa, und, wer weiß, möglicherweise darüber hinaus. Und damit noch nicht genug: Beinahe in den Stammlanden der legendären Fédération Jurassienne gelegen, lebt auch heute noch in Biel die libertäre Tradition fort: Trotz der lediglich 50.000 EinwohnerInnen gibt es hier besetzte Häuser, ein autonomes Jugendzentrum mit mehr als vierzigjähriger Geschichte, den »Chat Noir« als einer der ganz wenigen anarchistischen Infoläden in der Schweiz, eine selbstverwaltete Gassenküche mit täglichen warmen Mahlzeiten, eine autonome Druckerei... Darüber hinaus ist die Stadt dank ihrer günstigen geographischen Lage schon seit langem beliebter Treffpunkt für Anarch@s aus dem ganzen Land.
Info: www.buechermesse.ch

ANTIMILITARISMUS

»Sicherheitsarchitektur« im globalen Ausnahmezustand

Alles steckt in der Krise, auch die globalen Machtverhältnisse! In der Krise ist keine Zeit für Kontroversen, es muss schnell und entschieden gehandelt werden, es muss ein Management von Risiken stattfinden, Frühwarnsysteme und Krisenreaktionskräfte werden eingerichtet. Es wird Sicherheitsforschung betrieben, um gegen mögliche Bedrohungen von morgen gewappnet zu sein und es werden »scheiternde« Staaten durch Ausbildung und Ausrüstung ihrer Sicherheitsorgane stabilisiert. Nicht zuletzt machen zukünftige Aufstände und Katastrophen es notwendig, die Bundeswehr im Innern einzusetzen, Polizei und Katastrophenschutz zu militarisieren. So stellen es zumindest die Herrschenden dar, die das Krisenmanagement als Regierungsform für sich entdeckt haben. Die Informationsstelle Militarisierung wird diese Tendenzen auf ihrem Kongress im November 2009 analysieren und hinterfragen.
Termin: 21.-22.11.2009 in Tübingen
Weitere Infos:
www.imi-online.de

JUGENDUMWELTKONGRESS

Der Jugendumweltkongress (Jukss) 2009/2010 findet in diesem Jahr vom **25.12.2009 bis 3.1.2010** in der Freien Waldorfschule Elmshorn bei Hamburg statt. Mehr als 300 neugierige, künstlerische, kritische, politische, philosophische Freaks, Punks, Hippies, Ökos und Normale kommen zusammen zum Informieren, Diskutieren, Pläne schmieden, Utopien ausprobieren, Aktionen rocken, akrobatisch sein und Jonglieren, Musik machen, Spaß haben, ...**und um die Welt zu verändern!**
Zusammen versuchen wir ein Experiment des gleichberechtigten, selbstbestimmten Zusammenlebens. Das Programm wird von dir um die Themen erweitert, die du wichtig findest: Du kannst Vorträge halten und Filme zeigen, Ausstellungen und Material mitbringen, Workshops und Diskussionen anzetteln. Beim Kochen werden kreative kulinarische Genüsse gezaubert und beim gemeinsamen Putzen philosophiert...
Umwelt?? – umfasst für uns das Geflecht sozialer, wirtschaftlicher, politischer, ökologischer u.ä. Umstände, in denen wir leben. Diese Umstände zu hinterfragen und die Zusammenhänge zu verstehen, sind erste Schritte zur Veränderung! Es geht um Themen wie Anarchismus, Globalisierung, Gentechnik, Atomkraft, Menschen- und Tierrechte, alternatives Leben und Lernen, Rechtspopulismus und noch viel mehr.
Information:
www.jugendumweltkongress.de

JUNGE LINKE

Was ist was?
Falsche Freiheit – richtige Freiheit

Das »...ums Ganze!«-Bündnis hat eine Broschüre zur Kritik der bürgerlichen Herrschaft herausgegeben und eine Kritik der »falschen« Freiheit versprochen. Diese Kritik ist widerspruchlich: Mal wird gesagt, dass staatlich garantierte Freiheit deshalb schlecht sei, weil sie den Zwängen der kapitalistischen Verwertung unterliege. Durch die Zwänge, die von außen aus der Ökonomie an die staatliche Freiheit herangetragen werden, wird letztere zu einer schlechten Sache. An anderer Stelle hingegen wird gesagt, dass die staatliche Freiheit die Konkurrenz und die Kapitalverwertung mit ins Werk setzt. Dort ist dann Freiheit der Grund der ökonomischen Zwänge und nicht etwas den Zwängen Äußerliches.
Auf dem Tagesseminar wollen wir gerne den Widerspruch nach einer Seite auflösen und begründen, wie die bürgerliche Freiheit die kapitalistische Konkurrenz in Gang setzt. Weiter wollen wir fragen, was denn mit einer »positiven«, »richtigen« Freiheit gemeint sein soll, Uneindeutigkeiten klären und dabei durchaus selbstkritisch mit einigen Passagen aus dem Textarchiv von jungelinke arbeiten. Auch wenn das kompliziert klingt, Vorwissen ist nicht notwendig.
Termin: 28.11.2009 in Berlin

Der Realsozialismus als Widerlegung einer falschen Idee

Ja klar: Mit dem real existierenden Sozialismus hat es nicht geklappt. Die Leute, die ihn organisiert haben, hatten ein widerlich positives Verhältnis zu Ordnung, Sauberkeit, Markt und Geld. Wie die Fehler im Programm und das praktische Scheitern zusammenhängen, sollte man sich aber genauer angucken. Und: Wer Kommunismus will, muss wissen, wie es besser geht.
Termin: 5.12.2009 in Hannover

Antisemitismus in der bürgerlichen Gesellschaft

Offen antisemitische Parolen sind auf jüdischen Friedhöfen, an Gemeindezentren und zuhauf in diversen Internet-Foren zu finden; zuweilen gibt es auch tätliche Angriffe auf Juden. Die meisten Leute aber, die als Nachbarn lieber alle außer Juden hätten, greifen selten zum Messer – und machen doch dieselben theoretischen Fehler wie ihre tatkräftigen Gesinnungsgenossen: Geld regiere die Welt und wer das in den Händen hält, das dürfe man ja schon gar nicht mehr laut sagen. Es sei dieselbe Lobby, die auch viel zu viel politische Macht an sich gerissen habe.
Dass diese Ansicht nichts mit Juden zu tun hat, ist eine Sache. Sie taucht nichtsdestotrotz im Bewusstsein von massenhaft Menschen als Selbstverständlichkeit auf – als brutaler und brutal falscher Einfall, sich die Welt zu erklären. Was diese Erklärung mit den kapitalistischen Verhältnissen und dem dazu gehörigen Bewusstsein zu tun hat, wollen wir mit euch diskutieren. Dabei soll es darum gehen, was Nation und vor allem was der durchschnittliche Nationalist von nebenan genauso wie die aufgeklärte linksliberale Verfassungspatriotin mit Antisemitismus zu tun haben.
Termin: 12.12.2009 in Hannover

Kritik linker Kapitalismuskritik

Die Linke hat am Kapitalismus einiges auszusetzen. An Wert, Arbeit, Klasse, Kapital und Krise u.a. haben alle etwas anderes zu kritisieren – und nicht unbedingt etwas Vernünftiges.
Einige verdammen den Wert, wollen aber nichts wissen von Konkurrenz und Klassen. Andere hypen den Klassenkampf und interessieren sich nicht für das meist zutiefst ideologische Bewusstsein der Arbeiter. Wieder andere setzen ganz auf's Bewusstsein der Leute und kritisieren angeblich falsche Bedürfnisse, niederträchtige Konsumtion und die Gier der Kapitalisten. Die nächsten behaupten, der Staat würde von eben jenen Kapitalisten regiert – ganz so, als wäre die Politik Opfer des Kapitals.
Wir wollen uns diese und andere Theorien anschauen und daran diskutieren, wie Kapitalismus vernünftig zu kritisieren ist.
Termin: 16.1.2010 in Berlin
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 24 09
30424 Hannover
info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

BERLIN

Jenseits von Kapitalismus und Staatssozialismus
Anarchistische Positionen zum Thema Wirtschaft

Anarchisten benötigen in aller Regel keine aktuelle Wirtschaftskrise, um zu erkennen, dass die heute weltweit vorherrschende Form der Ökonomie unvernünftig ist. Sie lehnen jedoch den Staatssozialismus oder die zentralistische Planwirtschaft genauso ab wie den Kapitalismus, egal ob er nun eher neoliberal oder sozialstaatlich daherkommt. Stattdessen setzen sie auf eine selbstbestimmte »dezentrale Bedürfnisproduktion« (Horst Stowasser). Da die anarchistische Wirtschaft ohne Staat, Partei(en) und Privateigentum auskommen will, stellen sich besondere Anforderungen an sie, denen Rechnung zu tragen ist in Gestalt von geeigneten Strukturen und Abläufen, aber auch in Form einer entsprechenden Kultur.
Im Rahmen der Veranstaltung werden verschiedene Strukturierungsmöglichkeiten und Organisationsformen vorgestellt, die geeignet sind, diese Anforderungen an ein funktionierendes, herrschaftsfreies Wirtschaften zu erfüllen. Dabei werden sowohl praktische Erfahrungen (z.B. während der Spanischen Revolution) als auch theoretische Überlegungen aus der anarchistischen Literatur berücksichtigt. Außerdem soll die Gelegenheit genutzt werden, um darüber nachzudenken, welche Schritte bereits heute ergriffen werden können, um den Übergang zu einer herrschaftsfreien und solidarischen Wirtschaftsweise einzuleiten.
(Vortrag und Diskussion, Eintritt frei)
Termin: 27.11.2009, 19 Uhr
Bibliothek der Freien, Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102, 10405 Berlin
www.BibliothekderFreien.de

BREMEN

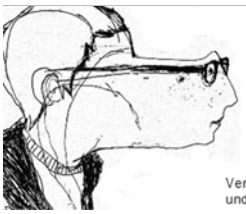
Utopie und Diskurs des Green New Deal
Zur kulturellen und politischen Verarbeitung der globalen Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse

Nicht nur die Grünen sind mit einem umfangreichen Programm zur ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft zur Bundestagswahl angetreten. Die Integration ökologischer Ansätze in kapitalistische Wirtschaftskonzepte ist heute über alle Parteigrenzen hinweg anerkannt. Umweltpolitik und ökonomischer Profit sollen angeblich keinen Gegensatz mehr darstellen, sondern sich sogar gegenseitig unterstützen. Anschließend sollen die Möglichkeiten erörtert werden, die eine linke Umweltpolitik in dem derzeitigen Kontext hat, um emanzipative und gesellschaftskritische Standpunkte zu verdeutlichen.
Termin: 19.11.2009, 20 Uhr
Kommunikationszentrum paradox, Bernhardstraße 12, 28203 Bremen
Veranstaltung des Clubs der Rosa-Luxemburg-Initiative in Kooperation mit dem Verein für Internationalismus und Kommunikation e.V.

FILMFESTIVAL

Internationales Filmfestival Mannheim-Heidelberg
Aus dem aktuellen Untergrund im Iran und dem Kriegsalltag im Naben Osten

Eine Recherchetour zu den Krisenherden der Welt und zu den historisch bewegenden Momenten der jüngsten Geschichte bietet das Programm des diesjährigen Filmfestivals. An einer Vielfalt der Formen, Thesen und Lösungsvorschlägen, mit denen die jungen Filmemacher die Welt als Schlachtfeld der gewalttätigen Auseinandersetzungen eindrucksvoll vor Augen führen, mangelt es dabei nicht.
Aus den Programmbeiträgen:
Die politische Unterdrückung vor allem der Frauenrechte im Iran lässt sich in einem anspielungsreichen Filmessay spiegeln: Junge Leute im Iran. Sie tanzen zu Diskomusik in einer Scheune. Bis die Sittenwächter kommen. Bei der Razzia werden vor allem die jungen Frauen vor den Richter gezerrt, der sie mit Stockschlägen bestraft: So beginnt der Wettbewerbsbeitrag **»My Tehran for Sale«**. Der Debüt-Film wurde unter schwierigen Bedingungen komplett im Iran gedreht, wo die Regisseurin und Dichterin Granaz Mousavi bis 1997 auch gelebt hatte.
Dima El-Horr graduierte an der »School of the Art Institute of Chicago« und lehrt zurzeit an der »Lebanese American University« im Libanon. Der Wettbewerbsbeitrag **»Chaque jour est une fête«** ist ihr erster langer Spielfilm: Drei Frauen in einem Bus im Libanon. Sie haben das gleiche Ziel: ein Männergefängnis. Zwischen Alptraum und Phantasie, echten Befürchtungen und kollektiver Erinnerung wird der Film zu einer Reise zu den Identitätsproblemen eines zerrissenen Landes. Bisher hat Dima El-Horr bereits Kurzfilme wie »Prêt-à-porter Imm Ali« und »El-havi« auf verschiedenen Festivals vorgestellt.
Gemeinsam schrieben der Palästinenser Scandar Copti und der Israeli Yaron Shani die Alltagsgeschichten in **»Ajami«**: Erzählt werden fünf Geschichten feindlicher Brüder. Der Film handelt von Juden und Arabern, Christen und Muslimen, die in Ajami, einem Stadtteil von Jaffa bei Tel Aviv leben. Yaron Shani war 2004 schon mit dem Kurzfilm »Disphoria« bekannt geworden mit dem er in Karlovy Vary ausgezeichnet wurde.
Samuel Maoz, 1962 geboren in Tel Aviv, war 1982 selbst Teil einer Panzerbesatzung im ersten Libanonkrieg. Nach einigen Kurzfilmerfolgen schrieb er sich mit **»Lebanon«**, Gewinner des Goldenen Löwen Venedig und in Mannheim-Heidelberg außerhalb des Wettbewerbs zu sehen, seine eigene Geschichte von der Seele: Im Libanonkrieg 1982 finden sich israelische Soldaten im Inneren eines Panzers wieder und trotzen der Entmenschlichung durch den Krieg.
Das 58. Internationale Filmfestival Mannheim-Heidelberg findet statt vom **5. bis 15. November 2009**. In den beiden Hauptreihen »Internationaler Wettbewerb« und »Internationale Entdekungen« laufen 25 Langfilme aus 21 Ländern.
Mehr zum Festival:
www.iffmh.de



14. LINKE LITERATUR MESSE 27.-29.11.09 KV, NÜRNBERG

Verkaufsmesse veranstaltet von Metroproletan- Archiv und Bibliothek und Gostenhofer Literatur- und Kulturverein Libresso - Eintritt frei

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) und 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg